

# Die Politische Meinung

## CHRISTENTUM

Zur Bedeutung einer Weltreligion

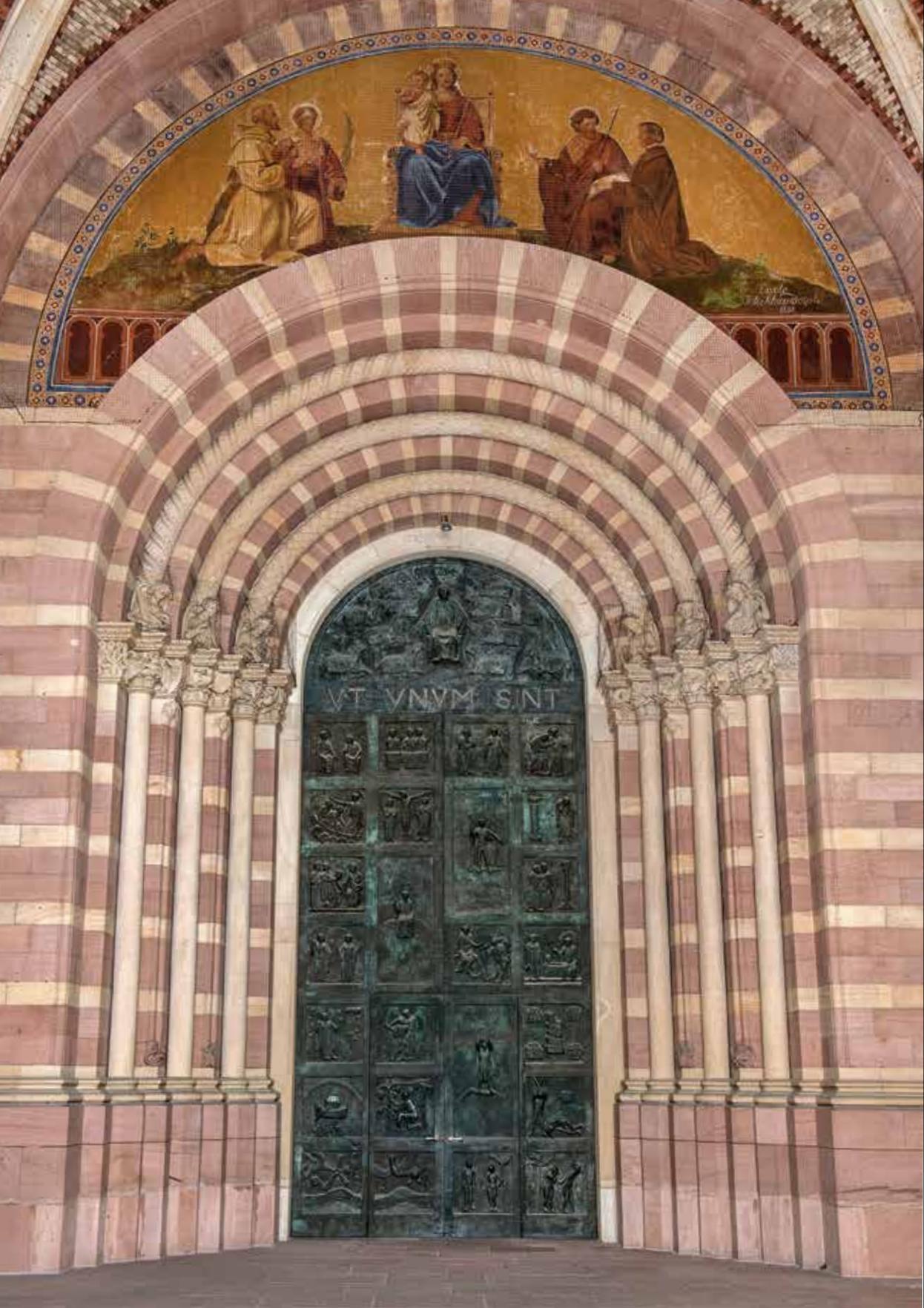
**ZUM SCHWERPUNKT** Claudia Nothelle, Das neue Verständnis von missionarischer Kirche; P. Nikodemus Schnabel OSB, Angefeindet. Ein Erfahrungsbericht über Christen im Heiligen Land; Thomas Sternberg, Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden

**KOMMENTIERT** Jacqueline Boysen, Eventmaschine Kirchentag

**INTERVIEW** Volker Kauder, Über das „C“, den Kampagnenbegriff „Ehe für alle“ und die Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht

**SEITENBLICK** Hyekyung Lee, Stefan Samse, Ein Stimmungsbild aus Südkorea

**NACHRUF** Bernhard Vogel, In memoriam Helmut Kohl



## Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Dom zu Speyer, 1. Juli 2017: Gegen 19.45 Uhr endet das Requiem für Helmut Kohl. Die Kaiserglocke verklingt, als der Leichnam des verstorbenen Bundeskanzlers durch das Portal nach draußen getragen wird. „Ut unum sint“, „Dass sie eins seien“, ist in großen Lettern über den geöffneten Bronzetüren zu lesen – ein Vers aus den Abschiedsworten Jesu im Johannesevangelium, die die Frage aufgreifen, was dessen Abschied für die Anhängerschaft bedeutet.

1971 hatte der Ministerpräsident Dr. Kohl die neu gestaltete Dompforte, ein Geschenk des Landes Rheinland-Pfalz, übergeben. Als Kanzler hielt er hier stets mit den Staatsgästen inne, die nicht umhin kamen, mit ihm den Dom zu besuchen. Gut möglich, dass er das Bibelwort als Aufruf zu Versöhnung, Verständigung und Zusammenarbeit – zum Frieden – interpretierte.

„Friede auf Erden“, diese nach den Kriegen zweifelhafteste aller Hoffnungen, hatte er sich, wie viele christliche Politiker seiner Generation, zur Aufgabe gemacht und konnte dennoch oder gerade deshalb viel erreichen: Kanzler der deutschen Einheit! Ehrenbürger eines ungeteilten Europa! Wie ausgerechnet ein Machtmensch, an dem sich „so manche Geister schieden“, zu diesem Versöhnungswerk fähig sein konnte, lässt er staunen. Müssen Friedensbringer nicht sanft und nachgiebig sein? Reinhold Schneider, der einst viel gelesene Träger des vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels verliehenen Deutschen Buchpreises, hielt das Gegenteil für richtig: „Wir müssen wissen, dass der Friede des Christen ein streitender Friede ist.“

Gewiss war die Trauerfeier in Speyer noch einmal ein mächtiges Zeichen für Völkerversöhnung und Zusammenhalt aus christlichem Geist. Aber wie weit weist es in die Zukunft, wenn gleichzeitig internationale, aber auch nationale Entwicklungen Überzeugungen ins Wanken bringen, die lange als unumstößlich galten? Das Christliche und mit ihm das „C“ sind umso mehr gefordert, als sie gesellschaftlich herausgefordert werden. Die deutsche Gesellschaft hat sich von ihren religiösen Wurzeln zwar nicht verabschiedet, so doch entfernt. Religionsskepsis macht sich breit, während das Religiöse außerhalb Europas an Kraft gewinnt – bis hin zu einem zerstörerischen Fanatismus.

Nicht Hinnahme, sondern standhafte Bewährung, vor allem die Bereitschaft zum „streitenden Frieden“ sind gefragt. Dem Zeitgeist muss man nicht hinterherlaufen, er lässt sich auch formen. So einsam, wie wir manchmal glauben, wird es um uns Christen gar nicht. Mit jeder Taufe könnte uns die Größe der christlichen Weltfamilie bewusst werden. Wer, wenn nicht sie, soll die Gewähr dafür bieten, dass nicht die Unterschiede, sondern Gemeinsamkeiten international handlungsleitend bleiben, dass Offenheit, nicht Abgrenzung Europa und die Welt von morgen bestimmen? Ut unum sint.

*Bernd Löhmann*

**1 EDITORIAL****SCHWERPUNKT****Christentum –  
zur Bedeutung  
einer Weltreligion****12 ÜBERALL UND JEDERZEIT**

Claudia Nothelle  
Das neue Verständnis von  
missionarischer Kirche

**21 ENTGÖTTERT?**

Hans Maier  
Wie das Christentum Staat  
und Herrschaft veränderte

**27 GOTT IM HAUS DER  
WISSENSCHAFT**

Annette Schavan  
Über die Theologie an deutschen  
Universitäten

**32 PERIODE DES  
EXPERIMENTS?**

Heike Schmoll  
Zur Zukunft des Religionsunterrichts

**35 INTERVIEW:  
DIE KRAFT DES  
CHRISTENTUMS**

Volker Kauder über das „C“, den  
Kampagnenbegriff „Ehe für alle“  
und die Religionsfreiheit als zentrales  
Menschenrecht

**41 TIEFGEHENDES  
UMDENKEN**

Dorothea Wendebourg  
Juden und Judenfeindschaft  
im Christentum in neuerer Zeit

**45 IM NAMEN GOTTES**

Thomas Sternberg  
Christen und Muslime als Anwälte  
für den Frieden

**51 (K)EIN WERT AN SICH!**

Gisela Meister-Scheufelen  
Zum Toleranzprinzip

**57 DEMOKRATIE UND  
CHRISTENTUM**

Ahmet Cavuldak  
Vereinigte Staaten von Amerika,  
Frankreich und Deutschland

**63 ÜBER WURZELN UND WERTE**

Hans-Gert Pöttering  
Wie christlich ist Europa?

**75 VOM VATIKAN AUS  
GESEHEN**

Rainer Bucher  
Perspektiven für die eine gefährdete Welt

**80 LIEBER UNTER  
DIKTATOREN?**

Otmar Oehring  
Christen im Nahen Osten

**85 ANGEFEINDET**

P. Nikodemus Schnabel OSB  
Ein Erfahrungsbericht über Christen  
im Heiligen Land

**88 INTERNATIONALE  
PARTEIEN-  
ZUSAMMENARBEIT**

Frank Priess  
Ein Lagebild aus christlich-  
demokratischer Perspektive

**92 SCHMERZHAFTE  
ERFAHRUNGEN  
UND UMDENKEN**

P. Klaus Mertes SJ  
Konsequenzen aus dem Missbrauchs-  
skandal in der katholischen Kirche

**Kommentiert****17 EVENTMASCHINE  
KIRCHENTAG**

Jacqueline Boysen  
Eine Nachbetrachtung

**Dokumentiert****69 ORTHODOXIE UND  
MENSCHENRECHTE**

Patriarch Bartholomaios I.

**96 FOKUS GESCHICHTS-  
UNTERRICHT**

Norbert Arnold,  
Martin Schulze Wessel,  
Monika Deutz-Schroeder,  
Klaus Schroeder,  
Ulrich Bongertmann  
Neue Erkenntnisse zum zeitgeschicht-  
lichen Wissen an den Schulen

**Nachruf****104 IN MEMORIAM  
HELMUT KOHL**

Bernhard Vogel

**120 „NEUGIER AUF DAS  
KOMMENDE“**

Hanns Jürgen Küsters  
Zum Tode von Hans-Peter Schwarz

**Erinnert****106 DAS „C“ JENSEITS  
DER FLOSKELN**

Paul Ziemiak  
Nachdenken über siebzig Jahre  
Junge Union

**Seitenblick****110 GETEILT UND BEDROHT?**

Hyekyung Lee, Stefan Samse  
Ein Stimmungsbild aus Südkorea

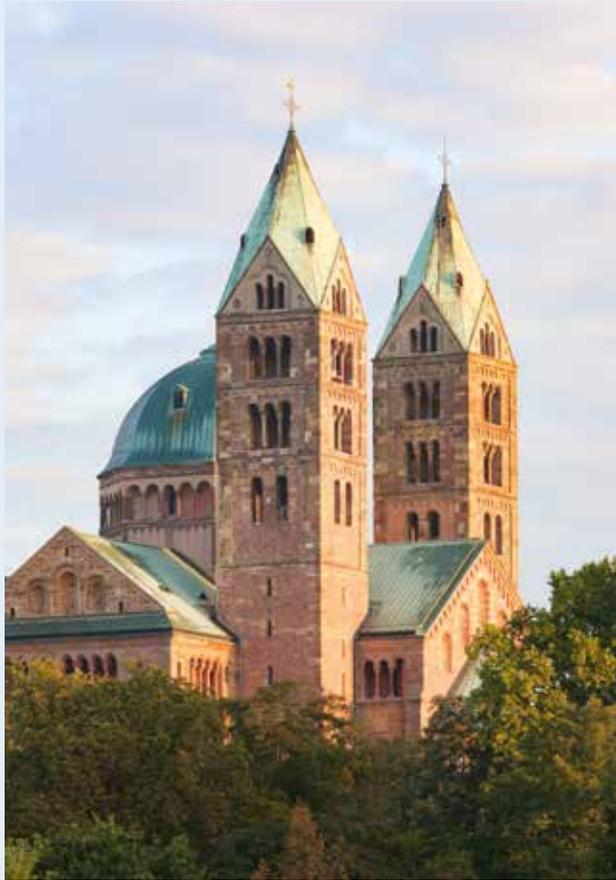
**Gelesen****115 WO DER TERROR  
HERKOMMT**

Andreas Jacobs  
Drei Bücher suchen nach den  
Hintergründen des „Dschihadismus“

**Aus der Stiftung****123 PERSONALIA UND  
PUBLIKATIONEN****124 LANDUNG AM EAST RIVER**

Stefan Friedrich  
Erste Erkenntnisse aus dem neuen  
Auslandsbüro New York

**126 FOTOWETTBEWERB**



## „Sinnbild für die christlichen Wurzeln eines geeinten Europa“

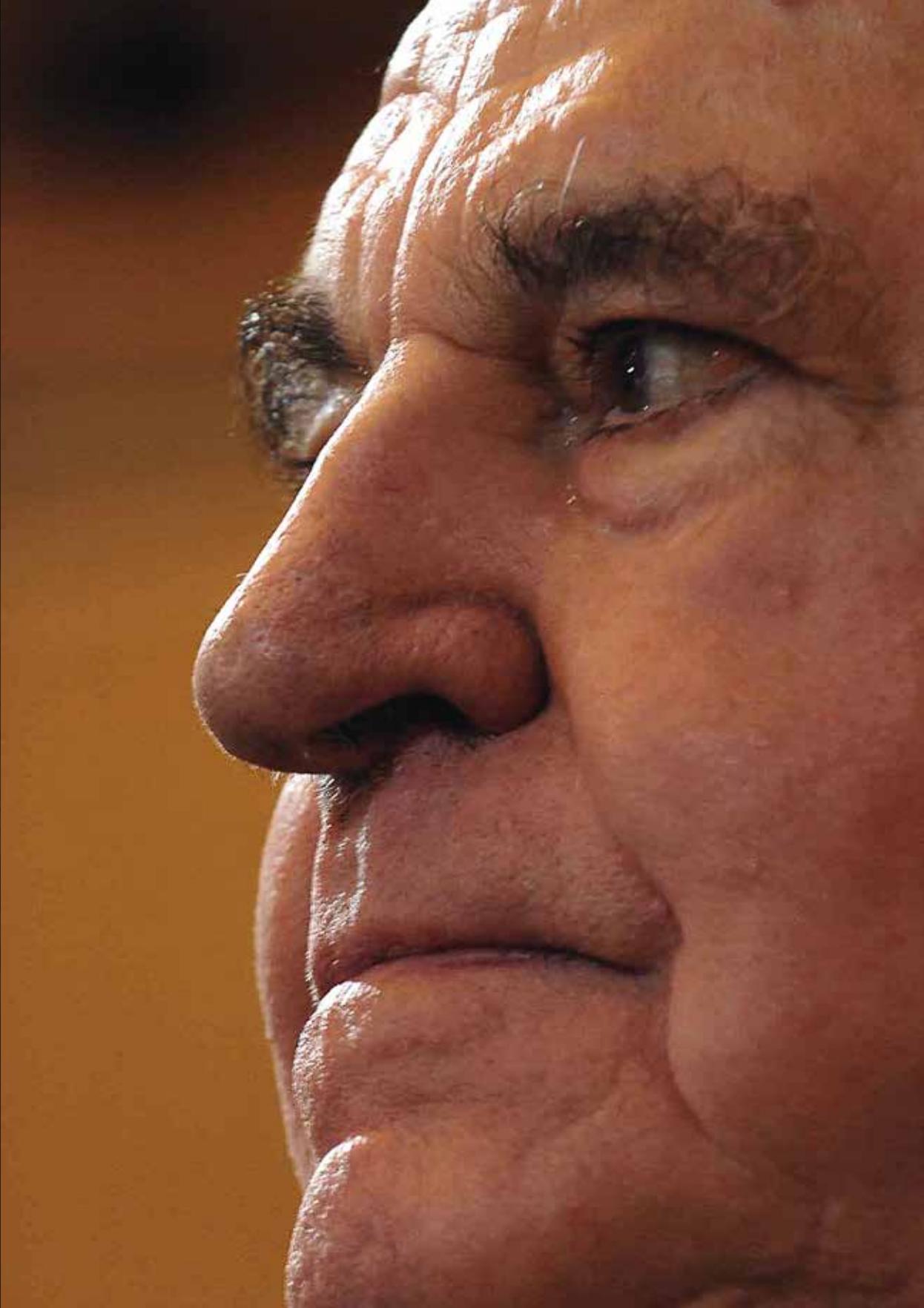
Der Dom zu Speyer gilt als größte erhaltene romanische Kirche der Welt (Bauzeit etwa 1030 bis 1124). Kulturhistorisch steht er für das mittelalterliche Kaisertum. Von seinen Anfängen bis heute ist der Dom Kathedrale des Bischofs von Speyer. Für Helmut Kohl verkörperte das Bauwerk zentrale Aspekte seines Selbstverständnisses als Christ und Politiker. Wer den Dom kennt, wird sein Lebenswerk – die erreichten und unerreichten, aber auch die gefährdeten Ziele – besser begreifen.

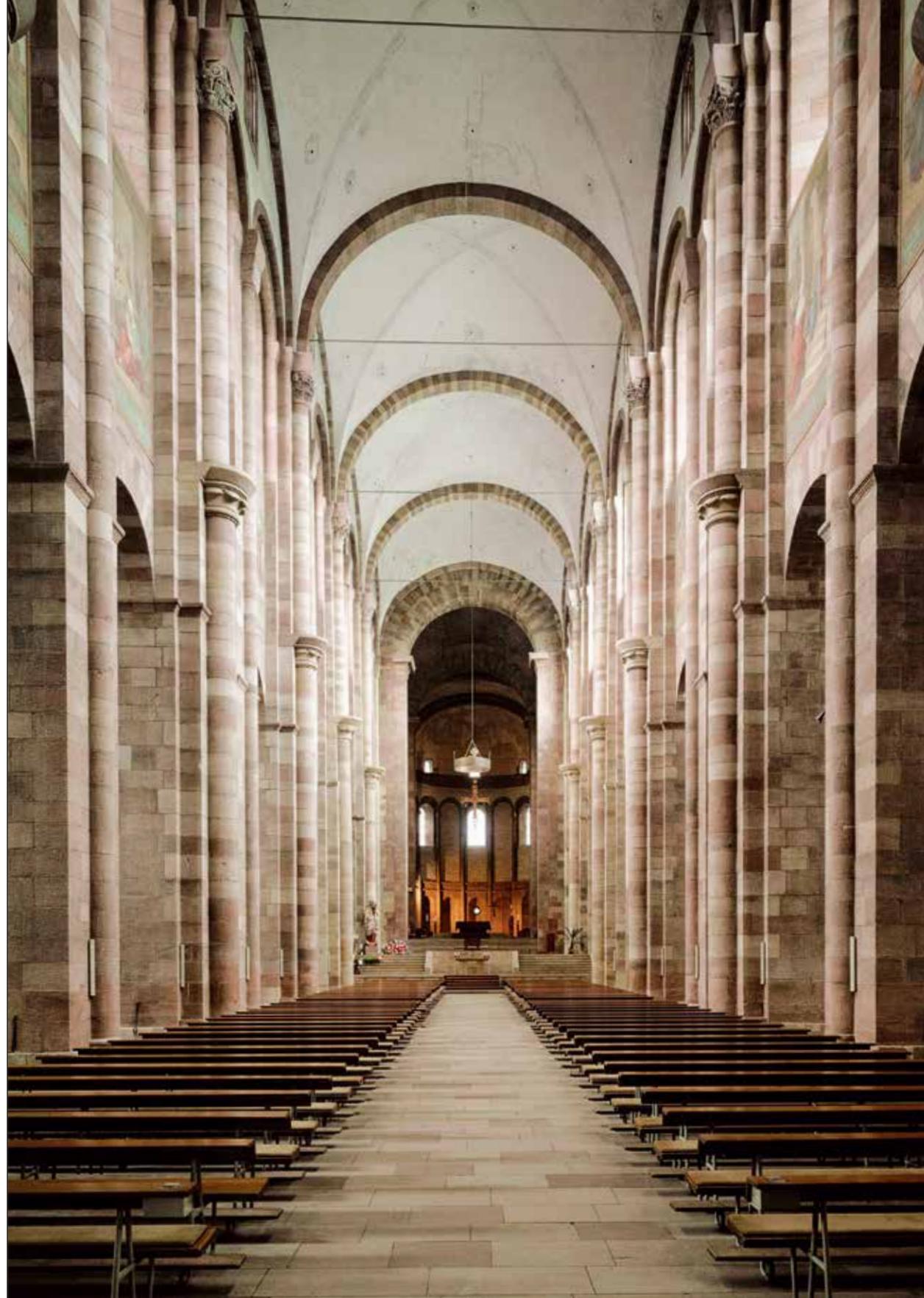
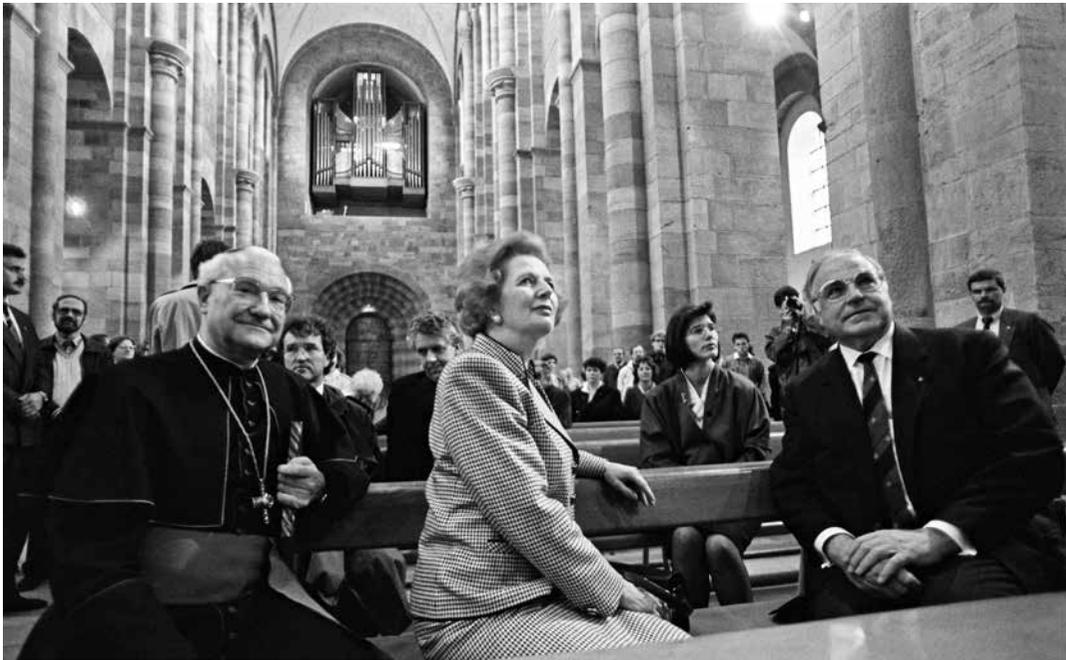
Für die Staatsgäste, die er im Laufe der Jahre nach Speyer brachte, gehörte eine Dombesichtigung zum Pflichtprogramm:  
„Die Gäste müssen in den Dom, ob sie wollen oder nicht. Denn wenn sie den Dom nicht kennen, kennen sie meine Heimat nicht, kennen sie Deutschland nicht, kennen sie Europa nicht.“

(Bildnachweise siehe Impressum, S. 128)

# Christentum

## Zur Bedeutung einer Weltreligion







# Überall und jederzeit

Das neue Verständnis von missionarischer Kirche

## CLAUDIA NOTHELLE

Geboren 1964 in Unna, von 2006 bis 2009 Chefredakteurin des RBB Fernsehens und bis 2017 Programmdirektorin beim Rundfunk Berlin-Brandenburg, freie Journalistin.

Ein Kreuz erregt in Berlin die Gemüter. Auf der Kuppel des künftigen Humboldt-Forums soll es zu sehen sein, auf der Kuppel des wieder aufgebauten Schlosses. Darunter anders als im Ursprungsbau keine Kapelle, keine Kirche, sondern ein Zentrum für die Kulturen

der Welt. Das Kreuz – in diesem Fall mehr rekonstruiertes Architekturelement des 19. Jahrhunderts als aktuelles Glaubensbekenntnis – sorgt für Debatten. „Beide Forscher – gemeint sind die Brüder Humboldt als Namensgeber des Forums – haben Gott nicht gebraucht“, schreibt der *Tagesspiegel* im Mai dieses Jahres. Auch der Berliner Kultursenator Klaus Lederer spricht sich gegen das Kreuz aus. Die großen christlichen Kirchen sind wenig überraschend dafür, auch der Zentralrat der Muslime unterstützt das christliche Symbol. Die Entscheidung ist gefallen, das Kreuz kommt – aber die Debatte geht weiter.

Das Kreuz: Symbol von Unterdrückung und der Unfreiheit oder Zeichen der Befreiung und der Werte, die Deutschland, die Europa prägen und möglich gemacht haben. Unter dem Kreuz jedenfalls versammelt sich freiwillig – nicht nur in Berlin – nur noch eine Minderheit.

„Woran glaubst Du?“ – so hatte die ARD ihre diesjährige Themenwoche überschrieben und in diesem Rahmen auch eine repräsentative Umfrage<sup>1</sup> zum Thema mit infratest dimap veröffentlicht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Weit über die Hälfte der Bevölkerung sieht Religion und Glaube kritisch (27 Prozent geben an: „gar keine Bedeutung“, 36 Prozent: „geringe Bedeutung“). 29 Prozent messen Religion und Glaube eine große, acht Prozent eine sehr große Bedeutung bei. Auffallend ist dabei die große Ost-West-Diskrepanz: Im Westen messen 41 Prozent dem Glauben eine hohe Bedeutung bei, im Osten mit 21 Prozent nur knapp die Hälfte. Sie seien „immun gegen Religion“, erklären Ostdeutsche mit hörbarem Stolz.

Die Statistik spricht eine ähnliche Sprache: Im Jahr 2015 gehören in Deutschland noch 46 Millionen Menschen offiziell einer der beiden christlichen Kirchen an (im Jahr 2010 waren es noch 48,5 Millionen). 4,5 Millionen bekennen sich zum Islam und 100.000 zum Judentum – so die aktuellen Zahlen aus dem Jahr 2015. Bei einer Umfrage nach den Glaubensinhalten sagt nur ein Drittel der Befragten (34 Prozent), dass es an die Auferstehung glaubt. Über sechzig Prozent beantworten die Frage mit „Nein“.<sup>2</sup>

## „MISSION RESPEKT“

Deutschland – Missionsland? Als ich Kind war, prägte ein deutscher Spiritanerpater mein Bild vom Missionar. Er berichtete regelmäßig von seinen Missionsreisen entlang des Amazonas, mit dem Boot, dem Motorrad oder zu Fuß. *Desobriga* war mein erstes portugiesisches Wort, die „Seelsorgereise“. Inzwischen weiß ich, dass der Wortstamm ursprünglich „befreit“ oder „entpflichtet“ heißt. Und es ging tatsächlich darum, Pflichten zu erfüllen – der regelmäßige Sakramentenempfang gehörte dazu. Auf den eng beschriebenen Luftpostbriefbögen, die uns von seinen Abenteuern berichteten, fanden sich Zahlen über Zahlen von Taufen, Erstkommunionen, Beichten, Eheschließungen und – ja – Priesterweihen. Entlang des Amazonas – ein deutscher Pater auf Mission. Der Pater lebt heute noch dort und schreibt uns regelmäßig, und seine Arbeit, die sich im Laufe der Jahrzehnte sehr gewandelt hat, bewirkt sicher viel Gutes.

Sollte er nicht eigentlich nach Deutschland umziehen? Deutschland als Missionsland zu betrachten, ist nicht neu. Volksmission – der Begriff stand und steht seit dem 19. Jahrhundert in der evangelischen und katholischen Kirche für Evangelisierung innerhalb der Kirchen – heißt seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil vielerorts auch Gemeindemission, stößt aber nur noch

auf geringe Nachfrage. Kirchenverantwortliche sprechen nicht nur im Hinblick darauf von einem Traditionsabbruch, längst nicht mehr nur im Osten der Republik ist Wissen über christliche Kultur sehr rar geworden. Aber Mission? Da schütteln auch gelernte (und gläubige) Katholiken den Kopf. „Nein danke.“ Missionieren möchte in unserer aufgeklärten Gesellschaft niemand, schon gar nicht missioniert werden. Denn Mission gilt als Inbegriff all dessen, was die Kirche in den vergangenen Jahrhunderten falsch gemacht hat: Dazu zählen Zwangstaufe, Gewalt und Kulturimperialismus. An diese Stelle sind in der westlichen Welt Religionsfreiheit und Toleranz getreten – Begriffe, die oftmals eine weit verbreitete Gleichgültigkeit übertünchen sollen. Das gilt für evangelische wie katholische Christen, die sich damit gleichzeitig von jeder Form des Kolonialismus abgrenzen wollen.

Dennoch gehört es zum Grundkern des christlichen Glaubens, ihn weiterzugeben und über ihn zu sprechen oder – kirchlich ausgedrückt – Zeugnis abzulegen. „Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die euch bewegt“ (1 Petr 3,15). Auf diesem Hintergrund arbeiten Theologen und Theologinnen beider Konfessionen seit Jahrzehnten an einem neuen Missionsverständnis: Die Überschrift einer ökumenischen Tagung „Mission Respekt“<sup>3</sup> kann dabei als Motto für das missionarische Handeln der Kirchen stehen – im In- und im Ausland.

## MEHR KATHOLIKEN WELTWEIT, WENIGER IN EUROPA

Interessant ist in diesem Kontext die Betonung der Ränder der Gesellschaft. Die Missionserklärung der evangelischen Kirchen „Gemeinsam für das Leben“<sup>4</sup> definiert eine Mission von den Rändern her: „Heute beanspruchen Menschen an den Rändern der Gesellschaft, selbst Subjekte der Mission zu sein, und betonen den verwandelnden Charakter der Mission.“ Papst Franziskus schickt in seiner programmatischen Schrift *Evangelii Gaudium* die Katholiken in die Randgebiete (EG 20): „Mir ist eine ‚verbeulte‘ Kirche, die verletzt und beschmutzt ist, weil sie auf die Straßen hinausgegangen ist, lieber als eine Kirche, die aufgrund ihrer Verslossenheit und ihrer Bequemlichkeit, sich an die eigenen Sicherheiten zu klammern, krank ist“ (EG 49).

„Außerhalb der Kirche kein Heil“ – so hörte sich die katholische Lehre noch im 20. Jahrhundert bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil an. Daraus ergab sich für die katholische Kirche die Notwendigkeit zur Mission – nur so konnten die Menschen gerettet werden. Mit dem Dokument des Konzils zur Kirche *Lumen Gentium* ändert sich die Sichtweise grundlegend. Denn dort halten die Konzilsväter (endlich) fest, dass auch Menschen außerhalb der Kirche das Heil finden können. Mission in diesem Kontext geschieht unter einer veränderten Perspektive: Es geht um Freiheit, es geht um Zeugnis! Wem das

Herz voll ist, dem geht der Mund über. Oder, wie es die Apostelgeschichte formuliert: „Wir können nicht schweigen über das, was wir gesehen und gehört haben“ (Apg 4,20).

## VOM CHRISTLICHEN EUROPA IN DEN REST DER WELT

Das prägt die Arbeit derer, die früher ganz selbstverständlich Missionare waren. Und heute? Es ist nicht nur die Sorge vor dem negativ besetzten Begriff, die zum Wandel des Berufs beigetragen hat. Hatte doch die alte Mission eine klare (geografische) Richtung – vom christlichen Europa in den Rest der Welt. Die einen geben, die anderen nehmen. Und das „Nicknegerlein“ an der Weihnachtskrippe machte das mehr als deutlich.

Heute leben und arbeiten in Deutschland 587 ausländische katholische Priester – 173 von ihnen, die größte Gruppe, kommen aus Indien. Ein Indikator dafür, wie sich die Situation gewandelt hat. Die jüngste Statistik aus dem Vatikan<sup>5</sup> nennt weitere: Im Jahr 2014 gab es einen Anstieg der Katholiken um 18.355.000 auf 1.272.281.000. Alle Kontinente verzeichneten ein deutliches Plus, nur in Europa sank die Zahl um 57.000. Allein in Afrika ein Zuwachs von über acht Millionen – der Schwerpunkt verschiebt sich, weg von Europa, weg von dem alten Abendland hin zu den Christinnen und Christen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Denn die Zahlen der evangelischen Kirchen sprechen eine ähnliche Sprache.

## „UMPARKEN IM KOPF“

Das macht deutlich: Das Miteinander in der Weltkirche ist schon lange keine Einbahnstraße mehr. Es geht um Kommunikation auf Augenhöhe, um ein Geben und Nehmen – und um ein gegenseitiges Geschenk. Für die deutsche Kirche, die sich jahrhundertlang in der gebenden, zeitweise auch in der (sehr unchristlich) überlegenen Rolle gefühlt hat, ein Lernprozess.

Viele weitere Schritte werden folgen. Einer betrifft ein „Umparken im Kopf“, ein Umlegen der Schalter: nicht angesichts der sinkenden Zahlen immer das „noch“ im Blick haben, sondern auf das „schon“ schauen. Den Anfang, den Aufbruch, das Neue im Blick. Der Pastoraltheologe Paul Zulehner schlägt vor: „Wir rechnen jetzt nicht mehr von 100 herunter, sondern von Null hinauf.“<sup>6</sup> Das bedeutet auch, Abschied zu nehmen vom Volkskirchengedanken – also der Vorstellung, dass eigentlich alle der Kirche angehören (sollten) und Kirche alles prägt. Vielmehr geht es darum, jede und jeden für das Christentum zu begeistern. Das ist dann nicht mehr nur die Aufgabe für einige weniger abenteuerlustige Priester und Ordensschwester, die sich im

fernen Dschungel auf den Weg machen, um Seelen zu retten. Mission im besten Sinne gehört zum christlichen Glaubensvollzug, überall und jederzeit.

So lässt sich dann auch das angestaubte Wort „Mission“ neu füllen. Zum einen, weil die Christen den Begriff nicht den Marketing-Leuten und dem „Mission-Statement“ der Unternehmen überlassen sollten. Und zum andern, weil es eine ganz alte Form der Mission gibt, die sich neu zu entdecken lohnt.

Der Kirchenvater Cyrill soll es im 5. Jahrhundert so formuliert haben: „Wenn ich jemanden für das Christentum gewinnen will, lasse ich ihn in meinem Hause wohnen.“ Und Papst Franziskus übersetzt es noch einmal deutlicher: „Geh und verkünde das Evangelium – notfalls auch mit Worten!“

<sup>1</sup> [www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-821.html](http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-821.html).

<sup>2</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183768/umfrage/glaube-an-die-auferstehung-jesu-christi/>.

<sup>3</sup> Die Tagung fand im August 2014 in Berlin statt und ist ausführlich dokumentiert: [www.mission-respekt.de/derprozess/prozess.dokumente/index.html](http://www.mission-respekt.de/derprozess/prozess.dokumente/index.html).

<sup>4</sup> [www.missionrespekt.de/fix/files/missionserklaerung-de-wcc.pdf](http://www.missionrespekt.de/fix/files/missionserklaerung-de-wcc.pdf), Nr. 6.

<sup>5</sup> [www.fides.org/de/stats/61026VATIKAN\\_Statistiken\\_der\\_katholischen\\_Kirche\\_2016#.WVlqcb5yRs](http://www.fides.org/de/stats/61026VATIKAN_Statistiken_der_katholischen_Kirche_2016#.WVlqcb5yRs).

<sup>6</sup> [www.evangelisch.de/inhalte/86871/22-07-2013/zulehner-die-zeit-der-volkskirche-ist-vorbei](http://www.evangelisch.de/inhalte/86871/22-07-2013/zulehner-die-zeit-der-volkskirche-ist-vorbei).

# Eventmaschine Kirchentag

—  
Eine Nachbetrachtung

## JACQUELINE BOYSEN

Geboren 1965 in Hamburg,  
freie Journalistin und ehrenamtlich  
auf Kirchentagen aktiv, Berlin.

„Du siehst mich“, lautete die Losung des 36. Deutschen Evangelischen Kirchentags. Der Satz aus dem 1. Buch Mose nimmt eine verzweifelte Geste auf. Die gedemütigte Magd Hagar ruft in ihrer Not Gott an – und zugleich versichert sie sich Seiner. „Du Gott der Sicht!“ übersetzte der jüdische Religionsphilosoph Martin Buber den alttestamentarischen Text. Ob Gott uns, den Verzweifelten im 21. Jahrhundert, seine Allgegenwart durch die zwei Aufklebekulleräuglein garantiert, die der Kirchentag zum Erkennungsmotiv erkor, wäre eine allzu plakative Frage.

Aber sie führt zu einer grundsätzlichen Überlegung: Inwieweit entfernt sich der Kirchentag von seinem ursprünglichen Anliegen? Was als Laienbewegung begann, hat sich in Berlin zu einer professionellen Eventmaschine entwickelt.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus und dem Eliteversagen, das sich auch in der raschen Gleichschaltung der Gemeinderäte durch die nationalsozialistischen Deutschen Christen niedergeschlagen hatte, wollte der Kirchentag aufklären, Orientierung und Halt geben, Wissen vermitteln und die Deutschen – damals noch mehrheitlich Mitglied in einer der beiden großen Kirchen – gegen unmenschliches Denken und unchristliches Handeln immunisieren. Er sollte, wie es

1949 hieß, „eine Zurüstung der evangelischen Laien für ihren Dienst in der Welt“ bieten, Stärkung und Ermutigung im Glauben geben.

Dass die Menschen des 21. Jahrhunderts in einer säkularen und pluralistischen Gesellschaft andere Bedürfnisse haben, steht außer Frage. Dass Wertevermittlung, die Erläuterung von Glaubensgrundsätzen und eine Selbstvergewisserung des Eigenen in einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten wie in der Auseinandersetzung mit anderen weiterhin ihre Berechtigung haben, ist ebenso unstrittig. Der Kirchentag als Glaubensfest soll in diesem Sinne auch heute gesellschaftspolitische und ethische „Zurüstung“ liefern und spirituelles Gemeinschaftserleben möglich machen. Im besten Fall findet all dies auf dem Kirchentag auch noch in einer heiter-festlich-fröhlichen Atmosphäre, wie 2011 in Dresden, statt.

## NEUE MEGADIMENSION

In Berlin hat der Kirchentag alles versucht. Im Bemühen um eine – eigentlich überhaupt nicht erforderliche – neue Megadimension stülpte er dem Ganzen auch noch das furiose Finale der Luther- und Reformationsjubiläumsdekade über. Das ging dann doch sehr weit – schon allein, weil es überhöhte Erwartungen an den dezentral ausgestalteten, letztlich unübersichtlichen Kirchentag mit seinen Nebenbühnen in Wittenberg, Leipzig und andernorts weckte. Die Enttäuschung der Tourismusbranche der Bundesländer, die mit Luther Geschäfte machen wollen, stand deren Mitarbeitern an den Ständen auf dem Alexanderplatz übrigens ins Ge-

sicht geschrieben. Derlei Buden gehören auf die Internationale Tourismus-Börse, nicht auf einen Kirchentag. Die Frage, wohin man sich eigentlich wenden könne, wenn man der Kirche beitreten wolle, konnten die Standbetreiber – mit einer Ausnahme – jedenfalls nicht beantworten. Sie schien ihnen zudem gänzlich abwegig.

Der Kirchentag als Verein und die gastgebende Landeskirche sowie die natürlich mitgestaltende Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) konnten zwar über das gesamtstaatlich als wichtig erachtete Jubiläum des Thesenanschlags von Martin Luther zusätzliche Geldquellen des Bundes zum Sprudeln bringen. Insgesamt verschlang das Unternehmen jedoch 23 Millionen Euro in den vier Tagen – mit mehr als 2.500 kleinen und großen Einzelveranstaltungen. Knapp 110.000 Besucher nebst 30.000 Tagesgästen kamen an die zahlreichen bespielten Stätten, die sich in Berlin über die ganze, dafür leider zu ausgedehnte Stadt verteilten.

Tausende Kirchentagsbesucher reisten von ihren Großquartieren quer durch die sich eher desinteressiert gebende Stadt zu den Messehallen. Dass sich auf den berüchtigten Papphockern bestenfalls Jugenderinnerungen an vorangegangene Kirchentage einstellten, die Besucher aber von Fest- oder Gastlichkeit wenig spürten, ist naheliegend. An Schildern und Wegweisern mangelte es, ebenso an wirklicher Integration in die Stadt. Dafür vermeldete man wieder Rekorde – den unglaublichsten brach wohl der unter freiem Himmel gefeierte Schlussgottesdienst in Wittenberg mit angeblich 6.000 Blechbläsern. Aber weder Gott noch seine Gäste auf Erden brauchen derlei Superlative.

Der ohnehin schwer auszutarierenden Balance von Haupt- und Ehrenamt

auf dem Kirchentag, der von Freiwilligen getragen, konzipiert und zusammen mit den unverwüstlichen, fröhlichen Pfadfindern organisiert wird, hat die Aufblähung des Kirchentags nicht gutgetan. Dass in Berlin um Mitwirkende für einen der drei Eröffnungsgottesdienste mit einem kleinen „Honorar“ geworben wurde, irritiert ebenso wie die Debatte um Großsponsoren. Das Gebot der Stunde müsste, schon aus wohlverstandenen Eigeninteresse, konsequent Transparenz heißen – auch, um eine weitere Vermischung von Anliegen der Laien, Interessen der Kirche als Institution und Wünschen staatlicher Repräsentanten zu verhüten.

## KIRCHE UND POLITIK

Das Verhältnis zu amtierenden oder gar wahlkämpfenden Politikern ist gleichfalls problematisch. Der Kirchentag ist unabhängig. Gleichwohl sind Kirche und Politik mit ihm verflochten – und zwar nicht nur das links-protestantische Milieu, wie ein altes Vorurteil behauptet. Mitglieder aller Parteien sind Mitglied der Kirche, engagieren sich für den Kirchentag und können sich auf den zahllosen Veranstaltungen zu Wort melden – selbst in einem Wahljahr. Dass der Ratsvorsitzende der EKD einerseits dazu aufruft, „die Mächtigen in die Schranken zu weisen“, sich andererseits aber offenkundig sehr gern in der Nähe von (übrigens demokratisch gewählten und auf Zeit ermächtigten) Politikern zeigt – dafür kann der Kirchentag, der derzeit einen personellen Wechsel an der Spitze seiner Verwaltung verkraften muss, nichts.

Wieder einmal wimmelte es auf den großen Podien von Politprominenz. Die zentralen Auftritte waren sachlich begründet und konzilient im Ton, wenngleich nicht immer politisch ausgewogen. Die Berührung mit „der Macht“ ist auf Kirchentagen immer noch möglich, gewählte Repräsentanten sind als Menschen wie du und ich zu erleben – sofern sie guten Willens sind und sich auf Begegnung und Gespräch, Nachdenken und Nachfragen einlassen. Zwei Gefahren sind sie auf Kirchentagen allerdings ausgesetzt: Die eine resultiert aus der hartnäckigen protestantischen Autoritätsgläubigkeit, gegen die der Kirchentag ursprünglich einmal gegründet war, die staatliche Repräsentanten ehrfürchtig auf einen Thron hebt, auf den sie in der Demokratie nicht gehören. Und die zweite Gefahr liegt im weitverbreiteten Unwillen, Andersdenkenden zuzuhören. Eine ablehnende Grundhaltung, die „denen da oben“ nichts zutraut und sie ohnehin allesamt für unfähig und korrupt hält, führt auch auf Kirchentagen in die Echokammer. Man applaudiert sich selbst. Im Extremfall entstehen so lähmende Kirchentagsmomente, wie sie die Verteidigungsministerin und der Militärbischof erlebt haben. Nichts war gut in der Gedächtniskirche, in der sich eine Hasstirade entlud.

## BIBELARBEIT ALS KULTURTECHNIK

Damit hatten Barack Obama und Angela Merkel keine Probleme. Beide konnten ihr Handeln mit Glaubensüberzeugungen ungestört begründen und argumentierten theologischer als der sie befragende Theologieprofessor. Der Landesbischof der

gastgebenden Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz stellte sich in einer vorab vielkritisierten Diskussion gegen eine Vertreterin der Alternative für Deutschland und bewies lutherische Unbeugsamkeit. Viele namhafte Intellektuelle und Politiker machten sich über Flucht und Einwanderung Gedanken. Und auch Martin Schulz hielt eine Bibelarbeit. Der (katholisch erzogene) Kanzlerkandidat erkannte in der Erzählung vom Zollpächter Zachäus aus dem Neuen Testament einen „sozialdemokratischen Text“ – so die Überschrift der Pressemitteilung des Kirchentags, der dieser Auslegung offenbar einen Neuigkeitswert beimaß.

Die Bibelarbeit ist eine vom Kirchentag perfektionierte und freie Form, die Emotion und Frömmigkeit, Intellektualität und Phantasie zulässt – eine bemerkenswerte, eigene Kulturtechnik. Die pluralistisch und heterogen zusammengesetzten Diskussionsrunden zu Themen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur gehorchten indes eher klassischen Regeln: Impulse werden gesetzt, Argumente ausgetauscht, Publikumsfragen beantwortet und Stimmungsbilder erstellt – zwischen Buh-Rufen und Applaus ist alles möglich. Mit Kirche, mit Theologie, mit Glauben hat all dies oft herzlich wenig zu tun. Und

doch fallen auf Kirchentagen immer wieder Sätze, die sich in andere Kontexte kaum verirren. „Der christliche Glaube ist nicht Begründung zur Veränderungsabstinentz“ ist so ein Satz. Oder „Gemütliche Welteindunkelung hilft nicht – die Zeit ist jetzt!“. Das sind die hellen, lichten Momente, die Kirchentage auszeichnen und gedankliche Horizonte weiten.

Erstaunlich, dass ausgerechnet der neue Kulturbeauftragte der EKD sich abschließend über zuviel „Talkformat“ auf dem Kirchentag beklagt. Talk gehört, wie der Name sagt, in die Fernsehshow, Kirchentagsmoderationen provozieren eben gerade nicht die Konfrontation um der Konfrontation willen.

„Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott, zu unsern Zeiten. Es ist doch ja kein anderer nicht, der für uns könnte streiten“, dichtete der auf diesem Kirchentag arg strapazierte Luther im Jahr 1529. So kämpferisch der Reformator seinerzeit aufgetreten sein mag – seine Bitte rückt die Dinge zwischen Himmel und Erde zu recht. Luther mahnt zu Demut und setzt Vertrauen in ihn, den sehenden Gott. Sein Lied findet sich auch im Kirchentagsliederheft. Es wäre ein Erfolg, wenn es in diesen Tagen von aufgeklärten Laien mit frischer „Zurüstung“ gesungen oder gar im Luther'schen Sinne reflektiert würde.

# Entgöttert?

Wie das Christentum Staat und Herrschaft veränderte

## HANS MAIER

Geboren 1931 in Freiburg (Breisgau), emeritierter Professor für Politische Wissenschaft an der Universität München, ehemaliger Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie 1988 bis 1999 Inhaber des Münchener Romano-Guardini-Lehrstuhls.

Das Christentum veränderte die Denk- und Lebensformen der politischen Welt tiefgreifend, hat geradezu eine „Umwertung aller Werte“ hervorgebracht: Denn an die Stelle der Einheit von Kult und Politik, an die Stelle des Anspruchs der Polis, „Kirche ihrer eigenen Religion zu sein“ (Joseph Ratzinger), tritt in den neutestamentlichen Zeugnissen eine Zweierheit, wie sie am bündigsten im sogenannten Zins-

groschengleichnis (Mk 12,13–17) umschrieben wird, wo es heißt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“

Das Christentum tritt hervor in einer Welt, in welcher der Friede Roms, die Pax Romana, herrscht. Und es trifft in den ersten Jahrhunderten seiner Ausbreitung auf eine universelle politische Religion: den Kaiserkult. Seine politische Eschatologie breitet sich in der gesamten von Rom beherrschten Welt aus, mit verschiedenen Akzenten in West und Ost, aber mit demselben universellen Anspruch: Während der Kaiser in Rom als *princeps auctoritate* regiert, wird er in der östlichen Reichshälfte als *Gotttheit* verehrt, zu der man um die Fortdauer des Friedens betet.

Der römische Staat war der Erbfolger der griechischen Polis-Idee. Er hatte diese Idee ins Ökumenische erweitert, indem er das Bürgerrecht der Stadt ausgeweitet hatte zu einem römischen Weltbürgerrecht. Er hatte

zugleich die alte Polis-Einheit von Kult und Politik erneuert und sie zum zwingenden Gesetz des Reiches gemacht. In der Verehrung der römischen Kaiser gipfelte der Kult der Götter. An diesem Punkt, dem Kaiseropfer, entbrannte der Streit mit dem jungen Christentum.

## POLITIK WIRD „MENSCHENWERK“

Die Haltung der frühen Christenheit zu Kaiser, Obrigkeit, politischer Gewalt ist nicht auf eine einfache Formel zu bringen. Als Kontinuum in den wechselnden geschichtlichen Situationen treten aber zwei Züge hervor: Die Christen gehorchen, apostolischer Weisung folgend, der Obrigkeit; und sie beten – selbst in Verfolgungszeiten und ungeachtet ihrer entschiedenen Ablehnung des Kaiseropfers – für den Kaiser und für das Heil des Reiches. Aber sie gehorchen einer Obrigkeit, die unter Gottes Gericht steht; und sie beten für einen Kaiser, der ein Herrscher ist, nicht ein Gott. So ist aller Gehorsam eingebettet in eine fundamentale Reduktion weltlicher Macht: Kein irdischer Herrscher kann sich *post Christum natum* absolut setzen und für das Ganze ausgeben, keiner kann die Geschichte ans Ende bringen, die Götter versöhnen, den Weltfrieden ausrufen. Kaiser und Reich, Staat und Herrscher werden zu Dämonen, wenn sie göttliche Allmacht für sich beanspruchen.

Damit werden Staat und Politik etwas anderes, als sie es bis dahin waren – sie enthüllen sich in einem radikalen Sinn als menschliche Schöpfung, als „Menschenwerk“. Das Politische ist nichts Göttliches. Es wird – christlich gesprochen – zu sich selbst, zu seinen irdischen Zwecken befreit. Seine eigene, nicht mehr mit Religion und Kult ununterscheidbar verflochtene Geschichte beginnt.

So steht *vor* dem Dienst der alten Kirche am Staat in Gestalt von Gebet und Gehorsam ein anderer, fundamentalerer Dienst: die Entdivinisierung, Entgötterung (oder wiederum christlich gesprochen: die Entdämonisierung) des Staates – die Auflösung der spätantiken Symbiose von Kaiser, Reich und Gottesverehrung. Dass dies ein Dienst *am* Staat sei, eine Befreiung des Staates zu sich selbst, ein Schritt zu seiner rechtlichen Bindung, Vergesetzlichung, Kontrolle – das musste heidnischen Betrachtern freilich wie eine Blasphemie erscheinen. Viele verdächtigten daher die Christen, die in ihren Augen die Sorge um die Götter, die *religio*, vernachlässigten, als „Atheisten“.

## RÜCKFÄLLE IN POLITISCH-RELIGIÖSES DENKEN

Auch die Christen selbst lösten sich nur langsam von den überlieferten politisch-religiösen Denkweisen. Das zeigen die regelmäßigen Rückfälle in eine – nunmehr christlich gefärbte – Rom- und Reichstheologie in der Geschichte

des Christentums seit Konstantin. Allzu nahe lag die Versuchung, auch in christlichen Zeiten Himmel und Erde immer wieder durch ein forderndes „Gott will es!“ kurzzuschließen und so den welttranszendenten Gott in irdische Kämpfe und Konflikte zu verstricken.

Man kann diese Linien bis in die Gegenwart hinein ziehen. Immer wieder kommt es auch in der Moderne zu Regressionen in die mythische Einheit von Kult und Politik, zur Leugnung des für die Geschichte nach Christus geltenden „eschatologischen Vorbehalts“. Selbst in der abgeschwächten Form der „Zivilreligion“ rivalisiert diese Tendenz bis heute mit den Kräften christlicher Weltfreigabe. Bei vielen herrscht die illusionäre Erwartung, Christus sei der „Ordner der Welt“ und nicht vielmehr deren „tödliche Freiheit“ (Reinhold Schneider).

Dennoch: Die Geschichte des Christentums ist die Geschichte einer fortwährenden Destruktion „politischer Theologien“. Die Lehre von der göttlichen Monarchie scheiterte am trinitarischen Dogma. Die *Pax Augustea* im Sinn eines ewigen Friedens fand ihre Grenze an der christlichen Eschatologie. Der christliche Kaiser des Mittelalters verlor im Investiturstreit seine numinosen Qualitäten. In der Neuzeit wurden nacheinander die monarchische Geschichtstheologie Bossuets und ihr Gegenstück, die theologische Demokratielehre der Konstitutionalisten in der Französischen Revolution, entzaubert.

Darin wird deutlich, dass das Politische im christlichen Äon anders als in der Antike ein Nicht-Absolutes, ein Vorletztes darstellt, das für den Menschen Dienst- und Instrumentcharakter hat. Der Christ soll, nach einer Formulierung Augustins, diese Welt, auch die politische, nicht „anbeten“, sondern „pflügen“ – das heißt sie erkennen und konstruktiv weiterbilden.

## GEFAHR DES „REDIVINISIERTEN“ STAATES

Kehrt am Ende der Neuzeit die antike Theopolitie zurück? 1929 schrieb Hermann Heller angesichts der modernen Totalitarismen den prophetischen Satz: „Der Staat kann nur totalitär werden, wenn er wieder Staat und Kirche in einem wird, welche Rückkehr zur Antike aber nur möglich ist durch eine radikale Absage an das Christentum“ (*Europa und der Faschismus*, 1929, 56). Eric Voegelin und Raymond Aron haben die Gewaltregime der jüngsten Vergangenheit – Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – als „politische Religionen“ bezeichnet. Sie sahen in deren Bemühen um eine quasi-religiöse Dimension politischer Ordnung Parallelen zu den Modellen der antiken politisch-religiösen Einheitskultur. Die modernen totalitären Regime sind aber zugleich die Fratze eines pervertierten Christentums, von dem nur äußere Ordnungen, Zwang und Disziplin übrig geblieben sind. Mit ihren „reinen Lehren“, ihren Inquisitionstribunalen und Ketzergerichten, ihren Dissidenten

und Renegaten, Apostaten und Proselyten äffen sie problematische Entwicklungen in der Geschichte des Christentums nach. „Was nachgeahmt wird“, sagt Marie-Joseph Le Guillou, „ist oft die Sünde des Christentums.“

Es ist kein Zufall, dass der Auftritt der modernen Gewaltregime Hand in Hand geht mit einem überdimensionalen Wiederaufleben von Personenkult, Vergöttlichung der Herrscher, Apotheose der „toten Helden“ im Umkreis totalitärer Politik. Dafür gibt es nur antike Parallelen. Man denke an die „Pantheonisierung“ Lenins im Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau, an die kultische Verehrung des Revolutionsführers durch Menschen aus Russland und der ganzen Welt, an die Erlösungs- und Auferstehungsdramaturgie der Feiern für die Toten des 9. November im Deutschland Adolf Hitlers, an anbetungsgleiche Aussagen über politische Führer wie „Er organisierte die Berge/ und ordnete die Küsten“ (Stalin) oder: Seine Ideen sind „die Sonne, die ewig scheint“ (Mao Tse Tung).

Man könnte denken, das sei heute Vergangenheit, ein Rückfall in mythische Vorstellungen einer „politischen Religion“ sei wenig wahrscheinlich. Doch der „redivinierte“ (Eric Voegelin) Staat bleibt auch für die Zukunft eine reale Gefahr – zumal in vielen Teilen der einstmaligen christlichen Welt das postchristliche religiöse Vakuum fortbesteht. Überall, wo die christliche Scheidung der Gewalten infrage gestellt wird, wird der Staat notwendigerweise zum Alleinherrscher ohne Appellationsinstanz, zur selbstbezogenen Macht, gegen die sich der Einzelne nur unter Aufbietung aller Kräfte des Willens und des Intellekts zu wehren vermag. Es gehört zum Bild einer „Welt ohne Christentum“, dass in ihr mit dem omnipotenten Staat zugleich auch der *Terror antiquus* und der panische Angstschrei der Opfer wiederkehren.

## VERANTWORTUNG VOR GOTT

Im Unterschied zur antiken Anschauung, die mit Herren und Sklaven als einem selbstverständlichen, „natürlichen“ Faktum rechnete, war das Vorhandensein von Herrschafts- und Diensträngen in einer vom Christentum geprägten Gesellschaft nicht einfach eine naturhafte, mit der Geburt gegebene Tatsache. So musste sich der jeweilige Herrschaftsträger vor seinen Mitmenschen und vor Gott verantworten, da er seine Herrschaft als „Lehen“, als Amt und Auftrag, nicht als willkürlichen Besitz innehatte. Hierin lag die Möglichkeit einer Modifikation von Herrschaft, ihrer Umwandlung in eine Ordnung, in der sich eine allseitige Verantwortlichkeit entwickeln konnte – die Grundvoraussetzung für den modernen Rechts- und Verfassungsstaat.

Kirche und geistlicher Stand waren an diesem Prozess in doppelter Weise beteiligt. Einmal war der Klerus selbst – in Grenzen – ein Aufstiegsstand. Er konnte frei gewählt werden, man wurde nicht in ihn hineingeboren. Sodann hielt die kirchliche Predigt und Erziehung über den Hierarchien

und Würden, der Pracht und dem Stolz der Mächtigen immer wieder den Gedanken der evangelischen Gleichheit wach. Diese Vorstellung begann vor allem im hohen und späten Mittelalter wirksam zu werden. Sie wurde zum Ferment einer geistigen und politischen Neugestaltung.

In den Totentanzdarstellungen malte sich die Zeit ein Gegenbild ihrer purpurn-hochmütig einerschreitenden ständischen Ehren und Würden. Der große Rollentausch am Jüngsten Tag war ein Leitmotiv in der Predigt der Bettelmönche. So differenzierte die Kirche das adelig-bäuerliche Herrschaftsgefüge, formte es aus einem Verhältnis von Gewalt und Gehorsam zu einem Verhältnis gegenseitiger Rechte und Pflichten um. Erst dadurch konnten aus Machtträgern und Machtunterworfenen „Stände“ innerhalb eines größeren Ganzen werden. Unreflektierte Machtausübung wurde zur Wahrnehmung eines „Amtes“. Noch die reformatorische Sittenlehre und in ihrer Fortsetzung die christliche Staatslehre eines Seckendorff standen in dieser Tradition, wenn sie die weltlichen Stände, Obrigkeiten und Untertanen in eine christliche Ordnung eingefügt und durch „allgemeine Vergliederung und Einleibung in die Gemeinschaft der Kirche“ zu einem „geistlichen Leibe“ verbunden sah.

## STAATLICHE AUFGABEN?

So versteht man, dass sich im Schoß der Kirche eine Vielzahl von Tätigkeiten entwickelte, die wir heute unreflektiert als „staatlich“ empfinden: Personenstandswesen, Sorge für Arme und Kranke, Einrichtungen der Erziehung, Bildung, Wissenschaft. Das waren keine Usurpationen. Dem Staat – der noch kaum existierte – wurde nichts weggenommen. Vielmehr entstanden diese Tätigkeiten unmittelbar aus dem Eingehen der Kirche in die Welt. Sie standen im Dienst einer sich allmählich ausformenden christlichen Ordnung des Lebens.

So der Personenstand: Der Einzelne wurde – über Familie, Sippe, Stand hinaus – in seiner Individualität erkannt. So Erziehung und Bildung: Die breite Wirkung christlicher Lehren wäre nicht möglich gewesen ohne sie. So das Armen- und Krankenwesen: In einer christlichen Umwelt durfte kein Mensch ins Leere fallen. Hier sind Elemente moderner politischer Kultur vorgeprägt: Es gibt in der Antike keine *institutionellen* Einrichtungen, die modernen Schulen, Fürsorgeanstalten, Krankenhäusern vergleichbar wären.

Das Christentum machte politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen. Damit werden die überlieferten Formen politischer Identifikation des Einzelnen mit der Bürgergemeinde brüchig. Es genügt jetzt nicht mehr, dass der politisch Handelnde für die Bürgerschaft das Äußerste wagt und sich mit seiner Gemeinde – wenn er erfolgreich ist und nicht untergeht – in ewigem Ruhm verbindet. Die bedingungslose bürgerliche Hingabe, der „Heimfall ans Allgemeine“ (Jacob Burckhardt) – Kern des antiken

politischen Ethos – wird in christlichen Zeiten fragwürdig. Die Vergöttlichung erfolgreicher Feldherren, Magistrate, Kaiser erscheint als pure Blasphemie. Während die Antike in Gestalt des Heros und der Tragödie die Vergangenheit unmittelbar in die Gegenwart hineinreißt (und sie damit aus Zeit und Vergänglichkeit herausnehmen will), stellt das Christentum Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Verantwortungsräume der politisch Handelnden klar und scharf nebeneinander. Am Beispiel des Ruhmes enthüllt Augustin die Selbstbezogenheit, die latente Verantwortungsunfähigkeit der antiken politischen Kultur. Der Staat wird von ihm entschlossen in die Zeit gestellt und auf das Recht gegründet. Denn ohne Gerechtigkeit sind die Staaten nach seinem berühmten Wort nichts als „große Räuberbanden“.

## ORGANISATION VON VERANTWORTLICHKEITEN

Verantwortung wird in christlichen Zeiten neu und strenger gefasst: Wie der Mensch über sein ganzes Leben Rechenschaft ablegen muss vor dem ewigen Richter, so wird jetzt auch der politische Bereich zum Raum persönlicher Verantwortung; jeder Schritt muss bedacht, jede Handlung überlegt und abgewogen werden. In den Fürstenspiegeln entwickeln sich Formen einer religiös-pädagogischen Ethik. Mittelalterliche Politik arbeitet mit religiös begründeten Instrumenten und Sanktionen. In der Neuzeit macht der Katholizismus die Herrscher rechenschaftspflichtig gegenüber Kirche, Priestertum, Gewissen. Im Protestantismus sind die institutionellen Gewichte schwächer, die inneren Gewissensinstanzen aber bestehen fort – von der bewusst kirchlichen Politik evangelischer „Betefürsten“ zur Zeit der Reformation bis zu dem individualistischen Umgang Bismarcks mit den Losungen der Brüdergemeinde.

Den entscheidenden Schritt zur *Organisation von Verantwortlichkeit* tut freilich erst der moderne Verfassungsstaat. Er schafft klare Verantwortungsräume und Verantwortungszeiten. Er macht deutlich, wer sich zu verantworten hat, in welchen zeitlichen Abständen, vor welchen Instanzen, mit welchen Verfahren der Bestätigung oder Verwerfung. Vor allem: Er zerlegt die Macht ausübung und macht sie dadurch der Übersicht und Kontrolle zugänglich. Eine Vielzahl rechtlicher und politischer Verantwortungsfelder entsteht. Sie dehnen sich in der modernen Demokratie auf die ganze Breite des Staatslebens aus: *responsible government* heißt schließlich, dass die Herrschenden insgesamt den Beherrschten verantwortlich sind.

*Gekürzte Fassung des Essays von Hans Maier: Demokratischer Verfassungsstaat ohne Christentum – Was wäre anders?, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Grundfragen der Christlichen Demokratie, Nr. 1, März 2006.*

# Gott im Haus der Wissenschaft

Über die Theologie an deutschen Universitäten

## ANNETTE SCHAVAN

Geboren 1955 in Jüchen, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundesministerin a. D., Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl und Gastprofessorin an der Shanghai International Studies University.

Die Theologie gehört zur Tradition der europäischen Universität.<sup>1</sup> Sie etablierte sich dort zur Ausbildung von kirchlichen Berufen und zugleich als Teil eines umfassenden Bildungskonzeptes. So ist es bis heute. Deshalb lässt sich die Bedeutung der Theologie nicht allein aus einem binnenkirchlichen Kontext heraus erklären. Theologische Expertise und Kompe-

tenz kann nicht auf Berufe in den Kirchen beschränkt werden. Außerdem sind die verschiedenen Beziehungen bedeutsam, in denen die Theologie steht: innerhalb der Universität zu den anderen Wissenschaften, in die Kirche hinein und innerhalb heutiger, religiös-pluraler Gesellschaften.

Die Theologie ist – davon bin ich überzeugt – ein attraktiver Gesprächspartner für andere Wissenschaften. Warum? Theologische Reflexion weitet den Blick und zeigt Widerständigkeit gegenüber dem partiellen Blick auf den Menschen. Wolfgang Frühwald formuliert es so: „Theologische Fakultäten setzen dem allgegenwärtigen, wirtschaftlich bedingten Bio-, Info- und Nanoenthusiasmus allein durch ihre Existenz einen notwendigen Kontrapunkt. Durch dessen Widerständigkeit wird sich die ‚andere‘ Perspektive in den Ökonomismus und Szientismus der Zeit einmischen.“<sup>2</sup> Deshalb gewinnen theologische Spezialstudien für andere Berufe in der Medizin, in den Kultur-, Rechts-, Natur- und Lebenswissenschaften, in der Psychologie und in sozialen Berufen an Bedeutung. Die Interdisziplinarität der Theologie bietet hierzu beste Ansätze. Theologische Spezialstudien sind auch ein Thema für die kreative Weiterentwicklung bestehender Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat. Mir scheint, dass hierzu gerade ein gutes Zeitfenster existiert.

Theologie braucht das gelebte Bekenntnis. Objektivität, Rationalität und die Bedingungen wissenschaftlicher Reflexion stehen in einer Bindung, in der sich christlicher Glaube als Botschaft mitteilt. Diese Bindung unterscheidet die Theologie von der Religionswissenschaft. Sie beschränkt nicht kritische Reflexion, sie erschließt die Botschaft des christlichen Glaubens. Sie erklärt damit eine geglaubte Wahrheit über Gott und den Menschen, die vor Verengungsgeschichten bewahrt.

## GLAUBE BRAUCHT DAS DENKEN

In dem bekannten Dialog zwischen dem damaligen Kardinal Joseph Ratzinger und dem Philosophen Jürgen Habermas fordert der Kardinal „eine Verantwortung der Wissenschaft um den Menschen als Menschen, und besonders eine Verantwortung der Philosophie, die Entwicklung der einzelnen Wissenschaften kritisch zu begleiten, voreilige Schlussfolgerungen und Scheingewissheiten darüber, was der Mensch sei, woher er komme und wozu er existiere, kritisch zu durchleuchten“.<sup>3</sup> Zu den Scheingewissheiten hat über lange Zeit die verbreitete Auffassung gehört, Religion werde in Zukunft relevant für den Menschen, nicht aber für Zivilgesellschaften oder Staaten sein. Religion ist ein Grund der Hoffnung von Menschen und eine Quelle von Haltungen und Werten. Sie ist ein Teil des kulturellen Gedächtnisses und damit verbundener Bilder und Deutungsmuster. Für manche sind Religionen ein Ärgernis, an dem sie sich zumindest reiben. Auch daraus sind schon interessante Debatten entstanden. Verwunderlich ist, wie lange sich in Europa der Eindruck gehalten hat, dass von einer öffentlichen oder gar politischen Bedeutung der Religionen in Zukunft nicht mehr auszugehen sei. Wie anders hat sich die Geschichte entwickelt! Wie sehr hat Europa ignoriert, was sich in anderen Teilen der Welt tut. Unsere Debatten über Menschenrechte, über Wege zu

Versöhnung und Frieden, über den Wert von Freiheit und Demokratie sind in einer globalen Welt von heute nicht erfolgreich ohne die Religionen und ein fundiertes Wissen über sie und die Reflexion über den Glauben von Menschen.

So, wie die Theologie im Verhältnis zu den anderen Wissenschaften den Blick weitet, so gilt das auch im Verhältnis zur Kirche. So, wie Theologie der modernen Welt nützlich sein kann beim Verständnis ihrer selbst, ihrer Herkunft, ihrer Modernisierungsprozesse und damit verbundener Lebensfragen, so ist sie auch der Kirche hilfreich. „Die Kirche braucht die Anstrengung des Glaubensdenkens, wenn sie der Welt jederzeit verantwortlich das Evangelium vermitteln will.“<sup>4</sup> Die Anstrengung des Denkens und der kritischen Reflexion bewahrt vor Aberglauben und jeder Versuchung der Instrumentalisierung, der Religion sich zu allen Zeiten ausgesetzt sieht. „Der Glaube braucht das Denken, wenn er sich selbst treu bleiben will.“<sup>5</sup>

Genau hier liegt der Wert der Theologie im Haus der Wissenschaft. Das Denken hat der Theologie im deutschsprachigen Raum zu ihrer internationalen Anerkennung verholfen, zu den hohen Qualitätsstandards, die im Haus der Wissenschaft Geltung beanspruchen. Ihre intellektuelle Ausstrahlungskraft hat hier ihren tiefen Grund. Sie bewahrt den christlichen Glauben vor Vereinnahmung und Verkürzung, vor sektiererischen Tendenzen und fundamentalistischer Instrumentalisierung. Sie ermöglicht die aufklärerische Kraft, die der Theologie zu eigen ist. In Zeiten, in denen die Religion auf der Bühne der Zeitgeschichte sich auch bedrohlich, weil vereinnahmt für Gewalt und Terror präsentiert, ist dieser aufklärerische Impuls nicht groß genug einzuschätzen.

## ORIENTIERUNG UND SINN STIFTEN

Hinzu kommt, dass die Theologie im Haus der Wissenschaft zu den Disziplinen gehört, die jenes Wissen generieren, das weder Lebens- und Naturwissenschaften noch die Technik oder die Ökonomie zur Verfügung stellen können. Wissen, das der Mensch jenseits einer durch Technik und Naturwissenschaft geprägten Welt verstehen lässt und Orientierung stiftet. Franz Kardinal König hat bei einer Jahrestagung der von ihm mitbegründeten Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste 1994 festgestellt: „Es ist die Frage nach dem Sinn des Lebens, nach Glück, Leid und Tod, die eine technische Welt allein nicht beantworten kann.“<sup>6</sup> So imposant die Erfolgsgeschichte der Technik ist, so wenig kann sie die eschatologischen Fragestellungen beantworten beziehungsweise Orientierung und Sinn stiften. Die Frage etwa, was bestimmte Erkenntnisse der Hirnforschung für das Selbstverständnis des Menschen als freiheits- und verantwortungsfähiges Subjekt bedeuten, ist nicht mehr eine Frage der Hirnforschung. Die normativen Grundlagen unserer

Kultur werden weder von der Technik noch von den Naturwissenschaften oder der Medizin beantwortet.

## THEOLOGIE DES INTERRELIGIÖSEN DIALOGS

Christoph Marksches hat in seiner Antrittsvorlesung zur Übernahme des Lehrstuhls für Ältere Kirchengeschichte und Patristik an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin dafür plädiert, die Theologie stärker als Lebenswissenschaft zu bewerten. Er spricht davon, dass bereits in der Antike „ein eher naturwissenschaftlich geprägter und ein eher geisteswissenschaftlicher Zugang zum Leben nebeneinander standen und es weder der antiken Theologie noch der Medizin oder einer anderen Naturwissenschaft gelungen ist, diese Zugänge als eine Art ‚Überwissenschaft‘ wirklich zu synchronisieren“.<sup>7</sup> Schon in der Antike sei deutlich geworden, dass es beider Zugänge bedürfe. „Konkrete Aussagen über das Leben unter den Bedingungen seiner natürlichen und künstlichen Umwelt machten und machen Medizin und Biologie; konkrete Aussagen über ein gelebtes Leben im Horizont des Lebens an und für sich machen Philosophie und Theologie. Eine Gesellschaft, die sich einen der beiden Zugänge sparen würde, wäre plötzlich sehr arm.“<sup>8</sup>

Der Wissenschaftsrat hat in seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften“ im Jahre 2010 wichtige Impulse gesetzt. Gerade für die bereits genannte Aufgabe der Entwicklung von theologischen Spezialstudien kann auch darauf zurückgegriffen werden. Die Stellungnahme hilft auch zur Klärung der Beziehung zwischen Theologie und religionsbezogenen Wissenschaften. Sie stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Sie sollten in eine dialogische Beziehung treten. Schließlich ist jetzt die richtige Zeit, um neben das klassische Modell der Fakultät und kleineren Instituten Konzepte für Forschungszentren zu setzen, in denen die Theologie federführend in Kooperationen zu zentralen Forschungsthemen wirkt.

## KOOPERATIONEN ZU ZENTRALEN FORSCHUNGSFRAGEN

Ich nenne hierfür zwei Beispiele: Die Theologie an Universitäten im Ruhrgebiet eignet sich besonders für Forschungsk Kooperationen der Katholischen Soziallehre und der christlichen Gesellschaftswissenschaften. Solche Kooperationen zu zentralen Forschungsfragen erleichtern auch die Internationalisierung der Theologie in Deutschland. Ein anderes Beispiel ist die aktuelle Debatte in

Berlin. „Mischfakultät“ ist ein ungeeigneter Begriff für ein zukunftsfähiges Konzept. Berlin braucht ein Forschungszentrum, das theologische Spezialstudien ermöglicht, ganz besonders solche, die von internationalem Interesse sind. Dazu gehören zum Beispiel die vielen Fragen zu der Beziehung von Religion und Politik.

Schließlich werden Kooperationen zwischen den Theologien verschiedener Religionen bedeutsam. Dazu gehört ganz besonders der Dialog zwischen Judentum, Christentum und Islam. Ein wichtiges Forschungsthema ist die Entwicklung einer Theologie des interreligiösen Dialoges, auch deshalb, um von manch oberflächlichen Debatten wegzukommen, die kaum rückbezogen sind in die jeweilige Kirche beziehungsweise Religionsgemeinschaft. Die ersten Institute für islamische Theologie an einigen Universitäten waren ein wichtiger Schritt, um Voraussetzungen für diesen Dialog in Deutschland zu schaffen.

<sup>1</sup> Vgl. dazu u. a. Peter Walter: *Universität und Theologie im Mittelalter*, in: Helmut Hoving (Hrsg.): *Universität ohne Gott? Theologie im Haus der Wissenschaften*, Freiburg/Basel/Wien 2007, S. 18–32, sowie Ludger Honnefelder: *Albertus Magnus und der Ursprung der Universitätsidee*, Berlin 2011.

<sup>2</sup> Wolfgang Frühwald: *Die Frage nach dem Menschen*, in: Helmut Hoving (Hrsg.), a. a. O. S. 92–110.

<sup>3</sup> Joseph Kardinal Ratzinger: *Was die Welt zusammenhält. Vorpolitische moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates*, in: Jürgen Habermas/Joseph Kardinal Ratzinger: *Dialektik der Säkularisierung*, Bonn 2005, S. 41.

<sup>4</sup> Karl Kardinal Lehmann: *Der „intellectus fidei“: Den Glauben denkend verantworten*, in: Helmut Hoving (Hrsg.), a. a. O., S. 44.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Franz Kardinal König: *Gottes Glaube in einer technisierten Welt*, in: ders.: *Haus auf festem Grund*. Wien/München/Berlin 1994, S. 249.

<sup>7</sup> Christoph Marksches: *Ist Theologie eine Lebenswissenschaft? Einige Beobachtungen aus der Antike und ihre Konsequenzen für die Gegenwart*, Hildesheim/Zürich/New York 2005, S. 34.

<sup>8</sup> Ebd.

# Periode des Experiments?

Zur Zukunft des Religionsunterrichts

## HEIKE SCHMOLL

Geboren 1962 in Villingen, Korrespondentin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Berlin, verantwortlich für die Seite „Bildungswelten“.

Längst ist der konfessionelle Religionsunterricht nach Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes in eine Legitimitätskrise geraten. Die demographische Entwicklung nach der Wiedervereinigung sowie eine immer stärkere Entkirchlichung nicht nur in den östlichen Ländern haben Fakten ge-

schaffen. Der Rückhalt in der Bevölkerung für den konfessionellen Religionsunterricht schwindet. Zugleich erlebt er in der öffentlichen Diskussion eine Renaissance, wenn es um den islamischen Religionsunterricht geht. Denn eines ist klar: Ein islamischer Religionsunterricht ist ohne einen konfessionellen christlichen Religionsunterricht nicht denkbar – und umgekehrt.<sup>1</sup> Wenn sich die beiden großen Kirchen hierzulande also für den islamischen Religionsunterricht einsetzen, ist das nicht in bloßem Altruismus begründet.

Während die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) schon 1994 in ihrer bisher einzigen Denkschrift zum Religionsunterricht *Identität und Verständigung* darauf hingewiesen hat, dass kirchliche Erwartungen an eine Mission im Unterricht nicht mit den leitenden bildungstheoretischen Kriterien

des Religionsunterrichts vereinbar seien, denkt die Katholische Kirche darüber noch anders. Der Grund dafür liegt in einem unterschiedlichen Kirchenverständnis. Während die katholische Kirche sich als Heilsinstitution versteht, gibt es diese Mittlerfunktion der Institution für Protestanten seit der Reformation nicht mehr. Hinzu kommt, dass der Vatikan die EKD oder die protestantischen Landeskirchen nur als kirchliche Gemeinschaften, nicht jedoch als Kirche anerkennt. In den Empfehlungen der Deutschen Bischofskonferenz „Die Zukunft des konfessionellen Religionsunterrichts“ heißt es, ein von beiden Kirchen gemeinsam verantworteter christlicher Religionsunterricht sei deshalb noch nicht möglich. Allerdings könne es eine „erweiterte Kooperation“ im Sinne einer „Konfessionalität im ökumenischen Geist“ geben.<sup>2</sup> Das heißt in der Praxis zumeist, dass der Unterricht im Wechsel von einem katholischen und einem evangelischen Lehrer erteilt wird, aber auch konfessionslosen und andersreligiösen Schüler offensteht. Der Unterricht in gemischtkonfessionellen Lerngruppen bedarf aus katholischer Sicht der ausdrücklichen Zustimmung der Diözesen.

## BILDUNGSZIEL PLURALITÄTSFÄHIGKEIT

Angesichts der jüngsten Entwicklungen sprechen Religionspädagogen an Universitäten wie Friedrich Schweitzer vom Bildungsziel der Pluralitätsfähigkeit. Das spiegelt sich auch in den Thesen der EKD aus dem Jahr 2006 wider, in denen es vor allem darum geht, die Extreme von Fundamentalismus und Relativismus zu vermeiden. „Evangelische Identität bewährt sich in der Verständigung mit anderen, gerade auch angesichts bleibender Differenz“ (Friedrich Schweitzer). Deshalb gibt es immer mehr Kooperationsmodelle – nicht nur mit dem katholischen Religionsunterricht, sondern auch mit Muslimen, möglicherweise in Zukunft auch mit jüdischem oder orthodoxem Religionsunterricht.

Schon jetzt werden solche kooperativen Modelle in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen praktiziert. Das Hamburger Modell eines Religionsunterrichts für alle findet – was oft vergessen wird – in evangelischer Verantwortung statt. Aus mehreren neuen Untersuchungen zum konfessionell-kooperativen Unterricht aus den Jahren 2016/17 geht eindeutig hervor, dass die meisten Lehrer ihren Unterricht nicht mehr als konfessionell geprägt sehen. Ein religionskundlicher Unterricht indessen wird von der Mehrheit nicht gewünscht. Auch die Religionswissenschaftler an Universitäten reißen sich nicht darum, Religionslehrer auszubilden, ganz im Gegenteil.

Der evangelische Religionsunterricht war immer als ein prinzipiell für alle offener Unterricht gedacht. In der Praxis hat das allerdings auch oft dazu geführt, dass er sich bis zur Selbstverleugnung an lebensweltlichen Fragen

orientiert hat und insofern auch nicht mehr als konfessioneller Unterricht erkennbar war. Schon in den 1970er-Jahren gab es solche Ausreißer. Sie dürften eher zugenommen haben. Religionslehrer tragen deshalb nicht selten in bester Absicht zu einer völligen Leugnung der Differenzen bei. Sollte der konfessionell-kooperative Unterricht institutionell etabliert werden, stellt sich die Frage der Lehrerbildung.<sup>3</sup> Wo sollten diese Lehrer ausgebildet werden?

Ein prinzipiell kooperativer konfessioneller Religionsunterricht aus einer spezifisch konfessionellen Perspektive hat sich als Bildungsangebot im Sinne der Auseinandersetzung mit einer bestimmten Welt- und Lebensdeutung durchaus bewährt, wenn er sich nicht in inhaltlicher Beliebigkeit erschöpft. Nur bei einem entsprechenden Bildungsanspruch wäre der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach mit Versetzungsrelevanz in den meisten Bundesländern zu rechtfertigen.

Die grundsätzlichen Zweifel daran haben schon im 19. und frühen 20. Jahrhundert begonnen, als Ernst Troeltsch kritisch anmerkte, „Staatsschule und religiöse Gewissensfreiheit, einheitliche Schulerziehung und -bildung und religiöse Individualkultur scheinen sich gegenseitig auszuschließen“.<sup>4</sup>

In seinem entscheidenden Urteil vom 25. Februar 1987 hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten, der Religionsunterricht sei „keine überkonfessionelle vergleichende Betrachtung religiöser Lehren, nicht bloß Morallehre, Sittenunterricht, historisierende und relativierende Religionskunde, Religions- oder Bibelgeschichte“. Sein Gegenstand sei vielmehr der Bekenntnisinhalt, die Glaubenssätze der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Ob Religionsunterricht diesem Anspruch immer gerecht wird, ist durchaus fraglich.

Bei der augenblicklichen Verfassungslage wäre also ein neutraler Unterricht in einem Fach Religionskunde nur dann zu verwirklichen, wenn das Grundgesetz mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit geändert würde. Ohne Verfassungsänderung ließe sich indessen die gegenwärtige Praxis der konfessionellen Kooperation verwirklichen. Für die Schulleitungen wäre ein solcher Religionsunterricht durchaus mit einer organisatorischen Erleichterung verbunden. Troeltschs Plädoyer für eine Periode des Experiments<sup>5</sup> scheint unter diesen Voraussetzungen durchaus aktuell. Das ändert nichts daran, dass es langfristig auch Vereinbarungen zu dem Übergangsmodell des konfessionell-kooperativen Unterrichts geben muss.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Friedrich Schweitzer: „Ziel Pluralitätsfähigkeit“, in: *zeitzeichen* 10/2012, S. 27–29.

<sup>2</sup> Siehe [www.dbk-shop.de/media/files\\_public/nfkvecji/DBK\\_11103.pdf](http://www.dbk-shop.de/media/files_public/nfkvecji/DBK_11103.pdf), S. 29.

<sup>3</sup> Siehe dazu auch Andreas Kubik: „Eine ‚Periode des Experiments‘. Für mehr Realismus in der Debatte um die Zukunft des Religionsunterrichts“, in: *Zeitschrift für Pädagogik und Theologie (ZPT)* 2017, 69 (1), S. 70–81.

<sup>4</sup> Ernst Troeltsch: „Der Religionsunterricht und die Trennung von Staat und Kirchen (1918/19)“, in: ders.: *Schriften zur Politik und Kulturphilosophie (1918–1923)*, hrsg. von Gangolf Hübiger, Walter de Gruyter Verlag, Berlin/New York 2002, S. 143.

<sup>5</sup> A. a. O., S. 145.

# Die Kraft des Christentums

Über das „C“, den Kampagnenbegriff „Ehe für alle“ und die Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht

## VOLKER KAUDER

Geboren 1949 in Hoffenheim, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

**Herr Kauder, ein ehemaliger Fraktionskollege hat über Sie gesagt: „Wenn es um das ‚C‘ geht, wird er zur Dampfwalze.“ Können Sie sich vorstellen, wie er darauf kam?**

**Volker Kauder:** Das war mein Freund Georg Brunnhuber. Er wurde wie ich in jungen Jahren CDU-Kreisvorsitzender. Wir haben in der Politik und auch privat gemeinsam viel gemacht. Er hat mich beobachtet, wie ich schon früher oft über das „C“ gesprochen habe. Was ihn zu dieser Äußerung veranlasste, war aber wohl eine persönliche Begebenheit: Durch ein

zeitliches Missverständnis kamen wir eines Tages mit unseren Frauen an einem Sonntag viel zu spät zur Kirche. Der Segen war gerade erteilt. Georg meinte, dass das ausreiche. Ich war der Ansicht, man könne den lieben Gott doch nicht auf den Arm nehmen. Ich muss das mit so viel Überzeugung vorgetragen haben, dass Schorsch schließlich ein Einsehen hatte. So gingen wir eineinhalb Stunden später noch einmal zum Gottesdienst.

**Sie raten dazu, dass „wir als Christen mehr über unsere Religion und weniger über den Islam reden“ sollten. Warum und mit welchem Ziel?**

**Volker Kauder:** Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Staat über der Religion



Quelle: Pressestelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Foto: Laurence Chaperon

steht. Unser demokratischer Rechtsstaat macht die Gesetze, an die sich auch die Religionsgemeinschaften und die Anhänger der Religionen halten müssen. Das ist in einem demokratischen Staat selbstverständlich. Abgesehen davon genießen die Religionsgemeinschaften und ihre Angehörigen bei uns große Freiheiten. Jeder kann im Rahmen der Gesetze seinen Glauben frei leben und auch für seine Religion werben.

Das gilt für die Christen, für die Juden, für die Muslime. Natürlich leben wir in unserem Land in einer christlich-jüdischen Tradition. Ich bin dafür, dass wir dieses Erbe auch pflegen. Und nun komme ich zu meinem Punkt: Wir Christen müssen in einer zunehmend säkularen Welt, aber auch in einer Welt, in der es eben

auch andere Religionen gibt, selbstbewusster über unseren Glauben sprechen. Wir müssen zeigen, was das Einzigartige an der christlichen Botschaft ist, warum es sich lohnt, christlich zu leben, was das persönlich aus mir macht, Christus nachzufolgen.

Insgesamt habe ich den Eindruck, dass das „C“ in unserer Gesellschaft blass geworden ist. Wir ruhen uns zu sehr auf der Tradition aus. Noch einmal: Wir müssen mehr über die christliche Botschaft reden.

**Möglicherweise ist der 30. Juni ja ein Beispiel dafür. Auch mit Stimmen aus der Unionsfraktion hat der Deutsche Bundestag die sogenannte „Ehe für alle“ beschlossen. Wird diese doch eher**

**im Hoppla-Hopp zustande gekommene Entscheidung zum gesellschaftlichen Frieden beitragen?**

**Volker Kauder:** Schon den Ausdruck „Ehe für alle“ finde ich abwegig. Es wurde im Bundestag keine „Ehe für alle“ beschlossen – die Mehrheit hat dafür gestimmt, dass die Ehe nun auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ermöglicht werden soll. Schon wegen dieses Begriffs wird die Entscheidung nicht die Diskussionen um die Zukunft der Ehe beenden. Warten Sie es ab: Es wird in einigen Jahren gefragt werden, ob eine „Ehe für alle“ nicht noch weiter geöffnet werden müsste. Vielleicht gibt es bald eine Debatte über eine Ehe zu dritt oder eine Ehe zu viert oder darüber, ob ein Mann mehrere Frauen haben darf. Für mich war dieser letzte reguläre Sitzungstag in dieser Wahlperiode kein schöner Tag. Ich sehe es schon als gewisse kulturelle Erschütterung an, dass nun die seit Jahrhunderten geltende Gewissheit nicht mehr gilt, wonach die Ehe eine Verbindung von Mann und Frau ist.

**Welchen Stellenwert hat die Entscheidung für Christen innerhalb der CDU?**

**Volker Kauder:** In vielen moralisch-ethischen Grundsatzfragen gibt es unter Christen Gemeinsamkeiten, aber auch unterschiedliche Auffassungen. Die katholische und die evangelische Kirche sind oft unterschiedlicher Meinung. Das spiegelt sich in der Union wider. Das „C“ bedeutet für uns, Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zu machen.

**Haben Sie die Sorge, dass sich mancher konservative Christ in der Union nicht**

**mehr so recht aufgehoben fühlen könnte?**

**Volker Kauder:** Ich bin mir bewusst, dass es durchaus evangelische und katholische Christen gibt, die meinen, sie wären mit ihren Überzeugungen vielleicht besser bei der AfD aufgehoben. Da kann ich nur sagen: Schauen Sie sich doch bitte nur eine Aussage eines der beiden AfD-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl näher an. Herr Gauland sagt, er sei nicht gläubig, betrachte sich aber als Kulturchristen, weil das Christentum halt zu unserer Kultur gehöre. Was ist das für ein Umgang mit dem Glauben! Das reduziert Jesus Christus auf eine Tradition, wie man in Bayern zum Beispiel zu einem bestimmten Anlass eine Lederhose trägt. Wer so über die christliche Religion spricht, ist einfach kein Vertreter von christlichen Grundwerten. Jeder Christ sollte sich zudem fragen, ob er sich mit einer Partei anfreunden kann, in der rechtsradikale Sprüche geduldet werden, in der einige das Gedenken an den Holocaust und die Gräueltaten des Nationalsozialismus relativieren, welche alle Werte des Christentums auf unbeschreibliche Art und Weise mit Füßen getreten haben.

**Sie rechnen mit einer Verfassungsklage in Karlsruhe. Was wäre Ihre Erwartung an den Ausgang des Verfahrens? Wolfgang Bosbach hält die Klage für wenig aussichtsreich, weil die Richter nicht den Mut hätten, ein Parlamentsvotum zu kippen.**

**Volker Kauder:** Spekulationen bringen nichts. Der bayerische Ministerpräsident hat angekündigt, dass die Staatsregierung

eine Klage prüft. Dies sollte man jetzt einmal abwarten.

Mich bewegt aber eine andere Frage, die kein gutes Licht auf die Amtsführung unseres Bundesjustizministeriums wirft. Das Bundesjustizministerium hat 2015 auf eine Kleine Anfrage hin dem Deutschen Bundestag mitgeteilt, dass aufgrund der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Ehe die Verbindung von Mann und Frau sei und eine Öffnung der Ehe ohne Änderung des Grundgesetzes nicht möglich wäre. In Interviews vor der Entscheidung des Deutschen Bundestags teilt der Bundesjustizminister dann aber plötzlich mit, dass nach seiner Auffassung eine Änderung des Grundgesetzes nicht notwendig sei. Am Tag der Bundestagsentscheidung sagt er im ZDF-Morgenmagazin schließlich: Es wäre natürlich schöner, wenn man eine Grundgesetzänderung hätte vereinbaren können. Nach diesen widersprüchlichen Aussagen bleibe ich dabei: Das Bundesjustizministerium und sein Minister müssen sehr aufpassen, nicht weiter den Eindruck zu vermitteln, dass verfassungsrechtliche Beurteilungen dieses Hauses von politischer Opportunität abhängig seien. So kann man mit dem Grundgesetz nicht umgehen.

**Sie mahnen ein größeres Selbstbewusstsein von Christen an. Gleichzeitig lassen Sie nichts unversucht, auf die schwierige Lage der Christen in vielen Ländern hinzuweisen. Wie viel christliche Gestaltungskraft ist noch vorhanden in einer Welt, die im Westen von fortschreitender Säkularisierung, in anderen Ländern zum Teil aber von zunehmender Verfolgung geprägt ist?**

**Volker Kauder:** Christen stehen in vielen Teilen der Welt massiv unter Druck. In China und Nordkorea beispielsweise, aber auch in unserer unmittelbaren Nähe im Orient. Dabei zeigen Christen gerade in einer besonderen Verfolgungssituation eine unglaubliche, mich tief berührende Kraft. Ich denke etwa an die Kopten in Ägypten, die trotz der blutigen Anschläge – auch in jüngster Zeit – ihre Gottesdienste besuchen und mir erklären, sie seien von Gott als Märtyrerkirche ausersehen worden.

**Welche Eindrücke bringen Sie noch von Ihren Reisen mit?**

**Volker Kauder:** Christen tun überall auf der Welt Gutes. Selbst wenn ihnen Rechte genommen werden, helfen sie anderen, unterhalten Schulen, Krankenstationen, Waisenhäuser. Das zeigt die Kraft des Christentums. Dieser Kraft müssen wir uns auch in Deutschland bewusster werden. Wir Christen, die durch die Aufklärung gegangen sind, akzeptieren auch andere Religionen. Wir sind tolerant, weil Jesus uns dies vorgelebt hat. Wir wollen mit allen Religionen gut zusammenleben. Wir können dies aber auch von den Angehörigen anderer Religionen verlangen. Dort, wo das nicht geschieht, müssen wir dies anmahnen und einfordern. Es bleibt aber eine Tatsache, dass Christen vielfach dort bedrängt sind, wo Muslime eine Mehrheit haben oder der Islam die Staatsreligion ist.

**Sie sagen, Religionsfreiheit sei „das zentrale Menschenrecht überhaupt“. Können Sie uns das erklären?**

**Volker Kauder:** Die Frage nach dem Sinn des Lebens und die Frage, ob nach diesem irdischen Leben noch etwas kommt, beschäftigen die Menschen wie nichts anderes. Selbst diejenigen, die nicht glauben, legen viel Energie in die Begründung, warum es Gott nicht gibt und warum sie nicht glauben. Die Beschäftigung mit diesen Fragen ist Wesensmerkmal des Menschen. Und noch etwas: Für mich ist das zentrale Menschenrecht die Freiheit. So steht es im Galater-Brief. „Zur Freiheit seid ihr berufen“, heißt es dort. Meine Begegnungen in der Welt haben mir gezeigt, dass es nirgendwo richtige Freiheit gibt, nicht die Meinungsfreiheit, nicht die Pressefreiheit, wo keine Religionsfreiheit herrscht. Auch deshalb hat die Religionsfreiheit einen solchen Stellenwert für mich.

**Vor sieben Jahren brachte die Union die Lage der weltweiten Religionsfreiheit auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestags. Inzwischen gab es auch aus dem Auswärtigen Amt einen Bericht der Bundesregierung, den Sie aber kritisiert haben.**

**Volker Kauder:** Trotz des Bekenntnisses im Koalitionsvertrag zum Kampf für Religionsfreiheit war es nicht einfach, das Auswärtige Amt zu diesem Bericht zu bewegen. Die Grünen haben in dem Fall mitgeholfen. Allerdings ist dieser Bericht viel zu allgemein gehalten. Die Lage der Religionsfreiheit kann aber nur länderspezifisch beurteilt werden. Dies wollte das Auswärtige Amt offenbar nicht, um keine Probleme mit einzelnen Ländern zu bekommen. Das muss sich in der kommenden Wahlperiode ändern. Wir müssen Defizite in einzelnen Staaten deutlicher beim Namen nennen.

**Sie fordern darüber hinaus einen Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Religionsfreiheit. Mit welchem Ziel?**

**Volker Kauder:** Ein Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit kann viel stärker auf die tägliche politische Diskussion einwirken. Ein erster kleiner Durchbruch ist aber auf europäischer Ebene gelungen: Ján Figel' ist von Jean-Claude Juncker zum Sondergesandten für Religionsfreiheit der EU-Kommission berufen worden. Herr Figel' muss aber eine bessere Ausstattung bekommen.

**Wie verlaufen die Diskussionen über die Religionsfreiheit auf internationaler Ebene? Ist es richtig, dass dort alle für die Religionsfreiheit sind, aber wenn es dann beispielsweise bei Muslimen um den Religionswechsel geht, Vorbehalte vorhanden sind?**

**Volker Kauder:** Wir sind hier in den vergangenen Jahren sicher auch durch die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung einen großen Schritt weitergekommen. Wir haben zwei große Parlamentarier-Konferenzen veranstaltet, eine in New York am Sitz der Vereinten Nationen, eine in Berlin. Die Teilnehmer kamen aus der ganzen Welt und repräsentierten alle Weltreligionen, aber auch ganz unterschiedliche Parteien. Ja, es hat sich ein Netzwerk „Religionsfreiheit“ gegründet, das seinesgleichen sucht. Alle sind sich hier einig, die Religionsfreiheit zu verteidigen. Aber es gibt durchaus unterschiedliche Auffassungen. Bei dem zentralen Thema des Religionswechsels haben Muslime streckenweise eine andere Position. Dennoch war auf den Konferenzen feststellbar, dass diejenigen, die gesagt haben,

ein Religionswechsel muss durch den Staat unter Strafe gestellt werden, in einer Minderheitenposition waren.

**Im Namen Gottes wird immer mehr auf der Welt gemordet ...**

**Volker Kauder:** Religion – heute zunehmend der Islam – wird machtpolitisch missbraucht, auch um einigen Ethnien Vorteile zu verschaffen. Das wird leider nicht aufhören. Daher muss sich in der Weltgemeinschaft die Auffassung durchsetzen, dass sich Religionen nicht über den Staat stellen können und erst recht nicht über den Einzelnen, sondern dass der Einzelne über der Religion steht. Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen haben islamische Länder immer wieder verlangt, ausschließlich die Religion zu schützen. Und wir haben stets gesagt, dass es bei der Religion um die Freiheit des Einzelnen geht. Die Religionsfreiheit ist ein höchst persönliches Menschenrecht und nicht zuallererst das Recht der Religionsgemeinschaften, die dann oft ihre Macht über die Menschen ausspielen wollen.

**Sie haben gesagt, „wir müssen alles daran setzen, dass dieses Europa ein Europa des christlichen Glaubens bleibt“. Sind Sie, nachdem in Straßburg eines großen Christdemokraten und Europäers, des verstorbenen Bundeskanz-**

**lers Helmut Kohl, gedacht worden ist, hoffnungsvoller oder pessimistischer gestimmt, dass „ein Europa des christlichen Glaubens“ nicht doch nur noch ein Wunschbild ist?**

**Volker Kauder:** Ich wünsche mir ein Europa, das aus der christlich-jüdischen Tradition lebt. Diese Wurzel müssen wir uns bewahren. Bei dem Trauerakt im Europäischen Parlament und dem bewegenden Requiem im Dom zu Speyer ist diese Wurzel wieder sichtbar geworden. Auch darum war dieser Tag so beeindruckend.

Dieser Tag hat auch gezeigt, was ein Mensch wie Helmut Kohl, der aus dem christlichen Glauben heraus seine Kraft gezogen hat, schaffen und bewältigen kann. Er ist ein Vorbild auch für die Generation der heutigen Politiker. Und noch ein Gedanke: Ich bin überzeugt, dass wir die große Verantwortung haben, unseren Kindern zumindest diesen Glauben zu vermitteln, sie damit bekannt zu machen. Sie können dann selbst entscheiden, ob sie diesen Glauben annehmen und leben wollen. Wir müssen es aber immer wieder versuchen. Der christliche Glaube macht die Welt besser.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 3. Juli 2017.*

# Tiefgehendes Umdenken

Juden und Judenfeindschaft im Christentum in neuerer Zeit

## DOROTHEA WENDEBOURG

Lehrstuhl für Kirchengeschichte mit Schwerpunkt Mittlere und Neuere Kirchengeschichte / Reformationsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Um 1500 gab es in vielen Ländern Europas keine Juden mehr. Hatten sie früher in allen Gegenden des alten Römischen Reiches gesiedelt, so wurden sie im späten Mittelalter nach und nach aus den meisten Ländern des Kontinents vertrieben: im 13. Jahrhundert aus England, im 14. aus Frankreich und aus der Schweiz, Ende des 15. aus Spanien und Portugal, im 16. aus Süditalien und Böhmen. Was das übrige Heilige Römische Reich Deutscher Nation betraf, so hatten viele seiner Territorien und die meisten Reichsstädte sich im späten Mittelalter der Juden entledigt, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts etwa 0,25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachende jüdische Anteil (circa 40.000) lebte überwiegend zerstreut auf dem

Land, hier und da in städtischen Judenvierteln. Die meisten Juden gab es in Ostmitteleuropa (Polen, Litauen, Galizien) sowie im Osmanischen Reich.

Die Vertreibungen spiegelten die prekäre Rechtslage. Grundsätzlich galt der beim Übergang des antiken Christentums zur Staatskirchlichkeit aufgestellte Grundsatz, dass im nun homogen christlich werdenden Reich die Juden, anders als sämtliche anderen nicht christlichen und häretischen Gruppen, siedeln dürften, weil sie mit ihrer Heiligen Schrift, dem Alten Testament, das auf Jesus Christus hinweise, dessen Zeugen seien; da sie aber, offensichtlich verstockt, diesem Christuszeugnis keinen Glauben schenkten, ja, Christus sogar getötet hätten, müssten sie mit rechtlichen Einschränkungen und finanziellen Belastungen leben, denen sie nur durch die Konversion zum Christentum entgehen könnten. Im späten Mittelalter hinzukommende Anklagen wie die des Ritualmordes, des Hostienfrevels und der Brunnenvergiftung, aber auch der Wuchereivorwurf, die zu Pogromen, Hinrichtungen und Vertreibungen führten, machten das Existenzrecht weitgehend obsolet. Gegen Geld gewährter Schutz durch den Kaiser war wenig wirkungsvoll. Doch im Laufe der Neuzeit von den Territorialherren des Reiches als willkommene Einnahmequelle übernommen und zu einem System abgestufter Privilegierungen ausgebaut, bot dieser „Judenschutz“ nun in aller Beschränkung auch den Rahmen zur Entfaltung jüdischen sozialen und religiösen Lebens.

Kontakte zwischen Christen und Juden waren um 1500 spärlich. Durch die Abwesenheit oder die geringe Zahl von Juden gab es in den meisten Gegenden West- und Mitteleuropas keine Gelegenheit dazu. Und die mit der Anklage der Verstockung und des Christismordes sowie den genannten verschärften Vorwürfen begründete Judenfeindschaft der Christen schuf wenig Interesse an Begegnungen, ebenso wenig der vor allem mit der Trinitätslehre begründete jüdische Vorwurf, die Christen seien Götzendiener. Ein gewisser Austausch ergab sich allerdings durch die Hinwendung humanistischer Kreise zur hebräischen Sprache, die zu Gesprächen mit jüdischen Gelehrten, aber auch zur Lektüre jüdischer Schriften, insbesondere Bibelauslegungen, führte. So konnte es zu bibelexegetischen Anleihen durch christliche Ausleger kommen, die überlieferte christliche Interpretationen, insbesondere im Neuen Testament verwurzelte Deutungen alttestamentlicher Stellen auf Christus hin, infrage stellten. Darauf reagierend, stellte der prominenteste Humanist, Erasmus, der bedauerte, dass das Heilige Römische Reich seine Juden nicht wie Frankreich vertrieben hatte, die Forderung auf, dem Alten Testament in der christlichen Kirche weniger Bedeutung zuzumessen.

Die Reformation schien zunächst das Verhältnis von Christen und Juden grundlegend zu verbessern. 1523 veröffentlichte Martin Luther die Schrift *Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei*. Hier forderte er, die zeitgenössische Kirche scharf wegen der Unterdrückung der Juden kritisierend, die Möglichkeit ungehinderten Zusammenlebens von Juden und Christen und einen gerechten, freundlichen Umgang mit der Minderheit, erklärte Wucher

der Juden als Folge ihnen auferlegter Berufsverbote und Vorwürfe wie die des Ritualmordes zu Lügenmärchen. Dabei wurde der religiöse Gegensatz nicht eingeebnet. Zwar hob Luther die ethnische Zugehörigkeit Jesu zu den Juden als ihren Ehrentitel hervor, wiederholte aber umso mehr die neutestamentliche Überzeugung, dass er der Erlöser auch der Juden sei und dass sie das bei unvoreingenommener Lektüre ihrer Heiligen Schrift erkennen könnten. Luther war der Meinung, ein freundlicher Umgang der Christen mit den Juden werde vielleicht einige Konversionen herbeiführen. Mit großen Zahlen rechnet er allerdings nicht, hielt vielmehr die dauerhafte Präsenz ihren eigenen Erlöser ablehnender Juden unter den Christen und die damit gegebene Durchbrechung der religiösen Homogenität der Gesellschaft nicht für ein schwerwiegendes Problem.

Luthers Schrift wurde von den Juden mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Hier und da registrierten sie ein verändertes Verhalten der Christen ihnen gegenüber. Doch das gesellschaftspolitische Potenzial von *Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei* kam nirgends zum Tragen, in keinem der evangelisch werdenden Gebiete verbesserte sich die rechtlich-politische Lage der Juden. Ja, Luther selbst revidierte sein Plädoyer von 1523 und forderte zwanzig Jahre später in der scharfen judenfeindlichen Schrift *Von den Juden und ihren Lügen* das Gegenteil: die umfassende Entrechtung und Verelendung der Juden, konkretisiert in mehreren destruktiven „Ratschlägen“, an der Spitze die Zerstörung der Synagogen oder die Vertreibung aus den evangelischen Gebieten nach dem Vorbild anderer europäischer Länder. Nachdem sich die Reformation in territorialstaatlichem Rahmen institutionalisiert hatte, erschien ihm das Zusammenleben mit einer Gruppe, die Christus ablehnte, nun unerträglich; in Fortsetzung alter Muster setzte er jetzt auf eine homogen christlich-evangelische Gesellschaft, die von der Obrigkeit, notfalls mit Gewalt, zu gewährleisten war. Und er fürchtete, die nicht auf Christus ausgegerichtete jüdische Interpretation des Alten Testaments könne christliche Leser auf eine falsche Fährte locken; die Lösung des Erasmus, das Gewicht des Alten Testaments herabzusetzen, kam für ihn nicht infrage. Politische Umsetzung durch evangelische Landesherrn erfuhren indessen auch die „Ratschläge“ aus *Von den Juden und ihren Lügen* nicht.

Das Nebeneinander zweier entgegengesetzter Plädoyers Luthers zum Umgang mit Juden führte dazu, dass sich in späteren Zeiten judenfreundliche wie judenfeindliche Stimmen auf ihn beriefen. Was die evangelische Kirche betrifft, so orientierte man sich vom Pietismus im späten 17. bis ins 19. Jahrhundert ganz überwiegend an der judenfreundlichen Schrift von 1523, ja, die judenfeindliche spätere war weiten Kreisen gar nicht bekannt, wurde nach dem frühen 17. für über drei Jahrhunderte auch gar nicht mehr in Einzelausgaben gedruckt. Auch die im 19. Jahrhundert Martin Luther gegenüber überwiegend positiv eingestellten deutschen Juden kannten die Schrift *Von den Juden und ihren Lügen nicht* oder hielten sie für irrelevant.

In den Aufschwung der Judenfeindschaft, der in Deutschland wie in anderen Ländern Europas nach einer – freilich immer auch von einer antijüdischen Gegenbewegung begleiteten – Phase jüdischer Emanzipation seit dem großen Börsenkrach von 1873 zu verzeichnen war, stimmten auch evangelische (Adolf Stoecker) wie römisch-katholische (August Rohling) Theologen ein. Wohl war die nun lautstark werdende antijüdische Stimmung im Kern säkular, gegen die moderne Kultur und Wirtschaft gerichtet, und sie erlangte mit der Wandlung zum rassistischen Antisemitismus eine neue, früher nicht gekannte Dimension. Doch die Unterfütterung mit älteren Motiven religiöser Judenfeindschaft verlieh ihr einen weiteren Resonanzboden. Als theologische Berufungsinstanz, wenn man eine solche anführte, diente vor allem die antijüdische Schrift *Entdecktes Judenthum* des Heidelberger Hebraisten Andreas Eisenmenger (1654 bis 1704) mit ihrer Wiederholung der alten Ritualmordvorwürfe und der Behauptung jüdischer Weltmachtpläne. Völkisch-antisemitische Zirkel, die dann nach dem Ersten Weltkrieg zu einer großen Bewegung answollen, darunter auch Christen und Theologen, zogen aber zunehmend auch Luthers *Von den Juden und ihren Lügen* heran; sie sorgten erstmals wieder für Nachdrucke, sei es von Auszügen, sei es der ganzen Schrift, oft mit dem Vorwurf verbunden, die evangelische Kirche habe dieses Erbe des Reformators jahrhundertlang unterdrückt. Luthers religiös begründeten judenfeindlichen Ausführungen wurden in ein rassistisches Muster eingezeichnet. Im Dritten Reich dienten sie zur Rechtfertigung antijüdischer Untaten. Seine judenfreundlichen Aussagen wurden nur noch selten ins Feld geführt.

Auf römisch-katholischer Seite blieb es über die Reformationszeit hinweg bei den aus Antike und Spätmittelalter ererbten Argumenten. Neben den Vorwürfen der Verstockung und der Kreuzigung Jesu, die die eingeschränkten Rechte der Juden begründeten, stand weiterhin, hier und da bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein, der Vorwurf des Ritualmordes. Widerstand gegen die Diffamierung, Entrechtung und Vernichtung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus war in der einen wie der anderen Konfession jedenfalls in Deutschland und dem ihm angeschlossenen Österreich gering, in einigen anderen Ländern, etwa in der lutherischen Kirche Norwegens, sah es anders aus. Angesichts dieses Versagens ist es im Protestantismus wie im Katholizismus in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu tiefgehendem Umdenken gekommen, das der jahrhundertalten Feindschaft den Boden entziehen soll. Die theologischen Wege, die dabei begangen werden, sind unterschiedlicher Art. Das Ziel eines achtungsvollen, gleichberechtigten und freundschaftlichen Zusammenlebens aber steht außer Frage und ist vielerorts auch erreicht.

# Im Namen Gottes

Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden

## THOMAS STERNBERG

Geboren 1952 in Grevenbrück, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2005 bis 2017 Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, seit 2015 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Der Terror hat eine religiöse Dimension bekommen. Die weitaus meisten der brutalen Angriffe sind Selbstmordattentate, bei denen die Täter den Tod bewusst in Kauf nehmen oder sich selbst zu lebendigen Bomben machen. Man fühlt sich an die „Kamikaze“-Angriffe japanischer Piloten erinnert, die in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges ihre Ma-

schinen auf Schiffe der Amerikaner, Australier oder Briten steuerten. Viel ist über die Motivation der Selbstmörder gerätselt worden. In der Religionisierung des Terrors unserer Tage setzen Kampfgruppen auf die Wirksamkeit dessen, was als Martyrium erklärt und verklärt wird. Religiöse Traditionen und Begriffe, unverstanden, traditionslos und aus dem Zusammenhang gerissen, werden für mörderische Aktionen missbraucht.

Im christlichen Verständnis haben sich schon die Christen der ersten Jahrhunderte gegen ein Martyrium gewandt, das den Tod willentlich sucht;

schon gar, um mörderische Aktionen damit zu unternehmen. Das islamische Verständnis des *Schahid* („Martyrium“) ist durchaus dem christlichen verwandt: Es erlaubt niemals Provokation oder gar Verbrechen. Die Terroristen islamistischer Bewegungen nutzen und pervertieren Elemente dieser Lehre für ihre Gräueltaten. Die meisten der Attentäter rufen vor dem Ausführen ihrer brutalen Verbrechen den Gottesnamen und missbrauchen mit dem Ruf des „Allahu akbar“ auch jede islamische Gottesvorstellung. Im September 2014 haben sich 122 hohe islamische Autoritäten in einer Fatwa an den Gründer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) deutlich dazu geäußert.

In den Reaktionen auf Terrorangriffe hört man gelegentlich von islamischen Vertretern, der Terrorismus verlange nicht nach einem besonderen Protest der Muslime, zumal bei Attentaten anderer Terroristen auch keine Distanzierung von den Christen verlangt werde. Der Unterschied ist jedoch evident: Es geht um den ausdrücklichen Bezug auf den Gott des islamischen Glaubens, als dessen Vollstrecker sich die Terroristen sehen. Im Islamismus handelt es sich um die Pervertierung von Religion, um ein Vergehen gegen den Islam.

## TERROR UND RELIGIONSSKEPSIS

In der aktuellen, verständlichen Angst vor dem Terrorismus droht eine vor-schnelle und fatale Vermischung des islamistischen Terrorismus mit dem Islam. Die Begriffe Islam, Flüchtling, Sicherheit und Terror werden in der öffentlichen Debatte allzu oft und allzu schnell in eine unsachgemäße Verbindung gebracht. Für eine nur oberflächlich informierte Öffentlichkeit entstehen so gefährliche und falsche Verbindungen. In den Reaktionen der europäischen Bevölkerung kann damit eine hochgefährliche Begriffskopplung entstehen, die zu einer antiislamischen Welle führen kann. Auch der Hinweis darauf, dass unter den Opfern islamistischen Terrors vor allem muslimische Opfer zu beklagen sind, hilft kaum weiter. Ungute Erinnerungen an den Beginn antisemitischer Bewegungen werden wach.

Die Befürchtungen einer Religion gegenüber, die unter den Generalverdacht salafistischer Radikalisierung gerät, sind zwar zumeist irrational, aber deutlich spürbar. Die Lösung für manche Vertreter der islamischen Verbände in Deutschland ist eine völlige Trennung des Themas Terrorismus vom Islam. Das ist aber weder einsichtig noch sachgerecht, weil die Durchsetzung islamischer Werte von den Tätern postuliert wird. Eine Religion, der man nicht zuletzt aus der Geschichte ihrer ersten Ausbreitung heraus eine positive Haltung zur Gewalt unterstellt, gerät in einen Generalverdacht.

Hinzu kommt, dass bei vielen Menschen Terrorakte im Namen einer Religion auf eine tiefe Religionskepsis treffen. Eine populäre Auffassung

sieht Gewaltpotenziale bereits im Monotheismus begründet. In der Verballhornung wissenschaftlicher Studien zur Religionsgeschichte sehen sie einen Aufklärungsbedarf, um die Religionen zu bändigen und erst friedensfähig zu machen. Dass diese These unrichtig ist, zeigt die jüngere Geschichte überdeutlich. Die größten Massenmorde der letzten 100 Jahre wurden von dezidiert antireligiösen Bewegungen verübt: vom Nationalsozialismus, Stalinismus und Maoismus. Nein – trotz nicht zu leugnender Gewaltgeschichten sind Religionen nicht dort gewalttätig, wo sie keine Aufklärung durchgemacht haben, sondern dort, wo sie ihre Traditionen vergessen haben, wie es Navid Kermani in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels für den Islam formuliert hat. Differenzierung innerhalb der Religionen selbst ist dringend notwendig, um die Abgrenzungen zu verdeutlichen.

## NOSTRA AETATE – IN UNSERER ZEIT

In dieser Situation sind wir Christen besonders gefordert. Wir müssen mit den gläubigen Muslimen gegen den Missbrauch und die Pervertierung von Religion vorgehen. Wir stehen als Christen in einer Verbindung zu unseren älteren Geschwistern im Glauben, den Juden, und den jüngeren, den Muslimen. In der Rückbindung an das Gottvertrauen Abrahams liegt unsere gemeinsame Wurzel.

Zu den nicht christlichen Religionen hat das Zweite Vatikanische Konzil 1966 ein Dokument beschlossen, das die Hochschätzung der anderen benennt. Unter dem Titel *Nostra Aetate* stellte es nicht allein das Verhältnis zu den Juden auf eine neue Grundlage, sondern fand auch wertschätzende Sätze über den Islam: „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche die Muslime, die den allewigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde“ – heißt es dort mit Bezug auf Papst Gregor VII. aus dem Beginn des zweiten Jahrtausends. Mahnend formuliert das Konzil weiter: „Da es jedoch im Laufe der Jahrhunderte zu manchen Zwigigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseitezulassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“

Christen sind nicht nur aus theologischen Gründen zum Dialog mit Muslimen aufgerufen, sondern in besonderer Weise dazu befähigt. Wer selbst weiß, was Religion und Frömmigkeit ist, wer fest in seinem Glauben steht, der kann sich öffnen für den anderen, für andere gläubige Menschen. Wer fest in seinem Glauben wurzelt, der wird nicht verunsichert durch die Begegnung mit anderen gläubigen Menschen, die ihre Religion lieben und leben. Mit ihnen gemeinsam kann man über den Glauben sprechen und sich gemeinsam

absetzen gegen den weltweiten Terrorismus im Namen Gottes, gegen den Missbrauch von Religionen und gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit eintreten.

## „NICHTMITUNS“

Am 17. Juni 2017 fand in Köln eine der eingeforderten Distanzierungen von Muslimen gemeinsam mit Christen statt. Auf Initiative der Publizistin Lamya Kaddor und des Friedensaktivisten Tarek Mohamad waren unter dem Motto „NichtMitUns – Muslime und Freunde gegen Gewalt und Terror“ etwa 1.000 Menschen in Köln zusammengekommen, um gemeinsam ein Zeichen gegen Terror im Namen des Islams zu setzen. Die Initiative haben der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und das Präsidium unterzeichnet und unterstützt.

Als Christen sind wir aufgerufen, im Dialog mit Menschen anderen Glaubens, mit Juden, Muslimen, aber auch mit Atheisten unser Zusammenleben in Deutschland, Europa und der Welt gemeinsam friedlich zu gestalten. Unser aller Interesse muss es unabhängig von Glaube, Herkunft und sozialer Schicht sein, gegen Rassismus und Diskriminierung und für das friedliche Zusammenleben aller Menschen und für unsere Demokratie gemeinsam einzustehen. Vor allem sind wir gefordert, wenn es darum geht, sich gegen Pauschalisierungen und feindliche Stimmungsmache gegen eine religiöse Gruppe zu wehren. Gewaltprävention ist und bleibt Aufgabe aller religiösen Menschen. Dass wir zwischen Islam und Terror klar unterscheiden, müssen wir den in Deutschland lebenden Muslimen durch unsere Unterstützung, Kooperation und öffentlichkeitswirksame Zeichen immer wieder signalisieren.

Der im ZdK angesiedelte Gesprächskreis „Christen und Muslime“ hat im vergangenen Jahr ein deutliches Zeichen gesetzt. Mit der Erklärung „Keine Gewalt im Namen Gottes. Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden“ unterstreichen die Mitglieder gemeinsam das Friedenspotenzial ihrer Religionen. Sie sprechen sich entschieden gegen den Missbrauch ihrer Religionen und gegen die Legitimation von Gewalt „im Namen Gottes“ durch radikale Fundamentalisten und Extremisten aus. Gemeinsam zeigen sie auf, dass sowohl Christentum als auch Islam für Gerechtigkeit, das Wohl der Gemeinschaft, für die Schöpfung und den Frieden eintreten.

## DOKUMENT GEGEN DEN MISSBRAUCH VON RELIGION

Der rund 25 Seiten umfassende Text wurde von den Mitgliedern des Gesprächskreises gemeinsam erarbeitet und wird von allen gleichermaßen getragen. Im gemeinsamen Glauben an Gottes Gerechtigkeit, Güte und Barmherzigkeit

sprechen sich Christen und Muslime für ein friedliches und barmherziges Miteinander aus und widersprechen entschlossen jeder Form von Gewalt, Unterdrückung, Unrecht und Unfrieden im Namen Gottes. Die dringliche Aufgabe, dem Missbrauch von Religion im Namen Gottes zu widersprechen, ist eine der Kernthesen der Erklärung. Dem Text sind acht Thesen vorangestellt; sie verdeutlichen das gemeinsame Anliegen und zeigen auf, wie Christen mit Muslimen gemeinsam ihrer Verantwortung vor Gott gerecht werden können:

- *„Gott zur Rechtfertigung von Tötungen und Gewalttaten in Anspruch zu nehmen, ist Gotteslästerung.“*
- *„Heilige Kriege gibt es nicht. Ziel Gottes ist der gerechte Friede. Daran muss sich menschliches Handeln ausrichten.“*
- *„Als Christen und Muslime verurteilen wir jedweden Fundamentalismus, Radikalismus, Fanatismus und Terrorismus.“*
- *„Bibel und Koran wollen die Menschen zu Gerechtigkeit und Frieden führen. Dem Missbrauch der Heiligen Schriften muss immer wieder entgegengetreten werden. Alle Möglichkeiten der Kommunikation und Aufklärung sind zu nutzen. Schule und Studium, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung sowie die neuen sozialen Medien bieten Chancen dazu.“*
- *„Die Ausbreitung des Glaubens darf niemals mit Zwang und Gewalt geschehen: Das Geschenk des Glaubens kann nur in Mitmenschlichkeit, Freundschaft, Nähe, friedvollem Umgang und im Einsatz für gerechte gesellschaftliche Strukturen bezeugt werden.“*
- *„Wir sprechen uns gemeinsam für die Achtung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit aus. Wir sehen uns verpflichtet, nicht nur die je eigene Religionsfreiheit und die je eigenen Rechte auf freie Ausübung der Religion einzufordern, wo Christen oder Muslime in der Minderheit sind, sondern die Angehörigen anderer Glaubensgemeinschaften zu achten und innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaft füreinander Partei zu ergreifen. Dies schließt ein, gegen die Verfolgung und Benachteiligung von Christen, die derzeit vor allem in zahlreichen mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern geschieht, genauso wie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Muslimen in Europa zu protestieren. Für die Religionsfreiheit einzutreten bedeutet, dass jeder seinen Glauben offen leben kann und schließt das Recht ein, die Religion zu wechseln oder keiner Religion anzugehören.“*
- *„Feindbilder sind zu erkennen und zu überwinden. Der wachsenden Islamfeindlichkeit in Deutschland und Europa muss durch Aufklärung und Begegnung entgegengewirkt werden. Gläubige sollten sich um interreligiöse wie interkulturelle Kompetenz bemühen. Christinnen und Christen brauchen Basiswissen über den Islam, Musliminnen und Muslime brauchen Basiswissen über das Christentum. Notwendig sind jedoch vor allem Begegnung, Kennenlernen und Freundschaften.“*

- *Gewaltprävention ist eine Aufgabe für alle religiösen Menschen und deswegen auch eine interreligiöse Aufgabe: Überwindung von Gewalt, Verzicht auf Gegengewalt kann und muss erlernt und eingeübt werden. Im Vertrauen auf Gott sich selbst zurückzunehmen ist ein Schritt, um eine friedliebende Haltung und menschenfreundliche Verhaltensweise zu finden. Das gilt für den Lebensalltag wie für internationale Zusammenhänge.*

## „SUCHE FRIEDEN“

Die genannten Punkte zeigen die Herausforderungen und Verpflichtungen in Deutschland und Europa. Der Appell zur Dialogarbeit beinhaltet vor allem die Aufforderung, sich ein Basiswissen über die jeweils andere Religion anzueignen. Als wichtiges Mittel zur Gewaltprävention müssen Bildung und Ausbildung in den Fokus gerückt werden. Die Etablierung des islamischen Religionsunterrichts sowie der Aufbau der islamischen Theologie an den deutschen Universitäten mit dem Ziel, deutschsprachige Religionslehrkräfte und Imame auszubilden, sind zwei dringend zu erreichende Meilensteine für die dauerhafte Integration der in Deutschland lebenden Muslime.

Im kommenden Jahr steht der vom ZdK ausgerichtete 101. Deutsche Katholikentag unter dem Leitwort „Suche Frieden“. Vom 9. bis zum 13. Mai 2018 ist er in Münster zu Gast. Fest etablierte Bestandteile des Katholikentagsprogramms sind der jüdisch-christliche Dialog und auch der christlich-islamische Dialog. Beide Bereiche werden mit Vertretern der jeweiligen Religion vorbereitet und sind ein gelungenes Beispiel für den Dialog der Religionen, der herausfordernd für beide Seiten ist.

## SCHWERPUNKT

# (K)ein Wert an sich!

—  
Zum Toleranzprinzip

## GISELA MEISTER-SCHEUFELN

Geboren 1956 in Stuttgart,  
Staatssekretärin a. D., ehemalige  
Kanzlerin der Dualen Hochschule  
Baden-Württemberg.

Ist es eine Frage der Toleranz, ob Lehrerinnen oder Richterinnen muslimischen Glaubens ein Kopftuch tragen können? Sind wir intolerant, wenn wir dies gesetzlich untersagen? Ist es eine Frage der Toleranz, ob wir

beleidigende E-Mails in den sozialen Netzwerken akzeptieren? Sind wir intolerant, wenn wir dagegen rechtlich vorgehen oder entsprechende Gesetze verschärfen? Ist es eine Frage der Toleranz, die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare gesetzlich zuzulassen? Ist es intolerant, dies nicht zu tun?

Diese und ähnliche Fragestellungen begegnen uns in einer ethnisch, religiös und weltanschaulich pluralistischer werdenden Gesellschaft. Diese Pluralität hat vor allem durch die Zunahme muslimischer Bürgerinnen und Bürger sowie durch die Flüchtlingsbewegung eine besondere Dynamik erhalten.

Einen ersten Hinweis auf das, was mit „Toleranz“ gemeint sein könnte, finden wir im Neuen Testament im Paulus-Brief an die Kolosser (Kol 3,13): „Und ertrage einer den anderen und vergebt euch untereinander, wenn jemand

Klage hat gegen den anderen“. Es folgten Toleranzedikte der römischen Kaiser, die sich vor allem auf die Anerkennung des Christentums bezogen. Im Reformationszeitalter kam es 1555 im Augsburger Religionsfrieden und 1648 im Westfälischen Frieden zur Anerkennung der Evangelischen Kirche. Gemeint war aber nicht Toleranz im Sinne eines Akzeptierens, also eines Einverständenseins oder gar wertenden Anerkennens, sondern allenfalls im Sinne eines Erduldens. Es war ein Akt der kollektiven Erschöpfung am Ende eines langen Krieges.

Die Mitte des 17. Jahrhunderts einsetzende Aufklärung hat den Begriff der Toleranz zu einem festen Bestandteil des zunehmend säkularisierten Wertesystems gemacht. Eines ihrer Plädoyers bezog sich auf religiöse Toleranz. Gemeint war aber kein kirchenpolitisches Zugeständnis, sondern das Primat der Entpolitisierung.<sup>1</sup> Religion sollte Privatangelegenheit sein. Der Staat, die Gesellschaft und der Nachbar sollten sich aus Glaubensfragen heraushalten und akzeptieren, dass der Einzelne eine andere religiöse Auffassung hat als man selbst oder gar die Mehrheit der Bevölkerung.

Jetzt erstmals markierte Toleranz den Freiheitsraum des Einzelnen. Voltaire bezeichnete die in Fanatismus und Aberglaube zum Ausdruck kommende Intoleranz als Absurdität.<sup>2</sup> Mit *Nathan der Weise* schrieb Gotthold Ephraim Lessing einen zeitlosen „Bestseller“ zum Thema Toleranz. Schließlich bekannte sich die Katholische Kirche 1965 im Zweiten Vatikanischen Konzil mit der Erklärung *Dignitatis Humanae* zur Religionsfreiheit und setzte damit einen Schlusspunkt unter eine jahrhundertelange Auseinandersetzung um die mit Machtansprüchen verbundenen Glaubenswahrheiten.

## ZUM TOLERANZBEGRIFF

Toleranz besagt im Kern, etwas zuzulassen, obwohl man es eigentlich ablehnt. Toleranz heißt nicht, etwas zu akzeptieren oder sogar anzuerkennen. Diese Ausweitung des Toleranzbegriffs macht ihn als Maßstab für die Bewertung einer Haltung oder einer bestimmten Vorgehensweise untauglich. Wer etwas duldet, hat eigentlich eine andere Auffassung. Tolerieren setzt also voraus, dass man eine Überzeugung hat, also Wertvorstellungen, die man für richtig hält. Wer darauf verzichtet und alles in das Belieben stellt, muss seine Toleranz nicht bemühen. Es genügt, wenn er nach Eberhard Schockenhoff den „Status der empirischen Klugheitsregel“<sup>3</sup> bedenkt, also danach fragt, was wohl die klügste Lösung wäre, um eigene Interessen bestmöglich zu wahren (Permissivität).

Toleranz ist demnach das Ergebnis eines Abwägens von Kriterien, die sich nicht aus dem Toleranzbegriff selbst ergeben.<sup>4</sup> So geht es bei der Kopftuchproblematik um die Abwägung des Rechts auf positive Religionsfreiheit,

entsprechend religiös motivierten Traditionen, ein Kopftuch zu tragen, gegenüber dem Recht von Schülerinnen und Schülern sowie Prozessbeteiligten auf negative Religionsfreiheit, das heißt, nicht mit anderen religiösen Auffassungen konfrontiert zu werden.

Die amerikanische Philosophin Susan Neiman zweifelt daran, ob Toleranz überhaupt ein Wert sei oder nicht eher ein Mittel, um mit verschiedenen Werten umzugehen.<sup>5</sup> Die Schwierigkeit dieses Verständnisses liegt zweifellos darin, dass ihre Definition und deren Tauglichkeit als Wertmaßstab nicht nur von ihr selbst, sondern wesentlich von der Rechtsgüterabwägung abhängen. Sollen wir, können wir dies dulden oder nicht? Was spricht dafür, was spricht dagegen? Kaum etwas wird um der Toleranz willen toleriert. Andererseits ist die gelebte und normierte Toleranz Ausdruck des Freiheits- und Gerechtigkeitsverständnisses. Insoweit kommt dem Begriff eine zentrale Bedeutung für die Identitätsbestimmung einer Gesellschaft zu.

## TOLERANZ ALS TUGEND

Dabei stellt sich die Frage, wie sich die Grenzen der Toleranz zum Begriff der Intoleranz verhalten. So können zum Beispiel die Grenzen der Toleranz für einen Lehrer erreicht sein, der von einem Schüler beleidigt wird und deshalb schulrechtliche Disziplinarmaßnahmen ergreift. Dies ist aber kein Zeichen von Intoleranz. Dementsprechend zeigt das Beispiel des Kopftuchverbots, dass die gesetzliche Untersagung kein Zeichen der Intoleranz, sondern das Ergebnis eines intensiven Abwägungsprozesses rechtsstaatlich normierter Werte ist.

Neben der kulturgeschichtlichen und politischen Bedeutung hat Toleranz vor allem eine die Persönlichkeit des Einzelnen betreffende moralische und in Bezug auf seine Verhaltensweisen ethische Bedeutung. Toleranz ist eine Tugend!

Nach dem Ethikverständnis von Max Weber<sup>6</sup> gilt Toleranz als Tugend, die gesinnungsethisch stets als positiv zu bewerten ist („gut gemeint“). Verantwortungsethisch begründet ist sie aber nur dann, wenn das aus dem Motiv der Toleranz erwachsende Verhalten zu einer Verbesserung des Zustands oder der Verhältnisse führt („gut gemacht“). Nach Max Weber sollen sich Gesinnungs- und Verantwortungsethik die Balance halten. Bezogen auf die aktuelle Flüchtlingsthematik schließt sich hier der Kreis der zunächst propagierten Willkommenskultur bis hin zu der mehrfach von der Bundeskanzlerin wiederholten Verantwortungsethik reklamierenden Feststellung „Wir schaffen das.“ Die aktuellen terroristischen Übergriffe verlangen vor allem Verantwortung für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

Moralische und ethische Überzeugungen der Gesellschaft eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats entsprechen in der Regel den geltenden

Gesetzen zugrunde liegenden Wertvorstellungen. Sie beeinflussen sich gegenseitig, wobei die Gesetzgebung in einer Demokratie häufig die Veränderungen bei den Wertvorstellungen der Gesellschaft erst nachzeichnet.

## **TOLERANZ IM FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT**

Toleranz als Wert und Prinzip einer Demokratie kommt vor allem in der Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen zum Ausdruck. Nur so wird sichergestellt, dass die Herrschaft vom Volk, abgeleitet davon vom Gesetzgeber und vom Gesetz, das er verabschiedet, ausgeht.<sup>7</sup>

Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat, wie wir ihn in Deutschland seit knapp siebzig Jahren kennen und leben, macht sich an mehreren Grundrechten fest, denen das Toleranzprinzip zugrunde liegt: der Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, dem Gleichheitsprinzip, der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie der Meinungs- und Pressefreiheit. Die Diskriminierung von Frauen, Ausländern, Juden oder Moslems verstößt gegen die Rechtsordnung und stellt deshalb keine Frage der Toleranz dar. Nach Jürgen Habermas<sup>8</sup> beginnt die Toleranz jenseits der Rechtsordnung. Er erkennt, dass dies zwar auf den normierten Wertekanon zutrifft, häufig aber nicht auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat verlangt zwar die selbstverpflichtende Toleranz, er lebt aber von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.<sup>9</sup>

Das im Freiheits- und Gerechtigkeitsgedanken zum Ausdruck kommende Toleranzprinzip setzt also voraus, dass es der ethischen Überzeugung unserer Gesellschaft entspricht und wir bereit sind, eben diese Werte gegen Angriffe von innen und außen zu verteidigen. In der Demokratie wird aus der Tugend der Toleranz eine Rechtspflicht.<sup>10</sup> Toleranz gegen Intoleranz oder gegen Gewalt gibt es nicht.<sup>11</sup>

Pluralismus ist ein Gewinn. Pluralistische Gesellschaften sind widerstandsfähiger, innovativer, kreativer und können sich Veränderungen leichter anpassen. Bei der Auseinandersetzung mit dem Toleranzverständnis gilt es, sich die Werte bewusst zu machen, die der geltenden Rechtsordnung zugrunde liegen und die die gesellschaftliche Wirklichkeit prägen.

Um eine Frage der Rechtsgüterabwägung ging es 2013 bei der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, als es in einem Grundsatzurteil ablehnte, dass muslimische Schülerinnen vom Schwimmunterricht befreit werden können. Das Gericht schätzte den Bildungsauftrag insoweit für bedeutsamer ein als die Glaubensfreiheit der Schülerinnen. Das abweichende Verhalten, nämlich aus religiösen Gründen am Schwimmunterricht nicht teilnehmen zu wollen, wird nicht toleriert.

Das Urteil zeigt, dass die kulturelle Identität in Deutschland vor allem durch das Grundgesetz und die darin enthaltenen Wertvorstellungen von Persönlichkeitsrechten geprägt ist. Die zunehmende Pluralität unserer Gesellschaft, insbesondere auch durch islamischen Einfluss, führt dazu, dass wir uns mit dem eigenen Wertesystem intensiver auseinandersetzen müssen. Jeweils ist die Frage zu beantworten, ob die Menschenwürde verletzt wird und ob Freiheitsrechte, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Minderheitenschutz oder Meinungsfreiheit betroffen sein könnten und welches Rechtsgut höher zu bewerten ist. Bei vielen Fragestellungen geht es vor allem um das Toleranzprinzip der gegenseitigen Anerkennung. Wie erwähnt, ist an das von Paulus an die Kolosser gerichtete Postulat zu denken: „Und ertrage einer den anderen und vergebt euch untereinander, wenn jemand Klage hat gegen den anderen“, beziehungsweise sollte die „Goldene Regel“ der praktischen Ethik der Ausgangspunkt sein: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ Dieses Prinzip der wechselseitigen Anerkennung von Freiheits- und Gleichheitsrechten macht die Tugend der Toleranz in einer Demokratie zur Rechtspflicht.<sup>12</sup>

## **TOLERANZ IN EINER PLURALISTISCHEN GESELLSCHAFT**

Die Beschäftigung mit Toleranz ist ein Spiegel, den sich jeder Einzelne, aber auch die Gesellschaft vorhalten kann und soll. In diesem Spiegel erkennen wir, dass sich unser Toleranzverständnis im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen weiterentwickelt hat, so zum Beispiel bei Fragen der Schwangerschaftsabbruch, der Sterbehilfe oder der künstlichen Befruchtung. Den größten Einfluss auf die Auseinandersetzung mit dem veränderten Toleranzverständnis hat aber die Veränderung der Bevölkerungsstruktur. So beschreibt der Begriff „Toleranzbereich“ im naturwissenschaftlichen Zusammenhang die Schwankungsbreite, die eingehalten werden muss, um die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems zu gewährleisten. So gelte es, jeweils neu zu definieren, was die Identität der eigenen Gesellschaft ausmache. Die Identität, das heißt der Rahmen, der durch unsere Werte, Ordnung und das Recht gesetzt ist, bestimmt den Toleranzbereich.<sup>13</sup>

Die Kernfrage, die sich deshalb stellt, ist: Was macht die kulturelle Identität unserer Gesellschaft aus? Diese Frage wird zum Beispiel bei der religiös motivierten Bekleidung von Frauen thematisiert. So halten wir das Tragen eines Kopftuchs aufgrund des Rechts auf negative Religionsfreiheit bei Lehrerinnen und Richterinnen für unzulässig, akzeptieren es aber – im Gegensatz zu Frankreich – als Ausdruck der positiven Religionsfreiheit bei Schülerinnen in einer staatlichen Schule. 2014 bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das in Frankreich bestehende gesetzliche Verbot der

Vollverschleierung in der Öffentlichkeit. In welchem Umfang die deutsche Rechtsordnung eine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit untersagt, ist weder höchstrichterlich noch innerhalb der Gesellschaft entschieden. Auch hier geht es um unser Toleranzverständnis bei der Abwägung des Rechts auf Glaubensfreiheit auf der einen Seite und des Rechts auf der anderen Seite, nicht mit anderen religiösen Auffassungen konfrontiert zu werden. Es handelt sich aber auch um ein Problem der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie um die Frage, in welchem Umfang religiöse Bekenntnisse in der Öffentlichkeit akzeptiert werden und wo die Grenze zwischen Religion und Staat liegen sollte.

Der Toleranzbegriff eignet sich in besonderem Maße, sich friedlich mit den Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Die Toleranz ist der Gegenentwurf zur Pauschalisierung und zu einfachen Antworten, dem Markenzeichen des Populismus.

<sup>1</sup> Pierre Bayle: Toleranz. Ein philosophischer Kommentar, herausgegeben von Eva Buddeberg und Rainer Forst, Suhrkamp Verlag 2016.

<sup>2</sup> Voltaire: Über die Toleranz, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, 4. Aufl. 2015.

<sup>3</sup> Eberhard Schockenhoff: „Leidenschaft für die Wahrheit. Theologisch-ethische Aspekte der Toleranz“, in: Die Politische Meinung, Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, 395/2002, S. 21 ff.

<sup>4</sup> Rainer Forst: Toleranz. Philosophische Grundlagen und gesellschaftliche Praxis einer umstrittenen Tugend, Campus Verlag, 2000, S. 130.

<sup>5</sup> Susan Neiman: „Toleranz ist zu wenig“, in: Moral, Wissenschaft und Wahrheit, hrsg. von Julian Nida-Rümelin / Jan-Christoph Heilinger, de Gruyter 2015 ([http://sonntag.tv/uploads/media/Dr.\\_Susan\\_Neiman\\_-\\_Vortrag.pdf](http://sonntag.tv/uploads/media/Dr._Susan_Neiman_-_Vortrag.pdf)).

<sup>6</sup> Max Weber: „Der Sinn der ‚Wertfreiheit‘ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften“, in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922, 7. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen 1977, S. 467 ff.

<sup>7</sup> Bernd Rüthers: „Toleranz im demokratischen Verfassungsstaat – Folgeprobleme religiöser und weltanschaulicher Konkurrenzen“, in: Jurawelt, S. 8, ([www.jurawelt.com/aufsaeetze/rechtsp/6246](http://www.jurawelt.com/aufsaeetze/rechtsp/6246)).

<sup>8</sup> Jürgen Habermas: Festvortrag zum Leibniztag: Wann müssen wir tolerant sein? 2020, S. 174.

<sup>9</sup> Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Gesellschaft, Freiheit, Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1976, S. 60.

<sup>10</sup> Bernd Rüthers: a. a. O., S. 6.

<sup>11</sup> Bernd Rüthers: ebenda, sowie Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Francke Verlag, Reihe UTB, München 1977.

<sup>12</sup> Bernd Rüthers: ebenda.

<sup>13</sup> Hans-Peter Friedrich: Rede anlässlich der Eröffnung des Themenjahres „Reformation und Toleranz“ der Reformationsdekade, 2012.

# Demokratie und Christentum

—  
Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich und Deutschland

## AHMET CAVULDAK

Geboren 1976 in Pazarcık (Türkei), Politikwissenschaftler und Philosoph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion zum Thema „Gemeinwohl und Seelenheil. Die Legitimität der Trennung von Religion und Politik in der Demokratie“.

Die übergroße Mehrheit demokratischer Staaten entstammt dem westlichen, lateinchristlich geprägten Erfahrungsraum. Von den 88 Ländern, die „Freedom House“ an der Schwelle zum 21. Jahrhunderts als „frei“ einstuft, waren allein 79 mehrheitlich christlich geprägt.

Aus diesem empirischen Befund wird in den letzten Jahren oft gefolgert, das Schicksal des demokratischen Verfassungsstaates sei auf Gedeih und Verderb mit dem Christentum ver-

knüpft. So werden mitunter verschiedene Leitvorstellungen, Sinngehalte, Bewusstseinsdispositionen und institutionelle Elemente der christlichen Religion und Tradition als Erbgut und Funktionsvoraussetzungen des demokratischen Verfassungsstaates thematisiert. Genannt seien an dieser Stelle

etwa die Volkssouveränität und die Gewaltenteilung, die Gleichheit der Menschen und die Menschenwürde als Ausdruck der Gottesebenbildlichkeit, das Gebot der christlichen Nächstenliebe als Quelle von Solidaritäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen und die Rechenschaftspflichtigkeit politischer Herrschaft aus Verantwortung vor Gott, das Amtsethos und die Rechtstraditionen des Repräsentations- und Mehrheitsprinzips, der Körperschafts- und Anstaltsbegriff und die Vorstellung einer befristeten (Lebens-)Zeit, die Scheidung von geistlicher und weltlicher Gewalt und der Siegeszug der Vernunft und Wissenschaft aus religiösen Motiven, vor allem aus der rationalen Theologie des Christentums. Zuweilen wird sogar durch eine unmittelbare Lesart biblischer Erzählungen mehr oder weniger die normative Substanz der modernen Demokratie aus dem Sinngehalt des Alten und des Neuen Testaments abgeleitet.

Gegen eine solche Betrachtungs- und Sichtweise spricht jedoch der Umstand, dass das „Sinnpotenzial“ der christlichen Religion (wie auch anderer Religionen), das in den heiligen Texten zur Wachrufung brachliegt, keineswegs frei ist von inneren Spannungen und Widersprüchen, geschweige denn auf irgendeine religionspolitische Wahrheit gemünzt ist. Der demokratische Verfassungsstaat kann nur durch eine ausgesprochen selektive Lesart der religiösen Quellen und idealisierende Vergegenwärtigung der historischen Praxis als die religionspolitische Kernwahrheit der christlichen Tradition geborgen und ausgewiesen werden, an der gemessen sich dann die zweitausendjährige Wirkungsgeschichte als eine Abfolge von bedauernden Abweichungen und Irrungen darstellt. Deshalb führt an einer differenzierten Betrachtung kein Weg vorbei, die sensibel ist gegenüber den historischen Kontexten, Machtkonstellationen und konfessionellen Unterschieden.

### „NUR RETARDIEREND UND DOMESTIZIEREND“

Zunächst sollte die unterschiedliche Haltung des Katholizismus und des Protestantismus zu Demokratisierung benannt werden. Bereits Montesquieu war in seinem Hauptwerk „Vom Geist der Gesetze“ von 1748 der Auffassung, die protestantische Religion entspreche mehr einer Republik und die katholische mehr einer Monarchie. Als Kenner der Materie konstatiert Hans Maier im Jahr 1963 am Vorabend des Zweiten Vatikanischen Konzils, zwar habe die Kirche auf den demokratischen Verfassungsstaat keineswegs „nur retardierend und domestizierend eingewirkt“. Denn: „Indem die Kirche ihr Recht (und zugleich das der vordemokratischen Körperschaften) gegenüber einer schrankenlosen Volkssouveränität verteidigte; indem sie die Freiheit nicht abstrakt, sondern innerhalb des Gefüges menschlicher Sozialverhältnisse und in Wechselbeziehung zu mitmenschlichen Bindungen sehen lernte, indem sie

die Utopien der Herrschaftslosigkeit und einer in freier Interessenkonkurrenz automatisch sich ergebenden sozialen Harmonie aus der Tiefe ihrer geschichtlichen Erfahrung und ihres Wissens von der gestörten Natur des Menschen widersprach, hat sie auch dazu beigetragen, die Demokratie ihres utopischen Charakters zu entkleiden und sie zu einer vernünftigen, praktikablen Staatsform zu machen.“ Gleichwohl zeige die Geschichte doch, dass die katholische Kirche zum „innersten Bildungsgesetz der Demokratie“, nämlich zur neuzeitlichen Emanzipation des Subjekts, nicht die gleiche innere Beziehung habe wie der Protestantismus, der diese Staatsform in der Neuzeit geschichtlich emporgetragen habe.

Aber auch die protestantische Konfessionsfamilie mit ihrer schier unüberschaubaren Vielfalt hat unterschiedliche politische Implikationen gehabt – von radikal-demokratischen bis hin zu radikal anti-demokratischen. In gewisser Weise wurde die Spannbreite möglicher protestantischer Antworten auf „Anfragen“ der hiesigen Welt bereits im epochemachenden Werk Martin Luthers sichtbar, der zunächst den Papst dafür kritisierte, sich mit dem Ablasshandel zu sehr auf das Geschäft der Welt eingelassen und darüber Gottes Erlösungsbotschaft verstümmelt zu haben, sodann Gewissensfreiheit und das allgemeine Priestertum aller Gläubigen predigte, gleichzeitig aber mit seiner Zwei-Reiche-Lehre der Obrigkeit theologisch höhere Weihen verlieh und die Untertanen unbedingt zum Gehorsam anhielt, den von Thomas Müntzer geführten Widerstand der Bauern verteufelte oder gar die Ausweisung und Vernichtung der Juden verlangte.

### ANTIMODERNE TRADITIONEN DES LUTHERTUMS

Diese Spannungen haben sich später in den theologischen und historischen Unterschieden zwischen dem Luthertum und dem Calvinismus manifestiert. Max Weber und Ernst Troeltsch haben einst in ihren klassischen Studien die These von der antimodernen Tradition des Luthertums im Unterschied zum Calvinismus oder Puritanismus stark gemacht. Inzwischen ist sie von der Forschung ein Stück weit relativiert worden; Luther'sche Theologen und Juristen haben nicht nur Obrigkeitsgehorsam und Staatsfrömmigkeit gepredigt, sondern auch Theorien der *libertas conscientiae* und *autonomia* formuliert, mit denen sie modernem Menschenrechtsdenken den Weg bereiteten.

Eine vergleichende Betrachtung der politischen Implikationen des Luthertums in den USA und in Deutschland zeigt jedenfalls, dass das Luthertum nicht als solches „demokratieunfähig“ war, sondern jeweils so demokratisch wie seine gesellschaftliche und politische Umwelt. Denn während die amerikanischen Lutheraner die liberale Demokratie mitsamt der Trennung von Staat und Kirche theologisch völlig unhistorisch als „Heilsereignisse“ rechtfertigten, die Luther selbst gebilligt hätte, wenn er amerikanische Be-

dingungen hätte kennenlernen können, hielten die deutschen Lutheraner übereinstimmend an den bestehenden Landeskirchen fest und stemmten sich gegen eine demokratische Einbeziehung der „Volksmassen“ in den politischen Prozess. Es zeigt sich hier abermals, wie stark sich politische Rahmenbedingungen und Machtverhältnisse bei der Aneignung religiöser Traditionen niederschlagen.

Ein historisch unmittelbarer Entstehungszusammenhang kann nicht einmal zwischen der modernen Demokratie und dem Calvinismus beziehungsweise Puritanismus angenommen werden, obgleich dieser etwa im Gegensatz zum Katholizismus oder auch zum Luthertum für seine demokratischen Implikationen bekannt ist. Bereits Alexis de Tocqueville erblickte im Puritanertum die entscheidende Quelle der Demokratie in Nordamerika, obwohl ihm die Schattenseiten der puritanischen Bibelregimes in den neuenglischen Kolonien nicht entgangen waren. Auch Ernst Troeltsch bescheinigte in seinem bekannten Vortrag aus dem Jahr 1906 über die „Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt“ der freikirchlichen Gestalt des Calvinismus in der Neuen Welt einen „hervorragenden Anteil an der Herbeiführung der Disposition für den demokratischen Geist“. Gleichzeitig betonte er aber, die Demokratisierung dürfe „nicht einseitig und nicht direkt“ auf den Calvinismus zurückgeführt werden. Denn dieser habe sich auch in den neuenglischen Staaten zur „strengsten Theokratie“ entwickelt, in der die Wählbarkeit an die Kirchenzugehörigkeit gebunden wurde und die gewählten Herrscher ein strenges religiös-ethisches Erziehungsregime errichteten. Daher müsse man im Grunde konzедieren, dass der „reine naturrechtliche, von religiösen Rücksichten befreite Rationalismus“ der Aufklärung für die Entwicklung von größerer Bedeutung gewesen sei als der Calvinismus.

## BAPTISTEN UND QUÄKER

Tatsächlich waren Demokratie und Religionsfreiheit dem Puritanismus nicht in die Wiege gelegt. Am Anfang stand das strenge Bibelregime von Massachusetts Bay. Das von Auserwählten im Bunde mit Gott nach dem alttestamentarischen Vorbild gegründete Gemeinwesen verfügte über starke theokratische Züge. Auch in der Kolonie Connecticut, die sich von Anfang an eine politische Ordnung demokratischen Zuschnitts gegeben hatte, herrschte die kongregationalistische Denomination als die einzig wahre und heilbringende.

Tocqueville kommt in seiner Demokratiestudie kritisch darauf zu sprechen: Man sei dort „auf den seltsamen Gedanken“ gekommen, das Zusammenleben unmittelbar auf der Grundlage biblischer Anweisungen zu regeln; die Gesetze würden aus der Heiligen Schrift geschöpft, zwölf Bestimmungen des Strafgesetzes seien sogar wörtlich dem Deuteronomium, dem Exodus und dem Leviticus entnommen. Zudem zwingt der Gesetzgeber in

völliger Missachtung der Glaubensfreiheit, die er in Europa gefordert hätte, durch Androhung von Bußen zum Besuch des Gottesdienstes und gehe dabei so weit, diejenigen, die Gott in anderer Form als sie anbeten wollten, streng und sogar mit dem Tode zu bestrafen.

Erst die sekundären Gründungen der Baptisten in Rhode Island und der Quäker in Pennsylvania haben aus der doppelten religiösen Verfolgungsgeschichte die Lehre der Demokratie und der Gewissensfreiheit gezogen. Auch die Trennung von Staat und Kirche war ursprünglich eine Forderung der dissidenten protestantischen Sekten, der sich später die Katholiken, Juden und andere angeschlossen haben; sie wurde vor allem mit der in der Bibel angelegten Unterscheidung und Denkfigur von zwei Reichen begründet. Insofern kann dem religionspolitischen Differenzierungspotenzial des Christentums nicht von vornherein jegliche historische Wirkmächtigkeit abgesprochen werden. Dass aber von dem religiösen Sinnpotenzial kein geradliniger Weg in die Geschichte führt, weil es nicht auf eine politische Wahrheit zugeschnitten ist, sondern in sich mehrere, teils einander widersprechende Stimmen und Tendenzen enthält, denen erst in der Berührung mit den Herausforderungen einer bestimmten Zeit und Gesellschaft Leben eingehaucht wurde, zeigt wiederum das Beispiel Frankreichs und Deutschlands.

## FRANZÖSISCHE REVOLUTION UND KATHOLISCHE KIRCHE

Blickt man auf die Entwicklung in Frankreich von der Revolution bis zum Trennungsgesetz von 1905, so wird deutlich, dass der demokratische Verfassungsstaat und die damit einhergehende Trennung von Staat und Kirche in einer polemischen Frontstellung gegen die katholische Kirche (und mit der Unterstützung der protestantischen und jüdischen Gemeinde) durchgesetzt worden ist. Der Konflikt zwischen der Französischen Revolution und der katholischen Kirche hatte sich an den kirchenfeindlichen Maßnahmen der Nationalversammlung entzündet, jedoch rasch eine Wendung ins Prinzipielle genommen.

Bereits die erste päpstliche Stellungnahme zur Französischen Revolution, das Breve „Quod aliquantum“ vom 10. März 1791, erteilte den revolutionären Grundsätzen eine harsche Absage. Papst Pius VII. verteidigte darin – in Übereinstimmung mit einer jahrhundertalten Tradition – das Gottesgnadentum der absoluten Monarchie und verurteilte die Behauptung einer angeborenen Freiheit und Gleichheit des Menschen als sinnlos, da sie weder mit der Vernunft noch mit der Offenbarung zu vereinbaren sei. Für die katholische Kirche wurde denn auch der historische Weg „vom Gottesrecht zum Menschenrecht“ sehr lang und beschwerlich. Sie hat sich nach dem blutigen Bruch mit der Französischen Revolution einem politischen Gegenprogramm

verschieben; Demokratie, Menschenrechte und Trennung von Staat und Kirche wurden relativ pauschal verworfen.

## SCHMERZHAFTE LERNPROZESSE

Die katholische Kirche hat denn auch erst nach schmerzhaften Erfahrungen der politischen Verfolgung das demokratische Angebot der Freiheit als eine Chance für die Wahrheit wertzuschätzen gelernt; sie hat die Religionsfreiheit nach langem internen Ringen erst auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 bis 1965) anerkannt, bezeichnenderweise in einem zähen theologischen Reflexionsprozess, in dem die amerikanischen Bischöfe eine herausragende Rolle gespielt haben.

Auch die evangelische Kirche hat sich in Deutschland erst nach der nationalsozialistischen Katastrophe mit der Demokratie und der ausgesprochen kooperativen Trennung von Staat und Kirche anfreunden können. Sie räumt in der Demokratiedenkschrift von 1985 ein, dass der deutsche Protestantismus nicht unerheblich in den Nationalsozialismus verstrickt war. Der „befreiende Unterschied“ zwischen dem geistlichen Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates sei „die bleibende Voraussetzung für die Bereitschaft zur Demokratie“. Politik gehöre dem Bereich des „Vorletzten“ an, Religion hingegen betreffe „letzte Dinge“.

Wie „befreiend“ dieser Unterschied tatsächlich sein konnte, zeigte sich wenige Jahre später, als die protestantische Kirche in der DDR den Widerstand vieler Bürger inspirierte und damit zur friedlichen Revolution beitrug. Die Religion ist eben keine Wesenheit, die ihre Wahrheiten im Himmelreich mit einer Zunge und einer Stimme verkündet; sie ist zutiefst verwickelt in die Welt des Menschen und deren Niederungen. In der Begegnung mit einer bestimmten Zeit und ihren konkreten Herausforderungen gelangen immer nur bestimmte Aspekte des von Haus aus vielstimmigen Sinnpotenzials zu historischer Wirksamkeit. Es hängt weitgehend von den kontingenten Umständen, Machtkonstellationen und Lernprozessen ab, welche Positionen und Tendenzen sich innerhalb der Religionen durchsetzen. Dies gilt heute auch für den Islam, der im Fadenkreuz internationaler Konflikte eine massive Politisierung erfahren hat, die mit der Entfesselung von Gewalt einhergeht. Vielleicht kann uns aber das Wissen darum, wie langwierig und schwierig, verlustreich und schmerzvoll die religionsdemokratischen Lernprozesse in Europa waren, vor pauschalen Zuschreibungen und gefährlichen Frontstellungen im Umgang mit dem Islam bewahren.

## SCHWERPUNKT

# Über Wurzeln und Werte

—  
Wie christlich ist Europa?

## HANS-GERT PÖTTERING

Geboren 1945 in Bersenbrück, Mitglied des Europäischen Parlaments (1979 bis 2014), Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999 bis 2007), Präsident des Europäischen Parlaments (2007 bis 2009), Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Immer wieder wird Europa angelastet, ein rein wirtschaftlicher Zusammenschluss zu sein. Ein Zweckbündnis, in dem die einzelnen Nationalstaaten je nach Bedarf ihre eigenen Interessen durchsetzen. Ein künstliches und beliebig veränderbares Gebilde. Umso mehr kommt es darauf an, dass wir uns auf unsere gemeinsamen Wurzeln besinnen. Im Kern meines Verständnisses von Europa als Wertegemeinschaft steht der Mensch mit seiner unverwechselbaren Würde. Als Christen glauben wir, dass Gott uns diese unverwechselbare Würde verliehen hat. Sie kann uns von keinem anderen Menschen genommen werden.

Dabei wäre es zu kurz gegriffen, würden wir einfach nur an die christlichen Wurzeln erinnern. Vielmehr liegt der Ursprung Europas an drei Orten, wie der erste Bundespräsident, Theodor Heuss – ein Liberaler –, 1950

erklärte: „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Kapitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen.“ Die griechische Philosophie und der Zugang zur Wissenschaft und den Künsten, die Rechts- und Herrschaftsordnung, wie sie sich erstmals in Rom ausgeprägt hat, und schließlich das Christentum, das seinen Ursprung in Jerusalem, in der Bibel hat, prägen uns bis heute. Dass das Christentum aus dem Judentum hervorgegangen ist, dürfen wir dabei nicht vergessen. So sprechen wir von der jüdisch-christlichen Kultur.

Die rasche Ausbreitung des Christentums in der Spätantike war vor allem auf die Förderung Konstantins des Großen und die Erhebung zur Staatsreligion unter Kaiser Theodosius I. zurückzuführen. Karl der Große, der als „Vater Europas“ gilt, wollte im Westen des Kontinents das Römische Reich unter dem Christentum erneuern. Es gibt heute kaum ein europäisches Land, das nicht auf eine mindestens 1.000 Jahre währende christliche Tradition zurückblickt. Bis ins Mittelalter hinein blieb das Christentum, die *Christianitas*, das entscheidende Merkmal Europas. Europa definierte sich als „Christliche Republik“.

## PRÄGUNG DURCH DIE CHRISTLICHE KULTUR

Die Prägung Europas durch die christliche Kultur war dabei kein geradliniger Prozess. Zu den entscheidenden Wegmarken der europäischen Geschichte gehören die Reformation und die Französische Revolution. Die Spaltung der Christen im Jahr 1517 – die zweite, nachdem sich bereits im Jahr 1054 mit dem morgenländischen Schisma die Trennung der orthodoxen von der römisch-katholischen Kirche vollzogen hatte – hatte einerseits eine Vielzahl konfessioneller Kriege zur Folge. Andererseits ebnete die Reformation den Weg zur Aufklärung und zur Anerkennung religiöser Pluralität. Religiöse Vielfalt und Toleranz gegenüber Andersdenkenden wurden zu anerkannten Werten, und mit dem Westfälischen Frieden von 1648 gelang es schließlich, den zwischenstaatlichen Frieden von den Religionsgegensätzen abzukoppeln. Die Bedeutung der Religion für die Gesellschaft von der Rechtsordnung zu trennen und religiöses Bekenntnis und staatsbürgerliche Rechte zu entkoppeln, wurde indessen erst mit der Französischen Revolution durchgesetzt. Für ganz Europa hatte dies weitreichende Folgen – wenngleich weitere ein- einhalb Jahrhunderte vergehen mussten, bis auch die Kirchen diese Prinzipien anerkannten.

Ende des 18. Jahrhunderts hatten sich damit die für Europa zentralen Werte herausgebildet: das christliche Menschenbild, kulturelle Pluralität und Toleranz gegenüber Andersdenkenden sowie eine Rechtsordnung, die jedem Bürger dieselben staatsbürgerlichen Rechte garantierte. Von einem einigen

Europa konnte indessen noch lange keine Rede sein. Zwar forderte Novalis 1799 in seinem Fragment „Die Christenheit und Europa“ die Wiederherstellung eines einigen christlichen Europas, und anknüpfend an diese Ideen sahen insbesondere katholische Kreise im nationalstaatlichen Denken eine Gefahr für die Zukunft des Kontinents. Auch der „Europäismus“ des 19. Jahrhunderts, der als Reaktion auf das „Wiener System“ entstand und in einem europa- weiten Diskurs europäische Zukunftsmodelle erörterte, konnte eine Entwicklung nicht aufhalten, die den Kontinent letztlich in die Katastrophe stürzen sollte: den aufkommenden Nationalismus und Imperialismus, dem sich kaum ein europäischer Staat zu entziehen vermochte. Als Victor Hugo 1851 in einer Rede vor dem französischen Parlament von den „Vereinigten Staaten von Europa“ sprach, erntete er nur den Spott der Abgeordneten.

Erst nach der Erfahrung des verheerenden Ersten Weltkriegs trat der europäische Gedanke wieder auf. Die Frage nach der Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für einen europäischen Frieden stellte sich nun umso dringlicher. Hinzu traten die Veränderungen im globalen Mächtesystem: Auf der einen Seite stiegen die USA zu einer Großmacht auf, der kein einzelner europäischer Staat mehr gewachsen war. Auf der anderen Seite bekannte sich Russland – das heißt die Sowjetunion – nach der Oktoberrevolution offen dazu, auch in Europa die gesellschaftliche und politische Ordnung umstürzen zu wollen. Vor diesem Hintergrund erlebte der Europagedanke in den 1920er-Jahren eine kurze Renaissance. Doch konnten auch die Konzepte, wie sie vor allem von Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi mit der Paneuropa-Union verbreitet wurden, den nationalstaatlichen Egoismus nicht bremsen. Vermengt mit totalitären Ideologien, mündete er in die zweite große Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

## DER EUROPAGEDANKE NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Europagedanke dringlicher denn je. Aus der Katastrophe sollte ein neues Europa erwachsen, das den Frieden dauerhaft sichert und alte Feindschaften begräbt. Wie dieses Europa aussehen sollte, darüber gab es viele verschiedene Meinungen. Gerade im linken Lager gab es noch Anhänger eines Europas als „dritte Kraft“ zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion. Mit dem heraufziehenden Kalten Krieg wurden solche Konzepte jedoch bald ad absurdum geführt.

Die expansive Politik der Sowjetunion war für die westlichen Besatzungszonen und ganz Europa eine reale Bedrohung. Schon im Oktober 1945 erklärte Konrad Adenauer: „Rußland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den andern Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten

Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“

Für Adenauer, der am 15. September 1949 zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde, hatte die Sicherheit des jungen Staates und die Bewahrung des Friedens oberste Priorität. Gleichzeitig war er davon überzeugt, dass die Nationalstaaten nicht mehr allein den Anforderungen der Zeit gewachsen seien.

Entschieden setzte er sich in seiner vierzehnjährigen Amtszeit für die Europäische Einigung ein, die aus seiner Sicht zunächst durch eine Verflechtung der europäischen Wirtschaft zu erreichen sei. Der am 9. Mai 1950 vom französischen Außenminister Robert Schuman vorgelegte Plan einer gemeinsamen supranationalen „Hohen Behörde für Kohle und Stahl“ wurde zur Initialzündung. Die wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Staaten sollte Kriege verhindern und das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten befriedigen. Adenauers vorrangiges Ziel war dabei immer die politische Einigung. Als am 30. August 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und damit der Plan einer Europäischen Politischen Gemeinschaft in der französischen Nationalversammlung scheiterten, war dies für den Bundeskanzler ein schwerer Schlag. Seiner Beharrlichkeit war es zu verdanken, dass die Krise in der Europäischen Einigung überwunden und – vor sechzig Jahren, am 25. März 1957 – die Römischen Verträge unterzeichnet werden konnten.

„Europa muss geschaffen werden“, lautete die Botschaft Adenauers. Diskussionen zwischen Föderalisten, die einen europäischen Bundesstaat anstrebten, und Befürwortern eines eher losen Zusammenschlusses in Form eines Staatenbundes sah er als müßig an, wenngleich er die „Vereinigten Staaten von Europa“ als Fernziel vor Augen hatte.

## CHRISTLICHE GRÜNDERVÄTER

Adenauers Europapolitik richtete sich jedoch nicht nur nach rein pragmatischen Aspekten. Vielmehr war Europa für ihn und seine Weggefährten Robert Schuman und Alcide de Gasperi eine Wertegemeinschaft. Dass es in erster Linie Christliche Demokraten waren, die sich – gegen teilweise erheblichen Widerstand aus dem linken Lager – für die Einigung Europas einsetzten, war kein Zufall. Für sie als Christliche Demokraten konnte diese Gemeinschaft nur im christlichen Menschenbild wurzeln. In Abgrenzung zum Nationalsozialismus, aber auch zum Kommunismus, sollte der einzelne Mensch wieder in den Mittelpunkt allen Handelns gestellt werden. Vermassung und Materialismus, wie sie in den menschenverachtenden totalitären Ideologien propagiert werden, galt es abzuwehren. Gerade im Atheismus des Kommunismus sah Adenauer eine große Gefahr für die Einigung Europas. So erklärte

er 1956 auf dem Katholikentag in Köln: „Die gefährlichste Irrlehre unserer Zeit ist der atheistische Materialismus. Er verneint Gott, er haßt Gott, er bekämpft Gott, darum kennt er keine Freiheit.“

Dass es insbesondere ein Verdienst Christlicher Demokraten war, auf dieser Grundlage Europa zu einen, verpflichtet uns heute, für diese Werte einzustehen und das christliche Erbe zu bewahren. Für mich persönlich war diese Politik der Grund, in die CDU Deutschlands einzutreten und mich auf europäischer Ebene für Versöhnung, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten einzusetzen.

Für die Gründungsväter hörte Europa nicht am Eisernen Vorhang auf. In seiner letzten großen Rede am 16. Februar 1967 im Ateneo in Madrid legte Konrad Adenauer seine Vision eines vereinten Europas dar, das durch seine gemeinsame Geschichte, Tradition und Kultur verbunden ist: „Auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir an Europa denken. Zu Europa gehören Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muss die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden.“ Dieser Traum wurde Wirklichkeit, als die Menschen in der DDR und in den Staaten des Ostblocks mutig ihr Schicksal in die Hände nahmen und gegen das kommunistische Unrechtsregime aufbegehrten.

## DER BEITRAG DER KIRCHEN ZUR VERSÖHNUNG

Für uns war es ein Glücksfall, dass Helmut Kohl diese historische Chance erkannte und die Einheit in Freiheit – ganz in der Linie Konrad Adenauers – vollendete. Das Gelingen der deutschen Wiedervereinigung bleibt mit seiner staatsmännischen Klugheit und seinem persönlichen Vertrauenskapital verbunden, das er in Europa und der Welt erworben hatte. Dem Prozess der Europäischen Einigung gab er neuen Schwung. Das Schengener Abkommen, der gemeinsame Binnenmarkt, die Öffnung der Union für die Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas und der Vertrag von Maastricht sind ohne sein Wirken schwer vorstellbar. Dabei waren ihm seine christliche Prägung und die Erfahrungen seiner Jugend Motivation und Auftrag. Am 11. Dezember 1998 wurde ihm die höchste europäische Auszeichnung zuteil: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ernannten ihn zum „Ehrenbürger Europas“, eine Ehrung, die zuvor nur Jean Monnet erlangt hatte.

Dass heute zehn mittel- und südosteuropäische Staaten, die auf eine ebenso reiche christlich geprägte Geschichte zurückblicken, Teil der Europäischen Union sind, muss uns mit tiefer Dankbarkeit erfüllen. An der Aussöhnung zwischen der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Ländern, hatten – lange, bevor der Eisene Vorhang fiel – auch die Kirchen maßgeblich mitgewirkt. Im Oktober 1965 setzte die Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein Zeichen, indem sie den Rechtsanspruch der Bundes-

republik auf die ehemaligen Ostgebiete infrage stellte und stattdessen dem Versöhnungsgedanken Vorrang gewährte. Auf katholischer Seite wurde der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen zum Markstein im Aussöhnungsprozess zwischen Deutschen und Polen. Am 18. November 1965 schrieben die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder. Mit dem entscheidenden Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ streckte die polnische Seite der deutschen die Hand zur Versöhnung aus.

Für den europäischen Einigungsprozess kann das Wirken von Papst Johannes Paul II. nicht hoch genug eingeschätzt werden. Seine Worte „Fürchtet euch nicht. Verändert die Welt, verändert diese Welt.“ waren eine Ermutigung für die Menschen, die mit Solidarność und anderen friedlichen Bewegungen an der politischen Wende 1989 mitwirkten.

Heute leben wir mehr denn je in einem pluralistischen Europa, das nicht nur durch Sprachenvielfalt und regionale kulturelle Unterschiede geprägt, sondern auch Heimat für eine Vielfalt unterschiedlicher Religionen ist. Der Anteil von Christen in Europa sinkt. Doch sollten wir deshalb nicht von einer „Entchristlichung“ sprechen. Vielmehr erleben wir einen Wandel vom christlichen zum christlich geprägten Europa. So wurzeln unsere Werte im christlichen Menschenbild: in der unantastbaren Würde des Menschen, in der auch die Freiheit begründet ist. Die christlichen Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität sind auch Prinzipien der Europäischen Union. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden – ohne sie ist Europa nicht denkbar.

Die „Charta der Grundrechte“ der Europäischen Union beschreibt die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger. In der Präambel der Charta heißt es: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt die Person in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Mit dem Vertrag von Lissabon ist die „Charta der Grundrechte“ Bestandteil europäischen Rechts. Als Christen ist es heute unsere Aufgabe, diese Werte vorzuleben und zu verteidigen, damit sie in der Europäischen Union und Europa, aber auch weltweit ein friedliches Zusammenleben der Völker und Gesellschaften ermöglichen.

# Orthodoxie und Menschenrechte

## **Patriarch Bartholomaios I.**

Geboren 1940 auf Imbros im Dorf Aghii Theodori, Çanakkale (Türkei), seit 1991 Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel mit Sitz in Phanar, einem Stadtteil von Istanbul, und in seiner Funktion Erzbischof von Konstantinopel, dem neuen Rom. Er ist der 270. Nachfolger des Apostels Andreas, der als erster Bischof dieser Stadt verehrt wird.

Der Text gibt seinen gleichnamigen Grundsatzvortrag, gehalten am 1. Juni 2017 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, auszugsweise und leicht überarbeitet wieder (vollständiger Redetext unter [www.kas.de/wf/de/33.49076/](http://www.kas.de/wf/de/33.49076/)).

[...] Die Haltung der vierzehn Orthodoxen Autokephalen Kirchen gegenüber den Menschenrechten ist nicht einheitlich. Leider gibt es in der Orthodoxen Welt Kreise und Personen, welche die modernen Menschenrechte als Gefahr für unsere orthodoxe Identität betrachten. Ihnen gelten die Menschenrechte pauschal als „Fundamentalismus der Moderne“ und das Gespräch mit und über Menschenrechte erscheint als ein „importierter Diskurs“. Diese Personen und Kreise tun aber sowohl den Menschenrechten wie auch der Orthodoxie Unrecht. Denn dadurch wird jede Möglichkeit verbaut, dass die Orthodoxe Kirche und Theologie einen positiven Beitrag zum Thema „Menschenrechte“

leisten kann. Das ist aber eine Weise der Selbstmarginalisierung. Damit werden gängige Klischees über die Orthodoxe Welt gestützt und ihren Kritikern zusätzliche Argumente geliefert, auf die Identifizierung der Orthodoxie mit sterilem Traditionalismus zu insistieren, sie als eine dem Westen fremde religiöse Kultur anzusehen und den Vorwurf des Orthodoxismus zu erneuern. So finden Einschätzungen der Orthodoxie, wie diejenige Samuel Huntingtons, leichtes Gehör. Er sagte: „Europa endet dort, wo die westliche Christenheit ihre Grenze hat und dort, wo der Islam und die Orthodoxie beginnen.“<sup>1</sup>

Die Haltung der Orthodoxen Kirchen gegenüber der Moderne und den Menschenrechten muss auf theologische Kriterien gründen. Wir persönlich haben Schwierigkeiten, zu verstehen, wie ein zeitgenössischer orthodoxer Theologe meinen kann, seine Haltung gegenüber der Moderne könne nur negativ sein.

Gewiss, die Schwierigkeiten der orthodoxen Kirchen mit den Menschenrechten sind nicht primär theologischer Natur, sondern sie ergeben sich eher aus historischen Kontexten, aus negativen Erfahrungen mit der Modernität. Wir halten diese Schwierigkeiten für überwindbar, zumal die Grundprinzipien der Aufklärung, Freiheit und Vernunft der Orthodoxen Anthropologie nicht fremd sind.

Der Grundbegriff der orthodoxen Anthropologie in der Begegnung mit den Menschenrechten ist der Begriff der Person, der in der patristischen Tradition beheimatet ist und die Schöpfung des Menschen nach Gottes Bild und Gleichnis ausdrückt (Gen. 1, 26). Das Personsein gibt dem Menschen die höchste Würde, die unveräußerlich ist. „Nichts ist heiliger als die Person.“<sup>2</sup>

Wenn die Orthodoxe Theologie von der Theosis, von der Vergöttlichung des Menschen, spricht und ihn als „ζῶον θεοούμενον“, „Wesen bestimmt, Gott zu werden“, definiert,<sup>3</sup> dann bestätigt sie ihm diesen höchsten Wert und benennt seine wahre Vermenschlichung durch die Gnade Gottes in der Gemeinschaft der Kirche. Nichts kann hier die Verwandlung des Menschen zum bloßen Mittel rechtfertigen. Das ist ein grundlegender Beitrag des Christentums zur Geschichte der Humanität.

Für das Orthodoxe Christentum bedeutet Personsein immer Mitsein, Sein in Gemeinschaft mit anderen Personen. „Eine Person ist keine Person“,<sup>4</sup> sagte der Metropolit von Pergamon Ioannis Zizioulas. Damit leistet die orthodoxe Anthropologie Widerstand gegen den individualistischen Eudämonismus und das selbstgefällige Pochen auf „mein Recht“, welches Abgründe öffnet zwischen Mensch und Mensch. Die Enzyklika des Heiligen und Großen Konzils der Orthodoxen Kirche macht mit Nachdruck auf diese Wahrheit aufmerksam: Der Zugang zu den Menschenrechten vonseiten der Orthodoxen Kirche konzentriert sich auf die Gefahr, dass individuelle Rechte sich in Individualismus und Anspruchsdenken verkehren. Eine derartige Abirrung erfolgt auf Kosten des sozialen Gehaltes der Freiheit und führt zu einer deutlichen Transformation der Rechte in Ansprüche des Glücksstrebens wie auch zur Überhöhung der bedenklichen Identifikation von Freiheit mit individueller Willkür als „universalem Wert“, die die Grundlagen sozialer Werte, der Familie, der Religion und der Nation untergräbt und fundamentale moralische Werte bedroht“ (§16).

Darüber hinaus wurde in der „Botschaft“ des Konzils zu Recht betont, dass

das orthodoxe Ideal der Achtung der Menschenwürde den Horizont der etablierten Menschenrechte überschreitet und dass „das Größte von allem die Liebe ist (1 Kor. 13, 13), wie Christus offenbart hat und wie alle Gläubigen, die ihm nachfolgen, es leben“ (§10). Für die Orthodoxe Theologie, ist das „höchste Ethos“ die sich opfernde Liebe, also der freiwillige Verzicht auf das eigene individuelle Recht im Namen des Nächsten.

Das bedeutet mitnichten eine Abwertung der Menschenrechte und ihrer Durchsetzung. Im Gegenteil! Der Gläubige hat eine zusätzliche Motivation, sich für die Rechte des Mitmenschen einzusetzen. Wenn man an den höchsten Wert der christlichen Freiheit glaubt, bedeutet das keineswegs, dass man die äußere Freiheit entwertet.

Die Orthodoxie hat einen tiefen Sinn für den sozialen Gehalt der Freiheit. Georges Florovsky sprach von „dem starken sozialen Instinkt“ der östlichen Kirche.<sup>5</sup> Das schärft den Blick der Orthodoxen nicht nur für die individualistischen Verengungen der Menschenrechte, sondern auch für die Gefährdung der menschlichen Individualität, die wesentlich zur Persönlichkeit gehört, in den sozialen, ökonomischen, politischen und technologischen Superstrukturen sowie in dem Gemeinschaftsradikalismus mancher Kulturen. Die Magna Charta der Orthodoxen Christenheit ist die Kultur der Person.

Die Kultur der Person ist auch ein unschätzbare Beitrag der Orthodoxie zur europäischen Identität. Europa ist für uns keine „Kopfgeburt“, sondern eine Vision und eine eindruckliche Version des konkreten „Fortschritts im Bewusstsein der Freiheit“. Von dieser Freiheit sind die Gleichheit und die Brüderlichkeit nicht

wegzudenken, was auch im ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Ausdruck findet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ [...]

Den menschenrechtlichen Geist Europas brachte auch Hans-Gert Pötering mit aller Deutlichkeit zur Sprache, als er sagte: „Wir würden unsere Werte verraten, wenn Stacheldraht, Tränengas, Wasserwerfer und Hundestaffeln unsere Mittel wären, Flüchtlinge von der Europäischen Union fernzuhalten.“<sup>6</sup> [...]

Die Begegnung der Orthodoxen Kirche mit den Menschenrechten geschieht im breiteren Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit der Moderne. Das orthodoxe Christentum muss die defensive Haltung gegenüber der Aufklärung endgültig überwinden. Der Geist der Aufklärung ist in sich keine Gefahr für unsere Identität. Wie die totale Ablehnung, so ist auch die totale Bejahung nicht die richtige Haltung gegenüber der Moderne. Eine differenzierte Haltung ist gefragt. Andererseits darf man auch den echten Geist der Aufklärung nicht mit seinen Entstellungen verwechseln. Man kann auch nicht die negativen Seiten und die Ausweglosigkeiten der Moderne ignorieren. [...]

Eins ist für uns ganz gewiss: Die Tatsache, dass unumgängliche Spannungen zwischen moderner und christlicher Anthropologie zu Dichotomien führen können, bedeutet keineswegs, dass diese Anthropologien inkompatible Größen sind, dass ein Dialog zwischen ihnen nicht möglich und fruchtbar ist. Die anfängliche sterile Kollision von Christentum und Moderne im Westen darf sich auf keinen Fall in der Begegnung der

Moderne mit der Orthodoxen Kirche wiederholen.

Die Akzentuierung der sozialen Dimension der Freiheit, der sozialen und der Gemeinschaftsrechte bei den Orthodoxen dispensiert uns nicht von der Aufgabe, die individuellen Rechte ernst zu nehmen. Wir insistieren darauf: Eine Sache ist der Schutz des Individuums und etwas ganz anderes ist die individualistische Verengung der Menschenrechte. Es ist eine falsche Einschätzung des Wesens der Menschenrechte, sie als wesentlich individualistisch zu qualifizieren. Die Wahrheit ist, dass die individuellen Rechte ursprünglich auf die soziale Dimension der Freiheit verweisen. Die sozialen Menschenrechte beinhalten eindeutig den Schutz der Freiheit des Individuums. Auch die Dimension der Brüderlichkeit oder Solidarität gehört ursprünglich zu den Menschenrechten, etwas, was im Gespräch über die sogenannte „dritte Generation“ der Menschenrechte neue Aktualität gewann.

Der Orthodoxie werden häufig ethnozentrische Tendenzen vorgeworfen. Man sollte hier differenzierter vorgehen, denn Fehlentwicklungen in einer orthodoxen Kirche rechtfertigen keine Pauschalurteile über die Gesamtorthodoxie. Unsere These ist, dass das Orthodoxe Christentum in seinem Wesen nicht ethnozentrisch ist. Es ist wahr, dass durch die Teilnahme der Kirche an den Befreiungskämpfen der orthodoxen Völker und durch ihren Beitrag zur Formung und Bewahrung ihrer Identität bei diesen Völkern eine besonders enge Beziehung zwischen Kirche, Volk und Staat zustande gekommen ist, was als Quelle von Nationalismus erscheinen kann.

Es ist dazu zu bemerken, dass die Orthodoxe Kirche abermals den Ethnozen-

trismus als unvereinbar mit den authentischen Traditionen der Orthodoxie bezeichnet und verurteilt hat. Wenn der Nationalismus im orthodoxen Kontext auftritt, dann hat er andere Quellen als den orthodoxen Glauben. Die Begegnung mit der Moderne und mit der Menschenrechtskultur ist für die Orthodoxe Kirche eine gute Gelegenheit, ihre übernationalen, universalen Werte herauszustellen.

Auch die Orthodoxe Kirche und die orthodoxe Theologie müssen endgültig akzeptieren, dass die Menschenrechte eine Errungenschaft der Moderne sind und dass sie säkularen Charakter hatten. Dies bedeutet keineswegs, dass der Beitrag christlicher Prinzipien und Bewegungen zu ihrer Entstehung geleugnet werden darf. Denn die Wahrnehmung des absoluten Wertes des Menschen ist keine Entdeckung der Moderne. Das Engagement für den Respekt vor der Würde des Menschen ist nicht ein bloß humaner Anspruch, es fließt aus der Mitte des christlichen Evangeliums der Liebe. Im Kontext des Christentums sind ethische Imperative Gebote Gottes, womit sie Emphase und zusätzliches Gewicht bekommen.

Wir betrachten die Idee der Solidarität als zentral für die Begegnung von Orthodoxie und Menschenrechten. Der Begriff Solidarität verweist einerseits auf die christliche Nächstenliebe und Brüderlichkeit, gleichzeitig jedoch ist er mit der modernen Freiheitsgeschichte verbunden und vor allem mit dem Kampf um Gerechtigkeit und Gleichheit. Dies macht die Solidarität zum gemeinsamen Bezugspunkt der christlichen Sozialethik und der modernen Menschenrechtsbewegungen.

Wir können unsere christliche Identität von unserer Identität als moderne Menschen nicht trennen. Für uns alle ist

unsere Epoche der Rahmen, in dem wir unser christliches Zeugnis ablegen müssen. Was heute von der Orthodoxen Kirche erwartet wird, ist, dass sie als positive Herausforderung für den modernen Menschen wirkt, als Ort der Kultur der relationalen Freiheit in einer Gesellschaft der progressiven Entsolidarisierung und des Eudämonismus.

Angesichts der zeitgenössischen großen Herausforderungen sind die christlichen Kirchen und Konfessionen berufen, gemeinsames Zeugnis zu geben. Das macht die innerchristliche Verständigung dringlich. Ein gespaltenes Christentum ist kein überzeugender Vertreter der Solidarität, des Friedens und der Versöhnung und des Schutzes der fundamentalen Menschenrechte. [...]

Der Beitrag des Christentums zur Entstehung der Menschenrechte und die Haltung der Kirchen ihnen gegenüber ist ein breit diskutiertes Thema. Übereinstimmung gibt es bezüglich der christlichen Wurzel der Menschenrechte. Die Menschenrechte wurzeln in der christlichen Kultur, sie setzen das Erbe des Christentums voraus, auch wenn die christlichen Kirchen sich durch ihren revolutionären Impetus gefährdet sahen, sie als prometheischen Aufstand gegen Gott betrachteten und gegen sie ins Feld zogen.

Natürlich kann eine direkte christliche Abstammung der Menschenrechte nicht behauptet werden. Zwischen den Menschenrechten und dem Christentum besteht gleichzeitig Kontinuität und Diskontinuität. Deswegen ist die Spannung zwischen christlicher und moderner Freiheit unaufhebbar. [...]

Die Spannung zwischen den zwei Freiheiten kann sich jedoch positiv für einen fruchtbaren Dialog auswirken. Ohne-

hin können unsere humanistischen Bewegungen ohne Bezug auf das Christentum nicht recht verstanden werden. Wir halten deswegen die Rede vom „postchristlichen“ Europa für unangemessen, denn sie ignoriert diese Tatsache, dass unsere Gegenwart eine Dimension einer christlich inspirierten Vergangenheit ist, die nicht einfach annulliert werden kann. Die Erwartung einer total säkularisierten Kultur hat sich als utopisch erwiesen. Wir sprechen heute von „postsäkularen Gesellschaften“. In einem total säkularisierten Europa würde auch das Engagement für die Menschenrechte schwächer werden. [...]

Wir sind in unserem Vortrag auf die wichtigsten Herausforderungen eingegangen, mit denen die Orthodoxe Kirche heute konfrontiert ist. Es ist für uns sehr wichtig, zu betonen, dass die Orthodoxe Kirche keine weltflüchtige Jenseitigkeitsanstalt ist. Sie wusste und sie weiß ihr Zeugnis in der Welt mutig zu geben, was auch von ihren Gegnern letztlich nicht geleugnet werden kann. Zeugnis geben in der Welt bedeutete aber nie ein Sich-Identifizieren mit der Welt und mit ihrer Kultur. Wenn das In-der-Welt-Sein der Kirche in ein Von-der-Welt-Sein verwandelt wird, ist weder für die Kirche noch für die Welt etwas Positives gewonnen.

Auch heute darf der Einsatz der Orthodoxen Kirche für die Menschenrechte nicht zur Säkularisierung der Kirche führen. Wie wir Orthodoxe zu sagen pflegen, ist unser Zeugnis in der Welt „liturgische Diakonie“, „Liturgie nach der Liturgie“, und insofern erinnert es ständig an die Grenzen der säkularen Freiheit auf der Basis des Lebens in Christus.

Die Beziehungen zwischen den nicht christlichen Religionen und den Menschenrechten, von welchen sehr viel für das

Zeugnis der Religionen selbst und für die Durchsetzung und den Schutz der Menschenrechte abhängt, werden ein zentrales und schwieriges Thema bleiben. Es ist sehr wichtig für die Verwirklichung der Menschenrechte, dass sie von den verschiedenen Kulturen und Völkern in den Zusammenhang ihrer lebendigen humanen Traditionen integriert werden, natürlich ohne dass dadurch ihre ursprüngliche Orientierung tangiert wird. Religionen müssen in den Menschenrechten auch eigene Werte entdecken und sie als Ausdruck ihres eigenen Zeugnisses in der Welt akzeptieren.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, daran zu erinnern, dass die Menschenrechte keine Gefahr sind für die Gemeinschaft. Sie wenden sich, wir wiederholen es, nicht gegen die Gemeinschaft, sondern gegen ihre Verabsolutierung, gegen den Radikalismus der Gemeinschaft. Indem sie den Menschen als Individuum schützen, verwerfen sie weder die Gemeinschaft, noch verteidigen sie den Individualismus, der die Präferenzen des in sich selbst geschlossenen Menschen, den *homo clausus*, kanonisiert. [...]

Die berechtigte Kritik des westlichen Individualismus darf nicht zur Qualifizierung der Menschenrechte insgesamt als individualistisch führen. Auch die Hervorhebung der sozialen Menschenrechte und der Gemeinschaftsrechte dispensiert die Religionen nicht vom Respekt der individuellen Menschenrechte.

Wie dem auch sei: Ohne Bezugnahme auf die Religionen können wir weder unsere Gegenwart verstehen noch uns unsere Zukunft vorstellen. Der Fundamentalismus der Modernität, der die Religion als hinderlich für den Fortschritt ansieht, ignoriert oder verschweigt ihren großen Beitrag zur Kultur. Andererseits ist es in-

akzeptabel, wenn die Religionen die Menschenrechte, die unsere Welt menschlicher gemacht haben, unterminieren, statt sich für ihre Stützung zu engagieren. Die Menschenrechte sind kein selbstverständlicher Ausdruck westlicher Werte. Sie sind vielmehr in einer Zeit formuliert, während deren die westliche Welt eine große Krise durchmachte, markiert vom Absolutismus und von religiösen und sozialen Konflikten. Die Menschenrechte wollten auf diese Krise auf der Basis des Schutzes der Würde des Menschen antworten. [...]

Gewiss, im Blick auf die heutige Lage der Menschenrechte ist kein Triumphalismus am Platze. Denn zusammen mit den Fortschritten beim Schutz der Menschenrechte gehen ihre Missachtung und ihr Missbrauch weiter. Die Menschenrechte sind heute keine sichere Realität, sondern eine bleibende Aufgabe. Wesentliche Priorität für unsere Kirchen bleibt es auch, gleichzeitig mit ihrem Engagement für die Durchsetzung der Menschenrechte der Ort jener Freiheit zu sein, deren Kern nicht die Beanspruchung von individuellen Rechten ist, sondern die Liebe und die Diakonie, jene *libertas*, die kein Menschenwerk, sondern Gottesgeschenk ist.

<sup>1</sup> Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, Touchstone Books, London / New York 1997, S. 158.

<sup>2</sup> John Zizioulas: *Das Recht der Person*, Akademie von Athen 1997, S. 599 (in griechischer Sprache erschienen).

<sup>3</sup> Ebd., S. 591.

<sup>4</sup> Ebd., S. 591.

<sup>5</sup> Georgi Florovsky: „Das soziale Problem in der Östlichen Orthodoxen Kirche“, in: ders.: *Christentum und Kultur*, Pournaras Verlag, Thessaloniki 1982, S. 165–180, hier S. 166 (in griechischer Sprache erschienen).

<sup>6</sup> Hans-Gert Pöttering: *Buß- und Betttag-Gottesdienst zum Abschluss der ökumenischen Friedensdekade* (Braunschweig, 16. November 2016), Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin 2016, S. 7.

# Vom Vatikan aus gesehen

—  
Perspektiven für die eine gefährdete Welt

## RAINER BUCHER

Geboren 1956 in Nürnberg, seit 2000 Vorstand des Instituts für Pastoraltheologie und Pastoralpsychologie an der Fakultät Katholische Theologie der Universität Graz (Österreich), Mitinitiator des theologischen Internetfeuilletons „feinschwarz.net“.

Am 15. Mai 2014 eröffnete der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in Wuppertal einen Zukunftskongress der Evangelischen Kirche in Deutschland. In einer bemerkenswerten Rede forderte er von seiner Kirche, es sich nicht zu leicht zu machen in dieser Gesellschaft, vielmehr eine moralische und spirituelle Avantgarde zu sein, eine eigensinnige, von ihrer Aufgabe zutiefst überzeugte Gemeinschaft, die vernehmbar und verstehbar von Gott spreche.

Gut zweieinhalb Jahre vorher hatte Papst Benedikt XVI. vor dem versammelten deutschen Katholizismus in Freiburg angemerkt, dass Macht die Kirche potenziell korrumpiere und die Vertreibung der Kirche von der Macht in den Säkularisierungsprozessen der Neuzeit auch ihr Gutes gehabt habe. Denn die Kirche zeige immer wieder die Tendenz, sich in dieser Welt einzurichten, selbstgenügsam zu sein und sich den Maßstäben der Welt anzugleichen. Man wird Benedikt XVI. wie Gauck zustimmen können, wenn auch

eine gewisse Ironie nicht zu übersehen ist: Da fordert der Papst, das letzte absolute Staatsoberhaupt Europas, Machtverzicht und ein evangelischer Pastor als Bundespräsident vom Protestantismus mehr Distanz zu Staat und Gesellschaft.

Warum aber forderte der damalige Papst von seiner Kirche Distanz zu ihren eigenen verkrusteten Institutionalisierungen und der pastorale Bundespräsident Gauck von seiner Kirche Distanz zur deutschen Gesellschaft und ihrem Mainstream? Sie haben gute theologische Gründe dafür. Nur eine „entweltlichte Kirche“, so Benedikt XVI., könne wirklich offen sein „für die Anliegen der Welt“ und „die Herrschaft der Liebe Gottes [...] bezeugen“.<sup>1</sup> Es ginge in den Kirchen darum, so Gauck, „uns mit Maßstäben zu konfrontieren, die oft quer zu dem stehen, was wir uns selber so schön ausgedacht [...] haben“.<sup>2</sup> Beides sei in der aktuellen Konstellation gefährdet.

## MITARBEITEN IN DER „LIQUID MODERNITY“

Warum traut der Papst der stolzen katholischen Institutionalität nicht mehr so recht und Gauck nicht mehr dem eindrucksvollen Versuch des Protestantismus, zum eigentlichen, besseren Betriebssystem des modernen Staates zu werden? Es ist eine Ahnung, dass wir nicht mehr auf den Kontinenten der Sicherheit, sondern auf dem offenen Meer einer „liquid modernity“<sup>3</sup> sind. Wir „spüren vielleicht noch mehr, als wir wissen“, so Gauck, „dass sich große Veränderungen vollziehen – und dass wir an diesen Veränderungen mitarbeiten müssen, wenn wir nicht nur blinde Passagiere auf einem fremdgesteuerten Schiff sein wollen“.<sup>4</sup> Die Welt müsse sich, so Papst Benedikt XVI., „immer neu den Sorgen der Welt öffnen, zu der sie ja selber gehört, sich ihnen ausliefern, um den heiligen Tausch, der mit der Menschwerdung begonnen hat, weiterzuführen“.<sup>5</sup>

Gauck und Benedikt XVI. sind nicht mehr im Amt. Aber die von ihnen analysierten Konstellationen bestehen, und sie verschärfen sich angesichts der weltpolitischen Entwicklungen seither eher noch. Die drei mächtigsten Männer der Welt sind gegenwärtig ein ehemaliger KGB-Offizier, ein amerikanischer Hyper-Kapitalist und ein „kommunistischer“ Politikfunktionär. Der eine hat sich seiner alten tschekistischen Destabilisierungstechniken erinnert und sie gegen die Ukraine in ihrer altbekannten, gegenüber dem Westen in modernisierter digitaler Form eingesetzt. Der andere gedenkt, die hegemoniale Großmacht dieser Welt offenkundig nach der Logik eines aggressiven Großkonzerns zu führen, der dritte schreitet energisch voran beim Beweis, dass Kapitalismus und liberale Demokratie mithilfe einer repressiv-paternalistischen Einparteienherrschaft auf Dauer erfolgreich entkoppelt werden können.

Putin, Trump und Xi Jinping repräsentieren große Versuchungen der globalisierten Kultur des Jahres 2017: Putins illiberale kapitalistische Demokratie, Trumps Demokratie als Kapitalismus und Xi Jinpings Kapitalismus ohne Demokratie versprechen, die Vorteile der kapitalistischen Dynamisierung genießen zu können, ohne deren Kosten bezahlen zu müssen. Es sind vor allem spezifische kulturelle Verunsicherungserfahrungen, die man vermeiden möchte, nicht zuletzt übrigens jene, welche die Auflösung der alten patriarchalen Geschlechterordnung produziert. Und es geht darum, die ethischen Anforderungen von Gerechtigkeit zu umgehen. Diese drei Männer missachten daher offensiv das Gemeinwohl einer globalisierten Zivilisation, und genau dafür finden sie den Beifall ihrer Anhänger.

Ausgerechnet das alte Europa, das selbst von Papst Franziskus in seiner Rede vor dem Europaparlament kritisch gesehen wurde und in seinem Bürokratismus wie in seinen überkomplexen Abstimmungsmechanismen tatsächlich an das untergegangene Alte Deutsche Reich erinnert, ausgerechnet dieses alte Europa, geführt übrigens von einer Frau und protestantischen Christdemokratin, erscheint da noch als der letzte Hort der normativen Aufladung der Demokratie mit Freiheits- und Menschenrechten, ja letztlich sogar mit einer geläuterten Version der alten Aufklärungs- und Fortschrittsidee.

## VATIKANISCHE PERSPEKTIVEN

Der Kapitalismus ist die „gewinnorientierte[n] Verwaltung der Welt“ (Jean-Luc Nancy), das Christentum die Aufforderung zum Tanz in den Armen von Gottes Gnade (Madeleine Delbrêl). Trump, Putin, Xi Jinping: Sie verkörpern in je eigener Weise jeweils lupenrein die gewinnorientierte Verwaltung der Welt. Ein größerer Gegensatz zum Tanz in den Armen der Gnade Gottes ist kaum denkbar. Papst Franziskus vertritt diesen Gegensatz offensiv. Aus der Perspektive des Vatikans unter Papst Franziskus geht es wirklich um die Zukunft der Welt. Franziskus spricht gar sehr hart von einem „Dritten Weltkrieg“, der schon begonnen habe.

Im Kern ist es eine alte christdemokratische Hoffnung, die dieser Papst verkörpert: einen Weg zu finden zwischen der kritiklosen Bejahung des kapitalistischen Fortschritts einerseits und der Sehnsucht nach vergangenen, aber verlorenen Ordnungen andererseits. Es geht darum, einen Weg zu finden, die unbestreitbare Dynamik der Marktwirtschaft und die notwendige Gemeinwohlorientierung miteinander zu verbinden, aber auch um liberale Emanzipationsbestrebungen und die Anerkennung lebensnotwendiger und lebensdienlicher Bindungen. Existenziell geht es in der globalisierten Zivilisation der Gegenwart zudem darum, weder dem kritiklosen konsumistisch-kapitalistischen Leerlauf noch der identitär-fundamentalistischen Reaktion darauf, wie sie sich in allen Weltreligionen epidemisch verbreitet, zu verfallen.

All dies ist auch die Aufgabe einer zeitgemäßen Christdemokratie und speziell des politischen Katholizismus in ihr.

So sehr nämlich der politische Katholizismus nach dem Krieg etwa die Neugestaltung der Bundesrepublik Deutschland prägte, so ist doch auch unübersehbar, dass er nach und nach seine politische Kreativität verlor. Wofür sollte er auch noch stehen? Auf seine klassischen Themen – Rechte der katholischen Kirche, Rechte der Familie, Option für eine sozial balancierte Marktwirtschaft jenseits von Sozialismus und Liberalismus – hat er entweder kein Monopol mehr, so bei der Sozialen Marktwirtschaft, oder es besteht kaum mehr politischer Handlungsbedarf wie bei den „Rechten der Kirche“.

Die zentrale Herausforderung der Gegenwart, auf die tatsächlich neue Antworten gefunden werden müssen, ist der globalisierte, nicht sozial eingegegte Kapitalismus mit seinen weitreichenden Auswirkungen auf ganz unterschiedliche menschliche Existenzfelder. Die Christdemokratie muss nicht mehr zwischen einer vormodern getakteten Kirche und einer modernen Gesellschaft vermitteln, sondern zwischen einem global weitgehend unregulierten Kapitalismus und religiös-fundamentalistischen Antworten auf ihn.

Papst Franziskus entwickelt diese Perspektive. Er setzt sich dafür ein, allen kulturellen, sozialen und ökonomischen Ausgrenzungen zu wehren. Denn die Option für die Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen wird an den Rändern des Gemeinwesens entschieden, dort, wo sozial, religiös oder wie auch immer Marginalisierte schließlich ganz aus dem „Wir“ ausgeschlossen werden, begrifflich, rechtlich oder sozial. Sich für diese vom Ausschluss Bedrohten einzusetzen, ist nicht nur christliche Pflicht, sondern auch Kampf um die eigene Freiheit. Denn wenn Ausschlussprozesse erst einmal eingesetzt haben, ist es beliebig, bei wem sie stoppen und wen sie treffen. Hier gilt wirklich: Wer den Anfängen nicht wehrt, gefährdet sich selbst.

## „FELDLAZARETT“ INNERHALB DER SPÄTMODERNEN WELTKULTUR

Papst Franziskus definiert dabei seine Kirche nicht als Gegenkultur, sondern als „Feldlazarett“ innerhalb der spätmodernen Weltkultur. Dieser Papst hat sich in *Amoris laetitia* als solidarisch gezeigt mit der Fragilität moderner Lebensentwürfe. Er beschreibt in *Laudato si'* detailgenau die prä-apokalyptischen Gefahren der globalen Zivilisation und macht ganz konkrete Vorschläge, wie mit ihnen umzugehen sei.

Dieser Papst markiert christliche Identität nicht durch theoretische Abgrenzungen, sondern durch alternative Praktiken. Kirche ist für ihn kein geschlossener gegenkultureller Raum, sondern ein Raum der Hoffnungen auf konkrete Handlungen der Hilfe, der Solidarität, Gerechtigkeit. Papst Franziskus realisiert, dass man die Kirche nicht mehr mit der (tridentinischen)

Ekklesiologie, sondern nur noch mit dem Glauben führen kann und, um mit Karl Rahner zu sprechen, dass der Kern dieses Glaubens die Identifikation von Gottes- und Nächstenliebe ist.

## GEGEN DIE GEFÄHRDUNGEN DER MENSCHENWÜRDE

Kirche als Ereignis- und Zeugnisnetzwerk gegen die Gefährdungen der Menschenwürde in einer allzu sehr kapitalistisch bestimmten und von fundamentalistischen Gegenreaktionen gefährdeten Kultur: Das wäre, das ist eine Hoffnung für alle Menschen in der Welt. Angesichts des aktuellen weltpolitischen Führungspersonals, der partiellen Militarisierung von Religionen und der ungewissen Möglichkeit einer menschenrechtsgemäßen Entwicklungsgeschichte der menschlichen Zivilisation kann man – nicht nur als katholischer Theologe – dieser vatikanischen Perspektive wirkliche globale Bedeutung wünschen. Für die Christdemokratie aber bietet dieser Papst jenes Erneuerungsprogramm, das sie wohl dringend braucht, will sie nicht zu einer Variante des liberalen Konservatismus werden.

<sup>1</sup> Jürgen Erbacher (Hrsg.): *Entweltlichung der Kirche. Die Freiburger Rede des Papstes*, Freiburg i. Br./Basel/Wien 2012, S. 16.

<sup>2</sup> [www.ekd.de/vortraege/2014/20140515\\_zukunftsforum\\_gauck.html](http://www.ekd.de/vortraege/2014/20140515_zukunftsforum_gauck.html), 25.05.2014.

<sup>3</sup> Vgl. Zygmunt Bauman: *Flüchtige Moderne* (Originaltitel: *Liquid Modernity*), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003.

<sup>4</sup> A. a. O.

<sup>5</sup> A. a. O.

# Lieber unter Diktatoren?

—  
Christen im Nahen Osten

## OTMAR OEHRING

Geboren 1955 in Saulgau, Koordinator Internationaler Religionsdialog, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Über die Christen im Nahen Osten hört man gelegentlich, sie würden es vorziehen, von Diktatoren regiert zu werden. Stimmt das, und wenn ja, warum?

Abdelfattah Sisi war am 12. August 2012 vom damals neu gewählten ägyptischen Präsi-

denten Mohammed Mursi – einem Muslimbruder – zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt worden. Gleichzeitig war er stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Am 3. Juli 2013 putschte das ägyptische Militär unter Sisi gegen die erste demokratisch gewählte Regierung des Landes und übernahm die Macht. Das Oberhaupt der Koptisch-orthodoxen Kirche, Tawadros II., und alle Bischöfe Ägyptens dankten dem Militär für den Sturz Mursis. Auf die Opfer des Putsches gingen sie nicht ein.

Möglicherweise als Reaktion darauf kam es zu gewalttätigen Übergriffen auf christliche Einrichtungen und Gläubige. Am 5. Juli 2013 wurde das Dorf Nagaa Hassan gebrandschatzt und geplündert, mehrere Christen ermordet. In Port Said wurde die Mar-Mina-Kirche von Bewaffneten beschossen. Man erinnerte sich an den Bombenanschlag auf die al-Qiddissin-Kirche in Alexandria am 31. Dezember 2010, der 24 Menschen das Leben kostete.

Wer aber steckt hinter den Gewalttaten? Untersuchungen ergaben, dass das Mubarak-Regime eine eigene Spezialeinheit aufgebaut hatte, die Anschläge auf christliche Einrichtungen und Gläubige vorbereitete, um sie islamistischen Gruppen anzulasten. Daran dachten die Christen in Ägypten nach dem Putsch vom 3. Juli 2013 nicht. Als Sisi im Juni 2014 zum neuen Präsidenten Ägyptens gewählt wurde, war die Freude unter den Christen in Ägypten grenzenlos. Der koptisch-orthodoxe Patriarch Tawadros II. ließ sich bei der Inthronisierung Sisis sogar mit diesem ablichten.

Die häufig gestellte Frage, ob die Nähe zu Sisi für die Christen vorteilhaft oder gefährlich ist, muss im Hinblick auf den Bevölkerungsanteil der Christen in Ägypten beantwortet werden. Koptisch-orthodoxe Kreise sehen den Anteil ihrer Glaubensgruppe bei 12 bis 15 Prozent. Das CIA-Factbook spricht von 10 Prozent Christen, davon 5 Prozent Kopten. Danach wäre von wenigstens 4,76 Millionen Kopten auszugehen – in jedem Fall eine Minderheit.

Auch das politische Umfeld spielt eine Rolle. Bei den Parlamentswahlen 2011/12 errangen die Islamisten 301 von 427 Parlamentssitzen (70,5 Prozent), davon für die Muslimbruderschaft 193 und die Salafisten 108 Sitze. Säkulare Kreise und christliche Kirchen hatten einen Sieg der Muslimbruderschaft befürchtet. Der Wahlerfolg der Islamisten löste blankes Entsetzen aus. Die Präsidentschaftswahlen 2012 gewann der Kandidat der Muslimbruderschaft Mohammed Mursi mit 51,73 Prozent der Stimmen. Die Furcht vor einem Umbau Ägyptens in einen islamischen Staat mit Wiedereinführung der *Dschizya* („Kopfsteuer“) für *Dhimmis* („Schutzbefohlene“) war groß! Dazu kam es wohl nur deshalb nicht, weil die Islamisten – völlig unerfahren in Regierungsführung – das Land ins Chaos zu stürzen drohten. Im Einvernehmen mit einem großen Teil der Bevölkerung gab diese Situation dem Militär freie Hand, das Land zu „retten“.

## TRÜGERISCHES SICHERHEITSGEFÜHL

Für die Christen erwies sich das Gefühl der Sicherheit als trügerisch. Einem Selbstmordattentat am 29. Dezember 2016 fielen in einer Nebenkirche der koptisch-orthodoxen Kathedrale in Kairo 29 Gläubige zum Opfer. Am 24. Februar 2017 haben 144 christliche Familien El Arish fluchtartig verlassen, denn der „Islamische Staat“ (IS) hatte am 30. Januar und 23. Februar, wie schon mehrfach zuvor, gezielt Christen ermordet. Bei Bombenanschlägen am Palmsonntag 2017 auf Kirchen in Alexandria und in Tanta gab es 46 Opfer, weitere Bombenanschläge am 25. Mai 2017 kosteten 28 koptischen Gläubigen, die in Bussen auf dem Weg zum Kloster des Heiligen Samuel des Bekenner in Maghagha waren, das Leben.

Die Mehrheit der Christen vertraut General Sisi weiterhin, denn nach solchen Anschlägen drückt er dem koptisch-orthodoxen Patriarchen persönlich

sein Beileid aus. 2015 besuchte er als erster ägyptischer Präsident einen Weihnachtsgottesdienst. Das bewirkt Nähe und Sympathie. An konkreten Änderungen ist sonst nur das neue Kirchenbaugesetz zu nennen, das zumindest formal mehr Transparenz schafft und die Abläufe vereinfacht.

Der frühere, nationalistische Staatspräsident, Gamal ab del Nasser (1952 bis 1970), war einem sozialistischen Wirtschaftsmodell gefolgt, Verstaatlichungen inbegriffen. Ein großer Teil des christlichen Bürgertums kehrte dem Land damals den Rücken. Die Kirchen wurden dadurch ihrer Führungseliten beraubt. Anwar as Sadat (1970 bis 1981) und Muhammad Husni Mubarak (1981 bis 2011) haben mit den Islamisten Katz und Maus gespielt, um sie in Schach zu halten, gleichzeitig jedoch die Islamisierung des Landes zugelassen. In Artikel 2 der Verfassung von 1971 wurden die Prinzipien der islamischen Scharia als eine, 1980 als *die* Hauptquelle der Rechtsetzung verankert. Das Verhältnis zwischen Präsidenten und Kirchen war unterdessen ambivalent. General Sisi versucht nun, das Land unter Kontrolle zu halten. Angesichts der Herausforderungen, denen sich Ägypten gegenüber sieht, hoffen die Christen, dass das gelingt.

## VIELE SYRISCHE CHRISTEN FÜR DAS ASSAD-REGIME

Viele syrische Christen wünschen sich ein Überleben des Assad-Regimes und eine Fortsetzung des Lebens, wie es vor 2011 gewesen ist. Das zeigt, wie weit sich die Christen mit den Verhältnissen in Syrien abgefunden hatten. Im Gegenzug für politisches Wohlverhalten gewährten die Assads ihnen Freiheiten und Spielräume, präsentierten den syrischen Staat als säkularen Staat und vermittelten den Eindruck, es gäbe keine Alternative zur herrschenden alawitischen Elite. Regime und Christen verbindet nach wie vor die Angst vor der Dominanz der Sunniten im Land.

Dem Regime kann keine Christenverfolgung angelastet werden. Es hat aber genauso wie die islamistischen Gruppen von Al Qaida bis zum IS dezidiert Christen ins Visier genommen. Unklar bleibt, ob das Regime oder islamistische Gruppen die Verantwortung für das Verschwinden des italienischen Jesuiten Paolo Dall'Oglio sowie die Entführung des syrisch-orthodoxen Bischofs Yohanna Ibrahim und des griechisch-orthodoxen Bischofs Boulos Yaziji tragen. Denn es hat zahllose gewalttätige Übergriffe sowohl des Regimes als auch der Islamisten auf christliche Einrichtungen und Gläubige gegeben: etwa im Zuge des Eroberungsfeldzugs des IS Ende Februar 2015 entlang des Flusses Khabur im Nordosten Syriens, bei dem 35 assyrische Dörfer eingenommen und 220 Familien verschleppt wurden. Rund 1.200 Familien gelang die Flucht. Oder bei der Eroberung der Stadt Qaryatayn nahe Homs im Sommer 2015, die zur Verschleppung von rund 250 Christen nach Raqqa führte, darunter der syrisch-katholische Priester Jacques Mourad. Christen, die von

dort zu fliehen versuchten, wurden ermordet, weil sie gegen den „Dhimmi-Vertrag“ verstoßen hätten, der die Regeln des Lebens der Christen unter dem IS festschreibt. Die überwiegende Mehrheit der Opfer geht aber auf Kriegseinwirkung zurück und ist so dem Assad-Regime anzulasten.

Es gibt Gebiete Syriens, die weitgehend vom Krieg verschont geblieben sind. Andernorts, in Aleppo oder Homs, kehren christliche Binnenflüchtlinge zurück. Viele haben das Land aber verlassen – aus Angst vor dem Krieg, vor den Islamisten oder dem Militärdienst. Von den bis zu 1,6 Millionen Christen, die vor dem Beginn des Konflikts in Syrien gelebt haben sollen, sind heute höchstens 700.000, vielleicht auch nur rund 300.000 geblieben.

Unabhängig davon, wann es eine Friedenslösung für Syrien geben wird, lässt sich heute bereits sagen, dass nichts mehr so sein wird wie vor 2011. Die Alawiten (11 Prozent) werden nicht mehr das Sagen haben. Die Sunniten (rund 75 Prozent) werden Anspruch auf die Macht erheben. Entscheidend für die Christen wird sein, ob moderate, orthodoxe oder gar islamistische Sunniten den Ton angeben werden.

## „KOMMT NICHT ZURÜCK!“

Bis zur Befreiung der Ninive-Ebene von den IS-Schergen im Herbst 2016 hatten die christlichen Flüchtlinge Hoffnung auf Rückkehr. Erste Berichte über das Ausmaß der Zerstörung führten zu Ernüchterung und Verzweiflung. Bis zu 85 Prozent der Gebäude und der Infrastruktur sind zerstört. Der syrisch-katholische Bischof Yohanna Petros Mouche meint, die ausgebrannten Gebäude seien ein deutlicher Hinweis vonseiten der Muslime: „Kommt nicht zurück!“

Mittlerweile glauben viele dennoch wieder an eine Rückkehr. Unterstützung für den Wiederaufbau wird organisiert. Man möchte hoffen, dass die Rückkehrwilligen zurückkehren und dort leben können wie vor dem Eroberungsfeldzug des IS im Sommer 2014 beziehungsweise vor der Invasion 2003. Voraussetzung dafür sind Sicherheitsgarantien. Doch wer soll sie geben? Die Ninive-Ebene gehört zu den Gebieten des Irak, die zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung strittig sind. Die Zentralregierung müsste den Schutz garantieren, tut es aber nicht. Und ob die Kurden dazu berechtigt sind, ist fraglich. Interessierte Kreise nennen die christlichen Milizen als Problemlösung. Sie sind den Herausforderungen jedoch kaum gewachsen.

Bedrohlich für die künftige christliche Präsenz sind vor allem die zahlreichen Konflikte, die sich in der Region abzeichnen und nach der Befreiung von Mossul zum Ausbruch kommen könnten. Spannungen gibt es im Umgang mit anderen religiös-ethnischen Minderheiten im Nordirak, namentlich den Schabak.

Im Konflikt zwischen Bagdad und Erbil um die sogenannten strittigen Gebiete geht es um mehrheitlich von sunnitischen Arabern oder sunnitischen Kurden besiedelte Gebiete, aber auch wirtschaftliche Interessen spielen eine Rolle, zum Beispiel Ölvorkommen. Mit davon betroffen ist die teilweise von Christen besiedelte Ninive-Ebene. Konfliktpotenzial hat auch der Wunsch der Kurden nach Unabhängigkeit. Und schließlich geht es um die Interessen des Iran und der Türkei. Der Iran verfolgt die Absicht, eine Landbrücke zwischen dem Iran und seinen Einflussgebieten in Syrien zu etablieren, was die Türkei zu verhindern versucht. Außerdem verfolgt sie das Ziel, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aus dem Nordirak zu vertreiben, und behauptet, einen historischen Anspruch auf eine (Mit-)Kontrolle der Region Mossul zu haben.

Die Christen sind an diesen Konflikten zwar nicht beteiligt, wären aber auf jeden Fall betroffen. Dazu kommt, dass sie – anders als vor 2003 – für die Herrschenden im Irak keine wichtige innenpolitische Rolle mehr spielen.

## UNBEDEUTEND IM MACHTKALKÜL

Mag sein, dass es Christen im Nahen Osten vorziehen, von Diktatoren regiert zu werden. Wie die Geschichte zeigt, konnten sie aber nur dann geschützt unter ihnen leben, wenn diese auf sie angewiesen waren. Nasser, as-Sadat und Mubarak waren Diktatoren. Ihr Verhältnis zu den Christen war aber ambivalent, denn diese spielten keine Rolle in ihrem Machtkalkül. Unter Abdelfattah Sisi hat sich das geändert. Er braucht Unterstützer im Kampf gegen die Islamisten. Die Christen haben sich gerne angeboten und erwarten dafür Schutz und Sicherheit. Wie lange werden sie noch glauben, dass Sisi ihnen dies bieten kann? Der Pakt mit dem General könnte für die Christen auch ein böses Ende nehmen.

In Syrien haben die Assads – Hafez und Bashar al-Assad –, die der Minderheit der Alawiten (11 Prozent) angehören, ihre Macht auf die Unterstützung anderer Minderheiten, beispielsweise der Christen (10 Prozent), gestützt – vorteilhaft für beide Seiten. Soll es Frieden in Syrien geben, ist eine solche Konstellation aber kein Modell mehr.

Der frühere Machthaber im Irak, der Diktator Saddam Hussein – ein Sunnit – konnte seine Macht nicht alleine auf die arabischen Sunniten (17 Prozent) stützen und hat die Christen (8,5 bis 10 Prozent) zur Absicherung seines Machterhalts eingebunden. Von Vorteil für beide Seiten! Nun haben die Schiiten (58 bis 63 Prozent) das Sagen, die Christen aber werden aus machtpolitischen Erwägungen nicht mehr gebraucht.

Ist es für Christen von Vorteil, von Diktatoren regiert zu werden? Das hängt von den Umständen ab! Sieht man von Ägypten ab, werden sie in Zukunft ohne die Diktatoren überleben müssen.

# Angefeindet

Ein Erfahrungsbericht über Christen im Heiligen Land

## P. NIKODEMUS SCHNABEL OSB

Geboren 1978 in Stuttgart, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prior-Administrator der Dormitio-Abtei und Direktor des Jerusalemer Instituts der Görres-Gesellschaft (JIGG).

Am 18. Juni 2015 wurde von jüdischen Rechtsextremisten ein verheerender Brandanschlag auf unser Priorat Tabgha am See Genzareth verübt, zwei Menschen mussten mit Rauchvergiftung ins Krankenhaus: ein älterer Mitbruder und eine junge Volon-

tärin. Der Sachschaden betrug über 1,3 Millionen Euro. Leider war und ist dies nicht der erste Brandanschlag auf eine Kirche oder ein Kloster in Israel, nur ein Jahr zuvor hat es unsere Abtei in Jerusalem getroffen. Ganz zu schweigen von den fast schon zur Gewohnheit gewordenen Spuck- und Verbalattacken von national-religiösen jüdischen Splittergruppen gegenüber Mönchen und Nonnen in der Jerusalemer Altstadt.

Tagtäglich flimmern in Jerusalem Enthauptungs- und Zerstörungsvideos des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS), der hier nur „Da'esh“ genannt wird, über die Fernsehschirme – unzensuriert. Wegen dieser Videos sind Albträume von Kindern ein Problem, mit dem wohl schon jeder Seelsorger im Land konfrontiert wurde.

Immer mehr fühlen sich die nur noch knapp zwei Prozent ausmachenden Christen im Heiligen Land wie zwischen zwei großen Mühlsteinen sitzend: Auf der einen Seite sind es die jüdischen Israelis, für die sie als Christen oft genauso „Araber“ sind wie die Muslime – und auf der anderen Seite die Muslime, von denen sich die Christen häufig ebenfalls als „fünfte Kolonne des Westens“ kritisch beäugt fühlen. Dass die überwältigende Mehrzahl der Juden und Muslime an einem friedlichen Zusammenleben interessiert ist und sich ein Heiliges Land ohne Christen nicht vorstellen kann, gerät dabei leicht aus dem Blick. Auf einmal stehen in den Augen mancher Christen die paar Brandstifter von Tabgha für alle Juden und die kleine Gruppe der IS-Sympathisanten für alle Muslime.

Diese doppelte Skepsis gegenüber den beiden Mehrheitsreligionen im Land führt bei der überwältigenden Mehrheit der Christen zu einer Selbstghettoisierung: Man zieht sich zurück in geschlossene Wohngebiete, Straßen und Dörfer. Die Christen verschwinden aus der Fläche und konzentrieren sich zunehmend in „Sakrotopen“, wo jeder Nachbar Christ ist, die Kirche und das Pfarrzentrum fußläufig liegen und wo man möglichst keinen Juden und Muslimen begegnen muss. Kritische Distanz zu Juden und Muslimen, das ist es, was viele christliche Eltern ihren Kindern in der Erziehung vermitteln.

## „SAUERTEIG“ FÜR DIE GESELLSCHAFT

Zum Wesen des Christentums gehört aber wesentlich, missionarisch, „Sauer-teig“ zu sein! Das heißt nicht, dass die Christen anfangen sollen, Juden und Muslime zu bekehren, aber sie sollten sich nicht verstecken, zumal sie oft zur Bildungselite in den Palästinensischen Gebieten und in Israel gehören! Das ist einer der Gründe, warum ich immer im Mönchshabit vor die Tür gehe, um den Christen Mut zu machen, sich nicht zurückzuziehen, sondern sich mutig zu zeigen.

Enorm hilfreich sind hierbei die christlichen Bildungseinrichtungen, welche allen Menschen, gleich welcher Religion, offen stehen; an ihnen wird nicht nur eine hervorragende Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet, sondern sie sind im besten Sinne „Sauer-teig“ für die israelische und palästinensische Gesellschaft und ermöglichen, dass Christen keine unbekanntenen Wesen sind, sondern vielleicht Studienkollegen an der Universität oder Freunde aus der Schule. Zwischenmenschliche Begegnungen sind mit Abstand das effektivste Gegengift gegen Schubladendenken. Dies erklärt wohl, warum fast alle christlichen Kirchen im Heiligen Land beachtliche personelle und finanzielle Ressourcen für ihre Bildungseinrichtungen aufwenden.

Hilfreich für die weniger werdenden arabischsprachigen Christen wäre das stärkere Wahrnehmen ihrer mehr werdenden hebräischsprachigen Glaubensgeschwister, aber das geschieht leider noch viel zu wenig. Mit diesen

hebräischsprachigen Christen sind übrigens keine zum Christentum konvertierten Juden gemeint – diese gibt es zwar, sie stellen mit unter 1.000 Christen jedoch eine eher marginale Größe dar. Hiermit sind einerseits die täglich von Abschiebung bedrohten christlichen Flüchtlinge aus Äthiopien, aus Eritrea, aus Somalia und aus dem Südsudan gemeint und andererseits die christlichen Gastarbeiterinnen aus den Philippinen, Indien und Sri Lanka, die nicht selten bis hin zur Illegalität in der Kinderbetreuung und Altenpflege arbeiten. Deren Kinder wachsen mit der Muttersprache Hebräisch und als Christen in einem mehrheitlich jüdischen Umfeld auf, während die alteingesessenen palästinensischen Christen meist mit einer muslimischen Mehrheitsgesellschaft konfrontiert sind. Mittlerweile kommen auf drei arabischsprachige Christen in Israel und Palästina, insgesamt rund 150.000, zwei hebräischsprachige Christen, zusammen etwa 100.000; die Tendenz geht in Richtung eines baldigen Gleichstands!

Der transnationale Charakter der kirchlichen Strukturen in dieser Region birgt jedoch einen Schatz, der meines Erachtens noch gar nicht richtig gehoben wurde. Nimmt man etwa die Römisch-Katholische Erzdiözese von Jerusalem, welche den klangvollen Namen „Lateinisches Patriarchat“ trägt, stellt man fest, dass sie folgende Gebiete umfasst: Israel, die Palästinensischen Autonomiegebiete, das Königreich Jordanien und Zypern. Damit gehören Gläubige unterschiedlichster Prägung zur Diözese des Bischofs von Jerusalem: griechischsprachige EU-Bürger auf Zypern, christliche Palästinenser im Gaza-Streifen, in Israel und in der Westbank, Angehörige christlicher Beduinens-tämme und Flüchtlinge aus dem Irak und aus Syrien in Jordanien, Arbeitsmigrantinnen aus den Philippinen in Israel und auch deutsche Benediktiner-mönche und Tausende andere Ordensleute aus aller Welt, die an den Heiligen Stätten ihren Dienst tun.

In einem Teil dieser Erde, wo die „Mauern“ wachsen, vereint die Kirche Gläubige verschiedener Ethnien, Sprachen, Schichten und Lebenskontexte zu einer Gemeinschaft. Niemand ist so konsequent transnational aufgestellt wie die Kirchen. Letztlich geht es darum, dass die Kirchen noch glaubwürdiger leben, was sie verkündigen, nämlich dass man durch die Taufe Christ wird und nicht durch Abstammung, und dass es diese Taufe ist, die sie alle zu gleichwertigen Gliedern ein und derselben Kirche macht. Das Entdecken und Wahrnehmen der Ängste, Probleme und Sehnsüchte der so unterschiedlich herausgeforderten christlichen Bevölkerungsgruppen im Heiligen Land kann vieles positiv in Bewegung setzen und den Christen wieder neue Kraft und Mut schenken, an ihren jeweiligen Orten auf je unterschiedliche Weise „Sauer-teig“ zu sein – sei es in Tel Aviv, Gaza, Bethlehem, Eilat oder Jerusalem!

### Literaturtipp:

P. Nikodemus Schnabel OSB: Zuhause im Niemandsland. Mein Leben im Kloster zwischen Israel und Palästina, München 2015.

# Internationale Parteien- zusammenarbeit

Ein Lagebild aus christlich-demokratischer Perspektive

## FRANK PRIESS

Geboren 1957 in Wolfsburg, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Parteien sind in vielen Ländern nicht gerade populär. Gleichwohl sind sie unentbehrlich, wenn es um die Repräsentation des Volkswillens, die Bündelung von Interessen und die Rekrutierung

politischen Personals geht. Dies nimmt man besonders dann wahr, wenn in Umbruchzeiten die Zivilgesellschaft versucht, sich zu organisieren, und feststellen muss, dass Nicht-Regierungsorganisationen kein angemessener Ersatz für Parteien sein können. Parteienzusammenarbeit und Parteienförderung verdienen es daher ganz besonders, eine wichtige Rolle in internationalen Kooperationen einzunehmen, sei es im Rahmen deutscher Entwicklungszusammenarbeit oder europäischer Bemühungen zur Demokratieförderung in der Nachbarschaft. Hinzu kommt, dass sich Parteien von gleich zu gleich in internationalen Parteienfamilien organisieren, bei denen speziell die organisationsstärkeren und besser finanzierten Parteien den anderen „Familienmitgliedern“ solidarisch unter die Arme greifen. In einer Zeit globalisierter Vernetzung und angesichts der Tatsache, dass sich die wirklich wichtigen Fragen heute kaum noch national lösen lassen, lohnt sich für jede Partei die Frage, mit wem man international gemeinsam agieren kann, wo Freunde und Verbündete zu finden sind.

Denkt man an die christlich-demokratische Parteienfamilie, spielen zwei Kontinente eine zentrale Rolle: Europa und Lateinamerika. In Afrika und Asien gibt es für diese parteipolitischen Traditionen hingegen kaum nennenswerte Beispiele, wohl aber Parteien, mit denen eine hinreichende gemeinsame Wertebasis für dauerhafte Kooperationen besteht. Es ist daher kein Zufall, dass die Anfänge der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile und Lateinamerika liegen, wo die Existenz christlich-demokratischer Partner im Parteien- und Gewerkschaftsspektrum natürliche Anknüpfungspunkte bot.

In Europa spielt die Europäische Volkspartei (EVP) für die Kooperation – und als zentrales Mitglied des internationalen Dachverbandes IDC (*Internationale démocrate-chrétienne*) – eine tragende Rolle, allerdings nicht nur für christlich-demokratische Parteien. Konservative und liberale Wurzeln, die neben den christlich-sozialen auch für die CDU konstitutiv sind, sowie die Notwendigkeit, im Europäischen Parlament Mehrheiten zu finden, um die europäische Entwicklung wesentlich mitgestalten zu können, führten im Laufe der Zeit zu einer vergleichsweise breiten Aufstellung – nicht immer zur Freude derer, die sich als die authentischen Bannerträger der Christdemokratie verstehen. Erschwert wird alles dann, wenn verschiedene Mitgliedsparteien der EVP im gleichen Land miteinander konkurrieren und sich auch schon einmal sowohl in der Regierung als auch in der Opposition wiederfinden – eine echte Herausforderung für die Parteienzusammenarbeit.

## KOOPERATION UND SOLIDARISCHE HILFE

Diese Entwicklung – sie findet sich auch in Lateinamerika, zum Teil sogar in der Umbenennung von C-Parteien in *Partidos Populares*, nach spanischem Vorbild – spiegelt sich mittlerweile in der Namensgebung des Weltverbandes CDI-IDC (*Centrist Democrat International – Internationale démocrate-chrétienne*), bei der das „C“ je nach Geschmack als „Christian“ oder als „Centrist“ diese demokratische Internationale beschreiben kann. Noch breiter wird das Spektrum durch die *International Democratic Union* (IDU), die Doppelmitgliedschaften zur CDI kennt – wie im Falle der CDU – und diese mit eher konservativen Parteien aus dem angelsächsischen Spektrum verbindet.

Gemeinsam ist den Dachverbänden, dass sie in aller Regel nur so stark sind wie ihre Mitglieder, insbesondere die wichtigsten unter ihnen. Parteienverbände können nicht quasi von oben die Probleme lösen, die Mitgliedsparteien intern und zu Hause lösen müssen, um politisch stark und wettbewerbsfähig zu sein, zu bleiben oder zu werden. Sie können dennoch erheblichen Mehrwert für ihre Mitglieder produzieren: durch Kooperation und solidarische Hilfe, durch öffentliche Sichtbarkeit und „Imagetransfer“ auf einer internationalen Bühne, durch gegenseitige Wahlbeobachtungen, durch programmatischen Austausch, durch ein konkretes Serviceangebot.

Nicht zuletzt kleinere Parteien oder solche in besonderer Bedrängnis profitieren vom Verbund mit starken Partnern. Leichter wird der Zusammenhalt, wenn an gemeinsamen politischen Projekten gearbeitet wird und es sogar darum geht, im Verbund Mehrheiten etwa in regionalen Parlamenten zu bilden und eigene Vorstellungen gegen widerstreitende Interessen durchzusetzen, nicht zuletzt in Sachen Personalpolitik: Hier ist der Kitt, der die EVP zusammenhält, deutlich fester als in Lateinamerika, das über relevante gemeinsame Institutionen kaum verfügt.

## DEKLARATION VON MONTEVIDEO

Die Geschichte der *Organización Demócrata Cristiana de América* (ODCA) – Regionalverband der CDI in Lateinamerika – bietet für diese Aussagen seit ihrer Gründung im Jahr 1947 in Montevideo (Uruguay) zahlreiche Beispiele. Ihre Entwicklung und die ihrer Mitglieder sind seitdem aufs Engste mit den politischen „Megatrends“ in Lateinamerika verbunden. Von politischen Konjunkturen wurde die ODCA ebenso erfasst wie vom Auf und Ab nationaler Wahlerfolge, vom Auf- und Einstieg neuer Mitgliedern, aber auch vom Niedergang anderer, inklusive Gründungsmitgliedern. Eng verbunden ist die Entwicklung natürlich auch mit der Rolle wichtiger Führungspersönlichkeiten. Auch hier gleichen sich dann wieder Lateinamerika und Europa.

In der *Deklaration von Montevideo* – inspiriert von der Idee eines lateinamerikanischen Weges zwischen dem Individualkapitalismus der USA und dem Staatskapitalismus der Sowjetunion – verpflichtete man sich auf die Promotion einer „wirklichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Demokratie“ auf der Basis des christlichen Humanismus. Von einem „dritten Zentrum wirtschaftlicher Macht“ war die Rede. Der Kampf gegen die Gefahr totalitärer Regime stand Pate – Kommunismus, Neofaschismus und Kapitalismus sah man als Gefahren, denen eigene Konzepte entgegengestellt werden mussten, im Falle des Kapitalismus etwa in Form eines „christlichen Wirtschaftshumanismus“.

Gerade für Christdemokraten stellt sich weltweit immer wieder die Frage, wie sich wirtschaftliche Effizienz mit sozialem Ausgleich verbinden lässt, welche Rolle heute ein moderner Staat spielen muss, was einer staatlichen Regelung bedarf und was nicht. Globalisierung ist längst kein Selbstläufer mehr und nackte Wirtschaftszahlen auf der Makroebene reichen nicht mehr aus, um als erfolgreiche Bilanz Wähler zu mobilisieren. Fragen, die man sich in der Gründerzeit der genannten Parteien und Dachverbände noch wenig stellte, spielen heute in der Programmatik eine wichtige Rolle. Wie gehen wir mit der Schöpfung um, wie wirtschaften wir nachhaltig, darauf erwarten die Menschen heute Antworten.

## POLITISCHE BILDUNG ERÖFFNET ZUGÄNGE

Ihr traditioneller Platz in der Mitte machte die Christdemokraten in der Vergangenheit an den politischen Rändern nicht beliebter. Alleinstellungsmerkmale sind seltener geworden und gerade für Volksparteien ist es nicht einfach, ein unverwechselbares Profil anzubieten, zumal, wenn sie in Koalitionsregierungen Kompromisse schließen müssen. Dies ist in den parlamentarischen Systemen Europas noch öfter der Fall als in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas. Die Soziale Marktwirtschaft allerdings ist etwas, an dem sich gerade heute Identität weiter gut festmachen lässt, stellt sie doch den Menschen als soziales Wesen in den Mittelpunkt, jenseits sozialistischer Gleichmacherei einerseits und schrankenlosem Individualismus andererseits. Ebenso charakterisiert der kompromisslose Einsatz für Menschenrechte überall christlich-demokratische Politik. Zwar sind traditionelle Konfliktlinien durch das Ende des Kalten Krieges weggefallen, ein Ende von Systemkonkurrenzen aber hat sich daraus nicht ergeben, wie wir inzwischen wissen. Programmatische Selbstvergewisserung ist damit keineswegs überholt.

Mit den gesellschaftlichen und strukturellen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte kamen manche christlich-demokratischen Parteien besser zurecht als andere. Einige von ihnen – das prominenteste Beispiel in Europa dürften die italienischen Christdemokraten sein, in Lateinamerika ist es Venezuelas *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (Unabhängiges politisches Wahlorganisationskomitee, COPEI) – sind bis auf Restbestände gänzlich von der Bühne verschwunden. Anlass also, immer wieder zu überprüfen, was dauerhaft erfolgreiche Parteien von den anderen unterscheidet. Ein Erfolgsgeheimnis liegt in der Anpassung eigener Strukturen und Programme an die Bedürfnisse der Zeit, was nicht mit „Zeitgeistigkeit“ zu verwechseln ist. Solide Strukturen, ein hoher Grad von Institutionalisierung, ein enges Geflecht von Beziehungen in den sogenannten vopolitischen Raum helfen, auch ungünstige politische Konjunkturen zu überstehen. Die althergebrachte Stabilität treuer Stammwählerschaften nennenswerten Ausmaßes ist vorbei, Mehrheiten müssen von Wahl zu Wahl neu errungen werden.

Zeitlos aktuell und wichtig bleibt die Rolle einer kontinuierlichen politischen Bildung für die Parteimitglieder und das Umfeld der Parteien, meist organisiert über parteieigene oder parteinahe Bildungsinstitute und Stiftungen, die für Nachwuchsrekrutierung und -förderung, aber auch für die programmatische Weiterentwicklung oft eine zentrale Rolle spielten. Politische Bildung eröffnete seit jeher Zugänge zu jungen Menschen, zu wichtigen Multiplikatoren, aber auch zu breiteren Bevölkerungsschichten, die für direktes politisches Engagement gewonnen werden können. Viele Führungskräfte christlich-demokratischer Parteien erhielten hier eine wichtige Prägung. Der Niedergang mancher Bildungsinstitute lief zu dem der korrespondierenden Parteien nicht selten parallel.

# Schmerzhaftes Erfahrungen und Umdenken

Konsequenzen aus dem Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche

## P. KLAUS MERTES SJ

Geboren 1954 in Bonn, von 2000 bis 2011 Rektor des Canisius-Kollegs Berlin, seit September 2011 Direktor des Jesuitengymnasiums Kolleg Sankt Blasien in Baden-Württemberg.

Sexueller Missbrauch, das heißt: Sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen, ist ein gesellschaftliches Phänomen. Es wird von diversen Mythen überlagert, die der Öffentlichkeit den Blick auf den spezifischen Charakter dieses Verbrechens

verstellen. Insbesondere der Mythos vom „fremden Täter“, also von dem Vergewaltiger, der sich von außen kommend auf sein Opfer stürzt, führt in die Irre. Sexualisierter Missbrauch findet im Innenraum einer Vertrauensbeziehung statt. Es ist der Vater, die Mutter, der Vertrauenslehrer, der Seelsorger. Sie missbrauchen das geschenkte Vertrauen zum Zwecke der sexualisierten Machtausübung. Genau das macht es so schwierig und komplex, das Verbrechen als solches zu sehen und adäquat darauf zu reagieren.

Ich beginne mit den Abwehrreaktionen: Innerkirchlich verliefen sie zunächst nach den üblichen Schemata. Vor allem das falsche, das „sekundäre“ Opfergefühl in der Kirche: Kirche als Opfer der Aufklärung. Langsam setzte sich aber die Erkenntnis durch, dass es keine Aufklärung von Missbrauch in Institutionen ohne den Preis der Stigmatisierung der Institution gibt. Erst die Annahme dieses Preises ermöglicht langfristig die Überwindung der Stigmatisierung.

Diesen Preis haben auch viele Katholikinnen und Katholiken in den letzten Jahren bereitwillig gezahlt. Die übergroße Mehrheit der Katholiken bejaht die Prozesse der Aufarbeitung von Missbrauch in der katholischen Kirche und hofft, dass sie weiter vorangehen. Die Moralthologie, die in den letzten zwanzig Jahren zum Thema Sexualmoral verstummt war, hat wieder zu sprechen begonnen. Der Versuchung zu aktiver Verleugnung widerstanden einige kirchlich Verantwortliche anfangs nicht – entweder weil sie nicht aus der Image-Perspektive herauskamen oder indem sie tatsächlich aktiv die Unwahrheit sagten. Das wiederum führte zu starken Einbrüchen von Vertrauen auch innerhalb der katholischen Kirche. In anderen Fällen fanden kirchliche Obere allerdings auch die Kraft, aus der Image-Perspektive und aus der Verleugnung auszusteigen, wiederum zum Preis von Konflikten.

## SCHLÜSSELPROBLEM DER AUFKLÄRUNGSARBEIT

Inzwischen liegen der Öffentlichkeit zahlreiche Aufklärungsberichte aus dem kirchlichen Bereich vor, die von unabhängigen Beauftragten erstellt wurden. Der Auswertungsbericht über die Hotline der katholischen Kirche eröffnet ebenfalls einen ersten tiefen Einblick in die Dimensionen des Missbrauchs, und ähnlich auch der Bericht, den die Münchner Diözese 2010 in Auftrag gab. Als ein Schlüsselproblem der Aufklärungsarbeit entpuppte sich die Frage nach der Veröffentlichung: Wer entscheidet über die Veröffentlichung? Wer trägt gegebenenfalls die Verantwortung für die Veröffentlichung? Dabei ging es in vielen Fällen nicht nur um den Schutz der Persönlichkeitsrechte von (mutmaßlichen) Tätern, sondern auch um die Persönlichkeitsrechte von Opfern, die trotz der Anonymisierung ihre Wiedererkennung in den Berichten fürchteten.

Dass die von der Deutschen Bischofskonferenz geplante Pfeiffer-Studie scheiterte, lag – neben einigen Schwächen des Konzeptes – zu einem nicht geringen Maß daran, dass die Fragen der Aktenzugänglichkeit vorher nicht ausreichend geklärt waren. Trotz des Scheiterns wurde die wissenschaftliche Aufarbeitung von kirchlicher Seite her weiter vorangetrieben. Die Bemühungen mündeten in einem neuen Projekt im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. Ein Bericht wird für den Herbst 2017 erwartet.

Der schwierigste Punkt der Aufklärung ist und bleibt der „systemische Aspekt“ des Missbrauchs – Missbrauchstat und Blindheit/Vertuschung

durch die Verantwortlichen. Wenn die systemisch relevanten Aspekte, die den katholischen „Geschmack“ des Missbrauchs in seinen beiden Dimensionen ausmachen (Sakralisierung von Autorität, männerbündische Struktur des Klerus, informelle Machtstrukturen, Doppelmoral, übermäßiger Schuld- druck in der kirchlichen Sexualmoral) zur Sprache kommen, rührt Aufklärung an das Selbstverständnis der Institution selbst.

## SÄULEN DER „AUFARBEITUNG“

Aufklärung, Genugtuung, Prävention sind die drei Säulen der „Aufarbeitung“. Schon die Aufklärung selbst ist ein Akt der Genugtuung für die Betroffenen. Für die kirchliche Aufklärungsarbeit war der Paradigmenwechsel von 2010 ausschlaggebend, den Geschichten von Opfern mit der Bereitschaft entgegenzutreten, ihnen zu glauben. Damit war und ist die Aufklärungsarbeit nicht mehr bloß an die Justiz delegiert, zumal die Verjährungsfrist häufig dazu führen würde, dass die Gerichte erst gar nicht anfangen, zu arbeiten. Es kommt hinzu, dass viele Übergriffigkeiten und Grenzverletzungen – isoliert und ohne Rücksicht auf die gravierenden biographischen Folgen gesehen – von den Gerichten nicht als Straftaten eingeschätzt würden, solange nicht Penetration und/oder Vergewaltigung vorliegt.

Die Frage nach der Genugtuung bringt das Verhältnis von Institution und Betroffenen auf die Tagesordnung. Es geht um Gerechtigkeit gegenüber den Opfern. Vor diesem Hintergrund bewegte sich die katholische Kirche auch bei den finanziellen Entschädigungsforderungen der Betroffenen. Der Jesuitenorden reagierte zunächst mit dem Angebot der pauschalen Anerkennungszahlungen in Höhe von 5.000 Euro. Die Deutsche Bischofskonferenz zog mit Anerkennungszahlungen „bis zu“ 5.000 Euro nach. Eine eigene Lösung fand das Kloster Ettal im Dialog mit „seinen“ Opfervertretern. Darüber hinaus leisteten und leisten die Diözesen und Orden Hilfszahlungen (zum Beispiel Erstattung der Therapiekosten) an Betroffene – freiwillig und „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“.

„Genugtuung“ ist allerdings nicht auf Geld zu reduzieren. Entscheidend ist insgesamt die Übernahme von Verantwortung mit den entsprechenden Konsequenzen, die von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein können, da Betroffene auch ganz unterschiedliche Erwartungen haben. Was die Öffentlichkeit betrifft: Zu den Erfahrungen, die mich in den letzten Jahren besonders nachdenklich gemacht haben, gehört die ständige Einladung an kirchlich Verantwortliche in den Medien, sich von der Institution zu distanzieren: „Warum treten Sie nicht aus?“ Aber gerade das wäre die Flucht vor der Verantwortung. Die Übernahme von Verantwortung für die Institution gegenüber den Opfern setzt die Identifikation mit der Institution voraus.

Die Deutsche Bischofskonferenz hatte ihrerseits bereits 2002 nach vatikanischen Vorgaben unter dem Eindruck der Nachrichten aus den USA und Irland „Leitlinien“ für den Umgang mit sexuellem Missbrauch durch Kleriker und Ordensleute verabschiedet. 2010 und 2013 wurden die Leitlinien überarbeitet und aufgrund neuer Erkenntnisse präzisiert und ergänzt.

## „KULTUR DES ACHTSAMEN MITEINANDERS“

Zugleich begannen die Arbeiten an einer „Rahmenordnung Prävention gegen sexualisierte Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“, die am 23. September 2010 von der Deutschen Bischofskonferenz verabschiedet und ebenfalls 2013 überarbeitet wurde. Verlangt wird darin, dass alle Träger ein institutionelles Schutzkonzept erarbeiten müssen und es in allen Diözesen Koordinationsstellen für die Präventionsarbeit geben soll. Das Vorgehen muss transparent und partizipativ erfolgen, eine „neue Kultur des achtsamen Miteinanders“ wird als Ziel gesetzt. Mittlerweile gibt es in allen Diözesen und in vielen Orden „Präventionsbeauftragte“. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kirchlichen Schulen, Gemeinden und Verbänden haben sich für die Präventionsfragestellungen geöffnet; Opferschutzorganisationen berichten, dass sie etwa in kirchlichen Schulen offene Türen finden, wenn sie mit einem konkreten Kinderschutzanliegen anklopfen – was andernorts keineswegs selbstverständlich ist.

Im kirchlichen Bereich richtet sich der Blick neuerdings auch stärker auf den „geistlichen Missbrauch“. Die Aufdeckung von sexuellem Missbrauch 2010 ging einher mit der Enttarnung von geistlichem Missbrauch in kirchlichen Gruppen – der bekannteste Fall ist der Gründer der Legionäre Christi. Geistlicher Missbrauch liegt vor, wenn geistliche Autoritäten für sich im Namen der Kirche oder im Namen Gottes absolute Autorität beanspruchen, sich durch angepasstes Wohlverhalten nach oben in der Hierarchie absichern und ihre Macht nach unten hin missbrauchen, indem sie absolute Unterordnung verlangen und diese auch durchsetzen. Sexueller Missbrauch hat immer auch symptomatischen Charakter.

Zu Recht hat man von der „besonderen Fallhöhe“ des sexuellen Missbrauchs in der Kirche gesprochen. Das Thema fordert die Kirche in ihrem innersten Kern heraus. Das hat auch eine gute Seite. Denn es besteht deswegen auch Grund zur Hoffnung, dass die Aufklärung weitergeht, in die Länder und Kulturen hinein, in denen dieser Themenbereich noch vollkommen tabuisiert ist. Die katholische Kirche als Weltkirche könnte einen entscheidenden Beitrag zu einer kulturübergreifenden Humanisierung gegen sexualisierte Gewalt leisten – und dies nicht aus der Haltung der moralischen Besserwisserei heraus, sondern aufgrund eigener, schmerzhafter Erfahrungen, die ein Umdenken zwingend machten und machen.

# Fokus Geschichts- unterricht

Neue Erkenntnisse zum zeitgeschichtlichen Wissen an den Schulen

Zeitgeschichtliches Wissen ist wichtig. Wir sollten in der Lage sein, die Leistungen von Persönlichkeiten in der Politik richtig einzuschätzen, Deutschlands wirtschaftliche Stärke zu beurteilen, die Führungskräfte von Populisten zu entlarven und Demokratien von Diktaturen zu unterscheiden.

Zeitgeschichtliches Wissen ist wichtig, um sich in der heutigen Gesellschaft zu orientieren und um ihre künftige Entwicklung mitzugestalten. Es ist wichtig, um die freiheitsgewährende Demokratie und unseren freiheitlichen Lebensstil zu sichern und zu erhalten. Ohne zeitgeschichtliches Wissen ist gesellschaftliche,

politische und kulturelle Teilhabe nicht möglich. Unsere Selbstwahrnehmung als aufgeklärte, wohlinformierte und verantwortlich handelnde Mitglieder der Gesellschaft ist eine Selbsttäuschung, wenn wir nichts über unsere jüngste Vergangenheit wissen.

Ist damit alles gesagt? Nein! Zwischen unserem Anspruch und der Bildungswirklichkeit, zwischen der grundsätzlichen Wertschätzung zeitgeschichtlichen Wissens und den tatsächlichen Kompetenzen, klafft eine beunruhigend große Lücke. Besonders junge Menschen wissen oft wenig über Politik, Gesellschaft und historische Entwicklungslinien. Sachverhalte vor

ihrem geschichtlichen Hintergrund zu erfassen, fällt ihnen schwer. Entsprechend groß ist die Gefahr, Populisten und Extremisten auf den Leim zu gehen. Der wehrhaften Demokratie droht, ihre kompetenten und engagierten Verteidiger zu verlieren.

Zeitgeschichtliche Bildung ist Aufgabe in Schulen und Elternhäusern. Die politische Bildung und alle Institutionen der Gesellschaft müssen sie sich auf die Fahnen schreiben. Sonst verkürzt sich der in Mode gekommene Begriff der „Wissensgesellschaft“ auf Fertigkeiten, die der

„Arbeitsmarktfähigkeit“ dienen. Sie sind wichtig, unbestritten. Es braucht aber auch ein Wissen, das zur „Demokratiefähigkeit“ beiträgt. Daher hat die Konrad-Adenauer-Stiftung drei Studien beauftragt, die ihren Fokus auf das zeitgeschichtliche Wissen richten. Ihre Ergebnisse werden im Folgenden kurz zusammengefasst.

## Norbert Arnold

Geboren 1958 in Ellar, Leiter Team Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

## KRITISCHES GESCHICHTSBEWUSSTSEIN GEGEN POPULISMUS

Populismus zeichnet sich durch einen paradoxen Umgang mit der Wirklichkeit aus: Die liberalen Medien der Produktion von *fake news* zu bezichtigen und sich zugleich auf „alternative Fakten“ zu beziehen, ist eine Machttechnik, die das methodische Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft herausfordert. Anders als die Literatur- und Kunstwissenschaften, die vorwiegend fiktionale Texte und Artefakte erforschen, geht die Geschichtswissenschaft im Kern der Frage nach, „wie es eigentlich gewesen“ ist (Leopold von Ranke). Das Ethos, Wirklichkeit genau zu rekonstruieren, und das Wissen um die immer nur annäherungsweise Möglichkeit, dies zu tun, gehören zum Kern des

Selbstverständnisses der Geschichtswissenschaft. Damit vermittelt Geschichtswissenschaft eine Disposition, die für die Demokratie gerade in Zeiten des Populismus wichtig ist.

Die besondere Aktualität, die die Geschichtswissenschaft im Zeichen der Herausforderung durch populistische Bewegungen erlangt hat, hängt mit ihrer Fähigkeit zusammen, Wirklichkeit in ihrer ganzen Komplexität zu vermitteln. Dazu gehört das Verständnis der Differenz zwischen der Idee der Volksherrschaft und dem Postulat ihrer Verrechtlichung. Zum Grundverständnis der liberalen Demokratie gehört es, dass nicht jeder Mehrheitsentscheid legitim ist, sondern nur

demokratische Entscheidungen, die mit der Achtung von Menschenrechten vereinbar sind.

Die populistischen Feinde der pluralistischen und freien Gesellschaft wollen ein ruhmreiches und makelloses nationales Geschichtsbild durchsetzen, das frei ist von Ambivalenzen, Brüchen und historischer Schuld. So wenig populistische Ideologen eine komplexe Wirklichkeit zulassen wollen, so sehr forcieren sie ein einfaches mythisches Narrativ der eigenen Volksgeschichte. Dabei steht ein kruder volkspädagogischer Gedanke im Hintergrund: die Vorstellung, dass das eigene Volk durch ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Konkurrenz mit anderen Völkern geschwächt werden könne.

In Deutschland ist es in einer langen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocausts weitgehend gelungen, eine Erinnerungskultur zu schaffen, die auch Brüche in der eigenen Nationalgeschichte und das Bewusstsein von Schuld umfasst. Das Bewusstsein der gebrochenen Nationalgeschichte wird heute in Deutschland

nicht nur weithin akzeptiert, es gehört auch zum Selbstverständnis der Nation.

Der Kampf zwischen autoritärem Populismus und liberaler Demokratie, der zurzeit in vielen Ländern Europas und weltweit stattfindet, wird um Geschichte und Geschichtsbewusstsein geführt. Kritische Geschichtswissenschaft und ein kritisches Geschichtsbewusstsein müssen die politischen Akteure des Populismus am meisten fürchten: Die im Schulunterricht und an der Universität erworbene Fähigkeit, nach methodischen Regeln Wirklichkeit zu rekonstruieren, ist der beste Schutz gegen die radikalen Vereinfachungen des neuen Populismus.

**Martin Schulze Wessel**

Geboren 1962 in Münster, Sprecher der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien, Ludwig-Maximilians-Universität München.

**Studie des Autors:** *Der Angriff des Populismus auf die Geschichte* ([www.kas.de/wf/doc/kas\\_49363-544-1-30.pdf?170629093908](http://www.kas.de/wf/doc/kas_49363-544-1-30.pdf?170629093908))

**DIKTATUR ODER DEMOKRATIE? DEFIZITE IM ZEITGESCHICHTLICHEN WISSEN**

Mehrere Studien des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin ermittelten in den vergangenen Jahren zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen – mit ebenso ernüchternden wie erschreckenden Ergebnissen.

Die erste quantitative und qualitative Untersuchung befasste sich mit dem Bild der DDR bei Schülern in Ost- und Westdeutschland. Die Schüler wussten nur wenig über das geteilte Deutschland und die DDR. Insbesondere viele ostdeutsche

Jugendliche hatten ein positives Bild von der untergegangenen sozialistischen DDR und lobten mehrheitlich die sozialen Seiten des SED-Staates. Gleichzeitig neigten viele zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte. Etwa ein Drittel der westdeutschen und gut die Hälfte der ostdeutschen Schüler hielten die DDR nicht für eine Diktatur. Westdeutsche Schüler erkannten hingegen mehrheitlich den Diktaturcharakter.

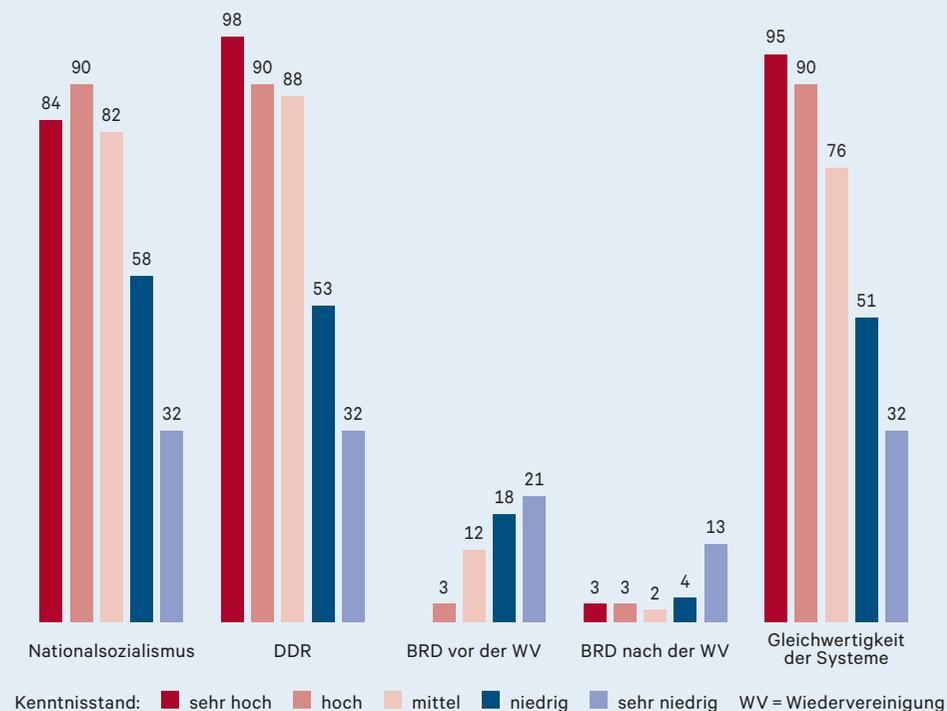
Die Beurteilung der DDR erfolgte weitgehend assoziativ, wobei das Bild ostdeutscher Schüler stärker von Familiengesprächen, das westdeutsche deutlicher vom Schulunterricht beeinflusst war. Das

DDR-Bild der Schüler korrespondierte stark mit ihrem Kenntnisstand: Je mehr sie über den SED-Staat wussten, desto kritischer fiel ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp.

Eine zweite Studie fragte Kenntnisse und Urteile nicht nur zur DDR, sondern auch zum nationalsozialistischen Deutschland, zur alten Bundesrepublik und zum wiedervereinigten Deutschland ab. Die Jugendlichen hatten zudem die Möglichkeit einer vergleichenden Betrachtung und Einordnung der vier Systeme.

Das zentrale Ergebnis dieser Studie bestätigte den direkten Zusammenhang

Zusammenhang von systembezogenem Wissen und Systembewertungen (jeweilige Anteile von durchgängig negativen Bewertungen in %)



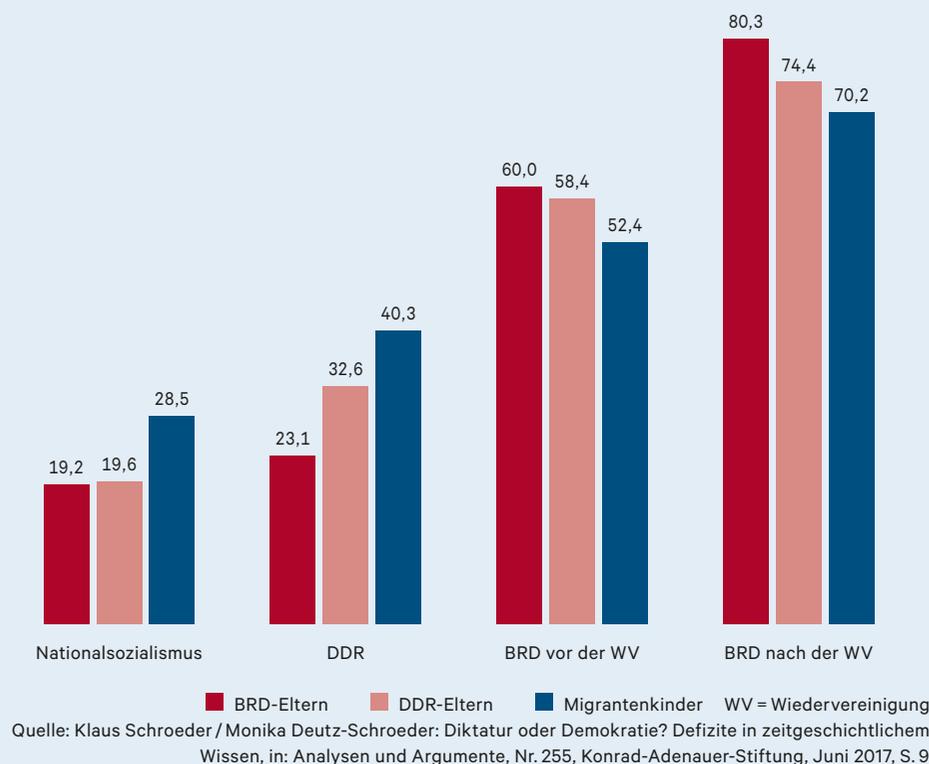
Kenntnisstand: sehr hoch hoch mittel niedrig sehr niedrig WV = Wiedervereinigung  
Quelle: Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder / Rita Quasten / Dagmar Schulze Heuling: Später Sieg der Diktaturen? Frankfurt a. M. 2012, S. 417.

von historischem Wissen und Systembewertung. Durchgängig zeigte sich ein unmittlbarer Zusammenhang von Kenntnisgrad und Urteilen für alle Fragen zu den vier Systemen sowie zu deren Gleichwertigkeit. Je höher das systemspezifische Wissen ausfiel, desto häufiger stuften die Schüler Nationalsozialismus und DDR als Diktaturen und die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung als Demokratien ein. Wer dagegen nur über geringe Kenntnisse verfügte, kam öfter zu anderen Systembewertungen oder setzte alle vier Systeme auf die gleiche Stufe. Wer nicht wusste, was eine Demokratie auszeichnet oder eine Diktatur charakterisiert,

und über nur geringe historische Kenntnisse verfügte, konnte die vier Systeme nicht einordnen und unterscheiden. Erst sekundär wirkten besuchte Schularart, Geschlecht oder Herkunft der Eltern auf die Urteile der Schüler.

Viele Jugendliche hatten aufgrund mangelnder Kenntnisse Probleme, die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur zu erkennen. Knapp ein Viertel hielt den Nationalsozialismus durch demokratische Wahlen für legitimiert, und etwa ein Drittel attestierte der DDR eine demokratische Legitimation. Dabei ging knapp ein Drittel mit in der DDR geborenen Eltern, aber nur knapp ein Viertel mit in der

Statement zu jedem System: Alle Regierungen waren/sind durch demokratische Wahlen legitimiert (Anteil der Bewertungen in %)



Bundesrepublik geborenen Eltern davon aus, dass es im SED-Staat demokratische Wahlen gab. Noch auffälliger waren die Ergebnisse für die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung: Nur gut die Hälfte beziehungsweise lediglich drei Viertel hielten die alte beziehungsweise die neue Bundesrepublik durch demokratische Wahlen für legitimiert.

Um durch Unwissenheit geschuldeten Urteilen entgegenzuwirken, bedarf es in der Gesellschaft eines Bewusstseins für (gemeinsame) Vergangenheiten – negative, aber auch positive –, das Orientierung für Gegenwart und Zukunft geben kann. Ein derartiges Geschichtsbewusstsein muss Teil des Selbstverständnisses des Einzelnen und der Gesamtgesellschaft sein. Es bildet die Grundlage von Werten, Interessen, Erwartungen und Handlungen.

Aus der Geschichte lässt sich lernen. Hierzu sind historische Kenntnisse unverzichtbar. Ohne sie sind Bewertungen des historischen Geschehens lediglich Vor-

urteile, Klischees, Bekenntnis- oder Gesinnungsformeln oder öffnen Legenden Tür und Tor. Erst die Vermittlung grundlegender historischer Kenntnisse und Werte eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens konstituiert ein Geschichtsbewusstsein, das mehr vermag, als nur Fakten aneinanderzureihen oder die „richtige Gesinnung“ zu vermitteln.

**Monika Deutz-Schroeder**

Geboren 1953 in Aachen, Mitarbeiterin am Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin.

**Klaus Schroeder**

Geboren 1949 in Lübeck-Travemünde, Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat und Professor am Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin.

**Studie der Autoren:** Diktatur oder Demokratie? Defizite in zeitgeschichtlichem Wissen, Analysen und Argumente, Nr. 255, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin, Juni 2017 ([www.kas.de/wf/doc/kas\\_49319-544-1-30.pdf?170626112223](http://www.kas.de/wf/doc/kas_49319-544-1-30.pdf?170626112223))

**ZEITGESCHICHTLICHE BILDUNG IN DER SCHULE**

In den letzten Jahren hat der Geschichtsunterricht in vielen Bundesländern sowohl an Unterrichtsstunden als auch an Bedeutung verloren. Am stärksten hat sich die Lage in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen verschlechtert. In Sachsen wurde ein erkanntes Defizit in der zehnten Klasse immerhin kurzfristig korrigiert. Zum Verlust trägt auch bei, dass in

vielen Schulformen der Sekundarstufe I, nicht nur in Gesamtschulen, das Fach nicht mehr selbstständig unterrichtet, sondern in ein Integrationsfach „Gesellschaftskunde“ integriert worden ist. Auch ein ausgebildeter Geografie- oder Sozialkundelehrer darf dort fachfremd schwierige Themen aus der Geschichte unterrichten. Für den historischen Anteil

bedeutet dies meist einen quantitativen und qualitativen Verlust.

Bis zur gymnasialen Oberstufe lernen daher viele Kinder das Fach nicht richtig kennen oder gar schätzen. Als Prüfungsfach im Abitur erleidet Geschichte zusätzlich einen Rückgang, weil es kein obligatorisches Hauptfach oder wählbares Leistungsfach mehr ist und ein wachsender Teil der Absolventen nur zwei bis drei Wochenstunden im Fach Geschichte unterrichtet werden. In den letzten Jahren wurden Fächer wie Deutsch, Englisch oder die MINT-Fächer gestärkt – in Bereichen also, in denen die deutsche Bildungspolitik seit dem PISA-Schock Defizite abzubauen versucht. Für diese Fächer wurden in der Kultusministerkonferenz bundesweite verbindliche Bildungsstandards beschlossen, für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer jedoch nicht – vermutlich auch deshalb, weil für diese nicht ohne Weiteres ein parteipolitischer Konsens herzustellen ist. Der Streit etwa um die Einschätzung der DDR-Geschichte ist höchst lebendig.

Die Lehrpläne des Faches unterliegen der Aufgabe, in ihren Schwerpunkten immer wieder neu justiert zu werden. Wenn der Unterricht zum Verständnis der Zeitgeschichte beitragen soll, sind regelmäßig steuernde Eingriffe im Licht relevanter jüngerer Entwicklungen unvermeidlich, auch Kürzungen bei Themen, die weniger bedeutend geworden sind. Heute sind die

arabische Welt und Ostasien wichtiger geworden als zur Zeit des Kalten Krieges, religiöse oder wirtschaftliche Konflikte haben vielfach ideologische Kämpfe auf der Basis des Marxismus verdrängt. Insofern benötigen junge Menschen heute ein anderes historisch-politisches Hintergrundwissen.

Der Geschichtsunterricht würde aber nicht gut daran tun, nur dem Aktuellen hinterherzulaufen. Seine Basis sollte immer die Befassung mit den Grundlagen der eigenen Kultur bis in die Antike, das Mittelalter und die Reformationszeit sein.

In einer Epoche wachsender globaler Migration und zunehmender Heterogenität in den Gesellschaften nimmt der Geschichtsunterricht eine Schlüsselrolle in der Bildung ein: Die Schülerinnen und Schüler begreifen, in welchen Kontinuitäten und Veränderungsschüben sich Staaten und Gesellschaften entwickelt haben, und nehmen in ihren Einstellungen zur politischen, sozialen und kulturellen Gegenwart darauf Bezug. Ohne dies gibt es kein vernünftiges politisches Handeln.

**Ulrich Bongertmann**

*Geboren 1958 in Haltern, Bundesvorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e.V., Redakteur der Zeitschrift „geschichte für heute“.*

**Studie des Autors:** *Zeitgeschichtliche Bildung in der Schule ([www.kas.de/wf/doc/kas\\_49362-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_49362-544-1-30.pdf)?170628090016)*



## In memoriam Helmut Kohl

(\* 3. April 1930, † 16. Juni 2017)

Zu Recht hat die Europäische Union in einem ergreifenden Trauerakt in Straßburg von Helmut Kohl, dem Ehrenbürger Europas und Vater der Deutschen Einheit, Abschied genommen. Wer hätte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für möglich gehalten, dass siebzig Jahre später einem Deutschen diese Ehre zuteil werden würde? Ein Italiener, ein Luxemburger, ein Pole, ein Spanier, ein Russe, sogar ein ehemaliger US-amerikanischer Präsident, ein Franzose und die deutsche Bundeskanzlerin kamen zu Wort. Besonders bewegend: Der französische Staatspräsident verneigte sich – nach drei mörderischen deutsch-französischen Kriegen – in Straßburg vor einem deutschen Bundeskanzler.

Zu Recht haben vor allem wir Deutschen im Speyerer Dom, der Hauskirche Helmut Kohls, zu seinem Gedächtnis ein Pontifikalrequiem gefeiert. Viele seiner Weggefährten, unter ihnen auch viele, die über Jahrzehnte heftig mit ihm gestritten hatten, gaben ihm die Ehre. In der Nähe des Speyerer Domes, im Schatten der Bernhardskirche, für die Robert Schuman und Konrad Adenauer 1954 den Grundstein gelegt haben, hat er seine letzte Ruhestätte gefunden.

Seine einmaligen Verdienste als deutscher Bundeskanzler sind zu Recht vielfach gewürdigt worden. Nicht vergessen werden darf, dass Helmut Kohl von 1974 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt für ein Vierteljahrhundert Vorsitzender seiner Partei, der CDU, gewesen ist. Er war leidenschaftlich gerne Parteivorsitzender. Er hat, beginnend in Rheinland-Pfalz in den 1960er-Jahren, die CDU von einer Honoratiorenpartei zu einer Mitgliederpartei geformt. Die Parteiprogramme von Ludwigshafen (1978) und Hamburg (1994) tragen seine Handschrift. Auch in ihnen werden seine christlich-katholische Überzeugung, die ihn geprägt hat und für die er gelebt hat, und sein Bekenntnis zu unseren abendländischen Werten deutlich. Er hat zunächst Kurt Biedenkopf

In memoriam Helmut Kohl, Bernhard Vogel

und nach ihm Heiner Geißler zu Generalsekretären berufen. Er kannte nicht nur jeden Landesverband, sondern auch jeden Kreisverband und die Vereinigungen der Partei wie kein Zweiter. Er hat sie zu vielen Erfolgen geführt und Niederlagen mit ihnen durchgestanden, aber er hat mitunter auch unter seiner Partei gelitten.

Der Entwicklung der Konrad-Adenauer-Stiftung galt seine besondere Sorge. Von 1968 bis zu seinem Tod, fast fünfzig Jahre, hat er sie als Mitglied des Vorstandes begleitet. Er stand zunächst Bruno Heck, dem langjährigen Vorsitzenden, mit dem er befreundet war, zur Seite, und er hat mich nach meiner Wahl zu Hecks Nachfolger und nach mir Hans-Gert Pöttering tatkräftig unterstützt. In zahllosen Vorstandssitzungen hat er sich für den weiteren Ausbau der Stiftung engagiert und ihre Unabhängigkeit verteidigt. Am 10. November 1989 wollte er an der Eröffnung unseres ersten Auslandsbüros im ehemaligen Ostblock teilnehmen, aber er musste seinen Staatsbesuch in Polen abbrechen und nach Berlin eilen. Nachdrücklich hat er darauf gedrängt, dass auch in Moskau, in Prag, in Budapest und in den anderen mitteleuropäischen Staaten so schnell wie möglich weitere Auslandsbüros folgten. Und natürlich wollte er, dass wir unverzüglich in den wieder entstehenden neuen Ländern tätig würden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat allen Grund, sein leidenschaftliches Engagement zu bewahren und sein Erbe verantwortungsvoll für die Zukunft lebendig zu halten.

Danke, Helmut Kohl!

Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.,

Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Mitherausgeber der Zweimonatsschrift „Die Politische Meinung“

# Das „C“ jenseits der Floskeln

Nachdenken über siebenzig Jahre Junge Union

## PAUL ZIEMIAK

Geboren 1985 in Stettin (Polen), Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands.

Im Januar 1947 kamen 59 junge Frauen und Männer aus allen Besatzungszonen in Königstein im Taunus zusammen. Sie setzten mit der Gründung der Jungen Union als Zusammenschluss der jungen Gruppen in CDU und CSU ein Zeichen

dafür, dass die junge Generation das von Krieg und Nationalsozialismus ökonomisch und moralisch zerstörte Land wieder aufbauen und gestalten wollte. Die Sicherung der Existenzbedürfnisse, ein menschenwürdiges Wohnen, die Versorgung der Kriegsversehrten und Hinterbliebenen, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben, der Ausbau des Schulwesens, ein Siedlungsprogramm zur Behebung der Wohnungsnot,

eine Bodenreform, Lehrstellen für die Jugend sowie Aufstiegsmöglichkeiten für alle waren die ersten Forderungen, die der frisch geborene Verband aufstellte. In einem zweiten Forderungskatalog arbeitete die Parteijugend von CDU und CSU Grundsätze, wie die Rechtssicherheit und Gleichheit vor dem Gesetz, heraus und betonte die Grundrechte „Freiheit“ und „Unverletzlichkeit der Person“. Schon zur Gründung des Verbandes wurde deutlich, dass für die jungen Politiker der Union die Ausarbeitung politischer Ziele und Programme nicht ohne Wertefundament erfolgen könne. Einer sich rein an Pragmatismus und objektiver Notwendigkeit orientierenden Programmatik wurde von Beginn an eine Absage erteilt.

## FORMULIERUNG CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER PRINZIPIEN

Das unmissverständliche Bekenntnis zu Grundrechten, die Orientierung am christlichen Menschenbild und im Wesentlichen auch an der Katholischen Soziallehre wiesen einen konstituierenden Charakter für die Junge Union auf, der aufgrund der politisch vorherrschenden Tatsachen allerdings brandgefährlich war. Denn mit der Formulierung dieser christlich-demokratischen Prinzipien begaben sich die Delegierten und Mitarbeiter der Jungen Union in der Sowjetischen Besatzungszone in höchste Gefahr. Bereits im Herbst 1947 wurden mehrere Mitglieder der Jungen Union verhaftet und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Zudem gab es groß angelegte Razzien bei Versammlungen der Jungen Union, FDJ-Trupps störten immer

wieder Gesprächsrunden und Treffen. Auch wurden Mitglieder der Jungen Union in Betrieben diskriminiert und ihnen an Schulen mit Schulverweisen gedroht. Die Schikanen fanden ihren unrühmlichen Höhepunkt durch die Verhängung von Todesurteilen und durch Deportationen in sowjetische Arbeitslager. In den Jahren 1948 und 1949 bezahlten drei junge Christdemokraten ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie und gegen Willkürherrschaft und Unterdrückung mit dem Tod.

## HALT GEBENDER WERTEKOMPASS

Ihren Überzeugungen und ihrem Rückgrat, ihrem Fleiß, ihrer Disziplin und dem unerschütterlichen Glauben daran, dass sich Leistung lohnt, verdanken wir nicht nur eine starke christliche Demokratie. Auch die Tatsache, dass Deutschland heute weltweit als Vorbild für Frieden, Freiheit und Wohlstand gilt, ist maßgeblich auf die ersten richtungsweisenden Entscheidungen zurückzuführen. Diese Grundlagen und das Wissen darüber gilt es zu bewahren, denn sie prägen die christliche Demokratie, zusammen mit dem Denken in großen Linien und dem Fundament unseres christlichen Glaubens. Gerade in Zeiten zunehmender Unsicherheit und sich oftmals überschlagender politischer Entwicklungen ist dieser Wertekompass daher Halt gebend und Orientierung stiftend.

Gewaltige Veränderungen – von der Gründung der Bundesrepublik über den Kalten Krieg und den Mauerfall bis zur Einheit Europas: Immer wieder verschö-

ben sich die Machtverhältnisse, Staaten stiegen auf, Bündnisse zerfielen. Auch politische Karrieren schossen kometenhaft empor oder verschwanden wieder in der Versenkung. Stets standen die jungen Politiker der Jungen Union, von der kommunalen bis hin zur europapolitischen Ebene, den unzähligen Weichenstellungen gegenüber; Wegmarken, an denen die Richtung des weiteren Voranschreitens grundsätzlich auszurichten war. Die Geschichte schreibt sich fort, die Herausforderungen bleiben für junge Politiker groß, erfordern doch Wirtschafts- und Währungskrisen, die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union, der Umgang mit Migration, Rechtspopulismus und Extremismus immer wieder neue Antworten und politische Lösungen.

## DER VORWURF DER BELIEBIGKEIT

Das Jubiläum von siebzig Jahren Junger Union dient auch dazu, innezuhalten, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und sich die Wurzeln und Grundlagen des Engagements ins Bewusstsein zu rufen. Dies ist vor dem Hintergrund des Vorwurfs der Beliebigkeit und Austauschbarkeit politischer Strömungen umso wichtiger, zumal es nach wie vor signifikante Unterschiede zu den anderen politischen Jugendverbänden gibt.

Die Junge Union ist politisch und dabei keiner Ideologie unterworfen, denn das, was wir tun, basiert auf einem Wertefundament aus Subsidiarität, Solidarität und Personalität. Der Mensch, so wie der Schöpfer ihn in seiner Verschiedenheit ge-

schaffen hat, steht im Mittelpunkt unserer Politik. Gleichmacherei, Bevormundung und staatliche Allmacht sind uns zuwider – Freiheit und Verantwortung des Einzelnen sowie die soziale Verpflichtung gegenüber den Schwächeren und denen, die der Hilfe bedürfen, sind unsere Wurzeln. Basierend auf diesem Wertefundament sind unsere Leitlinien:

- Wir sind überzeugte Europäer, denn nur der enge Schulterschluss mit den europäischen Nachbarn sichert den Frieden und schafft die Grundlage, um im globalen Wettbewerb um ökonomische und politische Macht, aber auch um Wertvorstellungen zu bestehen.
- Wir sind Freunde Israels, denn aus dem unbegreiflich Unmenschlichen ziehen wir die Konsequenz: Nie wieder! So sind wir besonders dankbar, dass sich in den Kommunen wieder jüdisches Gemeinleben etabliert, das Deutschland religiös wie kulturell bereichert. Dieses zu fördern und Antisemitismus eine unmissverständliche Absage zu erteilen, ist ein Kern unseres Selbstverständnisses.
- Wir sind und bleiben – trotz der Wirren einer Trump'schen Politik – Transatlantiker, denn ohne die Vereinigten Staaten hätte der Kommunismus Deutschland überrollt.
- Und wir sind die Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft, denn sie ist weit mehr als ein Wirtschaftsmodell. Sie ist eine Gesellschaftsordnung, in der die einzelnen Stränge unseres Wertefundaments zusammenlaufen.

Anhand der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich in Abgrenzung zu allen anderen politischen Jugendorganisationen unsere Identität herausstellen:

- Wir sind liberal, weil wir auf Angebot und Nachfrage und freie Preisbildung setzen und gelenkter Planwirtschaft und staatlichem Kontroll- und Steuerungswahn eine Abfuhr erteilen.
- Wir sind sozial, weil wir staatlichen Eingriff erwarten, wenn Märkte versagen, politische oder ökonomische Machtmonopole entstehen und Schwäche der Hilfe bedürfen.

– Wir sind konservativ und fortschrittlich, weil wir Bewährtes nur durch Neues ersetzen, wenn wir es als besser erkannt haben.

Weil das eine ohne die beiden anderen Orientierungen zu kurz griffe, nennen wir uns nicht Konservative, Liberale oder Soziale, sondern Christdemokraten! So verstehen wir uns noch heute als Impulsgeber und Querdenker mit Wertefundament. Mit mehr als 110.000 Mitgliedern in achtzehn historisch gewachsenen Landesverbänden und in mehr als 341 Kreisverbänden bleiben wir der größte politische Jugendverband in Deutschland und Europa.

# Geteilt und bedroht?

Ein Stimmungsbild aus Südkorea

## HYEKYUNG LEE

Geboren 1976 in Gyeongsangbuk-do (Republik Korea), Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Innerkoreanische Angelegenheiten und Nordkoreapolitik, Auslandsbüro Korea der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## STEFAN SAMSE

Geboren 1971 in Verden (Aller), Leiter des Auslandsbüros Korea der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Teilung ist in Korea „alltäglich“ geworden. Im Süden der Halbinsel gerät manchmal in Vergessenheit, dass jenseits der Grenze am 38. Breitengrad im Norden circa 25 Millionen Landsleute leben, von denen viele unter Armut und Hunger leiden. Die rund fünfzig Millionen Südkoreaner gehen routiniert mit den Atomkriegsdrohungen und den verbalen Attacken aus dem Norden um. Für sie scheint es unvorstellbar, dass Nordkorea einen Angriff auf Seoul verüben würde. Zwar befindet sich Südkorea schon geografisch nicht in sicherer Umgebung und trotzdem herrscht eine relativ entspannte Atmosphäre. Der Alltag

läuft reibungslos. Die politisch angespannte Situation, in der sich die Gesamtregion Nordostasien befindet, spielt dabei in den Köpfen der Menschen kaum eine Rolle. Sind Südkoreaner also mutig, furchtlos und haben keine Angst vor einem Angriff durch Nordkorea? Oder ist die südkoreanische Gesellschaft abgestumpft? Oder ist es die Rhetorik im Süden, die das Schwanken zwischen Angst und Entspanntheit erklären kann?

In der politischen Berichterstattung der internationalen Medien scheint es immer so, als sei Nordkorea die größte Gefahr. Dies ist – aus südkoreanischer Sicht – nur teilweise richtig. Vielmehr leiden die Südkoreaner zunehmend unter der gefährlich hohen Feinstaubbelastung, die teils hausgemacht ist und teils ihren Ursprung in China hat. So liegen die Messungen regelmäßig deutlich über den in Europa geltenden Grenzwerten. Dies wird in der Bevölkerung aktuell als ein viel größeres Problem angesehen als die Bedrohung aus dem Norden.

## PROVOKATIONEN UND SANKTIONEN

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un bleibt unterdessen bei seiner Kriegsrhetorik und sorgt für Spannungen in Nordostasien. Nordkorea provozierte die Weltgemeinschaft wiederholt mit Atomwaffentests und einer Testserie verschiedener Raketentypen und verstieß damit immer wieder gegen Resolutionen der UNO. Was kann die Weltgemeinschaft also überhaupt noch tun?

Die südkoreanische Regierung und der UN-Sicherheitsrat hatten bisher als Reaktion auf nordkoreanische Nuklear- und Raketentests stets strengere und umfassendere Sanktionen gefordert und durchgesetzt. Diese blieben jedenfalls ohne wesentliche Konsequenzen. Nach außen gibt sich Nordkorea unbeeindruckt. Im Land selbst laufen derzeit die Vorbereitungen für weitere Atomtests. Niemand weiß, wann es dazu kommen könnte. Niemand weiß, wie man dies verhindern und damit Spannungen abbauen könnte.

Was wäre also die effektivste Methode, um das nordkoreanische Atomprogramm zu stoppen? Ist das nur unter Einbindung Chinas und mit dessen Einfluss auf das Regime in Pjöngjang möglich, oder könnten die USA mit Aussicht auf Erfolg gar im Alleingang eine Lösung erzielen? Oft wurde international darüber beraten. Doch Fortschritte wurden durch divergierende nationale Interessen der involvierten Staaten verhindert. Kürzlich tweetete der demokratische US-Abgeordnete Adam Schiff, dass man sämtliche Optionen für Nordkorea in Erwägung zöge. Nordkorea müsse in jedem Fall auf sein Atomprogramm verzichten. Selbstverständlich reagierte Nordkorea auch darauf nicht. Als US-Vizepräsident Mike Pence vor einigen Wochen die innerkoreanische Grenze besuchte, sagte er, die Ära der „strategischen Geduld“ mit Nordkorea sei vorbei.

Das Nordkorea-Problem stellt die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen. Dies gilt besonders für Südkorea, die USA, China, Japan und Russland. Für diese Staaten scheint die „eine beste Lösung“ nicht zu existieren. Für Südkorea ist auch klar, dass jedwede militärische Lösung unter allen Umständen verhindert werden muss. Die südkoreanische Bevölkerung hofft, dass das Problem friedlich gelöst werden kann, nicht zuletzt, weil es immer noch getrennte Familien gibt, die auf eine friedliche Wiedervereinigung hoffen.

## DROHNENSPIONAGE DURCH NORDKOREA

Kürzlich wurde entdeckt, dass Nordkorea mit kleinen Drohnen heimlich den Luftraum über Korea ausspähte und dabei auch Aufnahmen des neuen Standortes für das US-Raketenabwehr-System THAAD (*Terminal High Altitude Area Defense*) machte, welches in Seongju, Provinz Nord-Gyeongsang-do, stationiert ist und dem Schutz vor nordkoreanischen Raketenangriffen dienen soll. Diese mit Sony-DSLT-Kameras ausgestatteten Flugkörper nahmen mehrere Hundert weitere Fotos auf, darunter am 9. Juni 2017 Waldgebiete in Inje, in der Nähe der Demilitarisierten Zone (DMZ). Dies wurde bekannt, da Anwohner abgestürzte Drohnen gefunden und diese dem – ahnungslosen – Militär übergeben hatten. Ähnliches hatte sich bereits im März und April 2014 ereignet. Daraufhin hatte das südkoreanische Verteidigungsministerium erklärt, dass Überwachungsgeräte installiert werden sollten, um dem Eindringen von Drohnen vorzubeugen. Diese Geräte haben jedoch wahrscheinlich nicht nur einmal versagt. Das Verteidigungsministerium handelte in diesem Fall nach dem treffenden koreanischen Sprichwort: „Der Brunnen wird erst zugedeckt, wenn das Kind ertrunken ist.“

Warum haben die USA den Aufbau des umstrittenen Abwehrsystems THAAD in Südkorea veranlasst? Es war doch absehbar, dass die Stationierung zu Konflikten mit China führen würde. Nach dem vierten und fünften Atomtest (6. Januar und 9. September 2016) und zahlreichen nordkoreanischen Raketentests seit dem vergangenen Jahr haben sich die Spannungen auf der Halbinsel dramatisch hochgeschaukelt, sodass die Stationierung gerechtfertigt werden konnte. Dennoch gibt es viel Kritik und Zweifel.

Aufgrund der Stationierung von THAAD ist das Verhältnis zwischen Seoul und Peking derzeit angespannt. Da die Volksrepublik China sich von THAAD bedroht fühlt, hat ihre Regierung in den letzten Monaten zum Boykott von koreanischen Produkten sowie von Reisen nach Korea aufgerufen. Dies trifft Südkorea hart, denn der Anteil Chinas am Außenhandel beträgt rund 25 Prozent. Weiterhin haben in Korea die Ressentiments gegen China und umgekehrt in China die Ressentiments gegen Korea stark zugenommen.

## NEUES KABINETT

Nach seinem Wahlsieg im Mai 2017 besetzt Präsident Moon Jae-In sein Kabinett zügig. Denn wegen des mehrmonatigen Amtsenthebungsverfahrens gegen seine Vorgängerin, Präsidentin Park Geun-Hye, ist ein politisches Vakuum entstanden. Deshalb entfiel die sonst übliche rund zweimonatige Übergangsphase zwischen zwei Präsidentschaften.

Die Kandidaten, die für Ministerposten nominiert wurden, durchlaufen einen parlamentarischen Anhörungsprozess, der zuweilen kontrovers

verläuft. Die Regierungspartei (koreanisch: *Deoburo Minjoo-dang*) und drei weitere Parteien (Freiheitspartei Koreas, Bareun-Partei und People's Party) konnten sich nicht darauf einigen, den von der Regierung vorgelegten Anhörungsbericht für die Ministerkandidaten anzunehmen. Gesetzlich ist vorgeschrieben, dass die Nationalversammlung über einen Bericht zur Anhörung der Nominierten innerhalb von zwanzig Tagen nach der öffentlichen Befragung befindet. Dieser muss hinsichtlich der einzelnen Nominierten auf Zustimmung oder Ablehnung votieren. Präsident Moon hat am Ende einige seiner Wunschkandidaten ohne Zustimmung des Parlaments zu Ministern ernannt. Das kostet ihn die Unterstützung der Abgeordneten für anstehende Gesetzesvorhaben. Denn über eine eigene Mehrheit im Parlament verfügt seine Partei nicht.

## BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Moon konzentrierte sich in den ersten Wochen seiner Amtszeit auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im Wahlkampf kündigte er an, dass er während der fünfjährigen Amtszeit 810.000 neue Arbeitsplätze im Öffentlichen Sektor schaffen wolle. In seiner Rede vor der Nationalversammlung am 12. Juni 2017 hat er das Vorhaben konkretisiert und die Billigung eines Zusatzbudgets in Höhe von 11,2 Billionen Won (etwa zehn Milliarden US-Dollar) beantragt, damit die Schaffung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Sektor beginnen kann. Begründet hatte Moon die Kraftanstrengung mit der in den letzten vier Jahren rapide angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit. So betrug die Arbeitslosenquote im April 2017 11,2 Prozent; der höchste Wert seit der Erstellung von Statistiken.<sup>1</sup> Das sind die offiziellen Zahlen; die tatsächliche Jugendarbeitslosigkeit liegt aber wohl nahezu doppelt so hoch. Allein für die Verbesserung „sozialer“ Dienstleistungen sollen rund 12.000 Beamtenstellen neu geschaffen werden. Ebenso sollen mehr Feuerwehrleute, Polizisten und Lehrkräfte eingestellt werden.

Das größte Problem bei den Beamtenstellen ist, dass diese durch zentrale Zulassungsprüfungen besetzt werden, für die viele junge Menschen jahrelang lernen und auch immer und immer wieder versuchen, das Staatsexamen zu bestehen. Wegen der extrem hohen Konkurrenz ist die Zahl derer, die an der Prüfung teilnehmen, zuletzt etwas gesunken. Wenn Moon jetzt neue Stellen ankündigt, wird die Zahl der Bewerber aber wieder stärker steigen. Dies könnte zu einem teuren Problem werden, da diese jungen Leute dann Jahre verschwenden, ohne die Prüfung am Ende zu bestehen, und somit arbeitslos bleiben.

Gleich zu Beginn der Amtszeit traf Moon in Washington US-Präsident Donald Trump, in Deutschland vor dem G20-Gipfel auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die USA bleiben für die Moon-Administration der wichtigste

Verbündete. Das Sicherheitsbündnis soll bekräftigt werden. Und dennoch – Europa und Deutschland haben aus Sicht der neuen Administration eine besondere Bedeutung. So hat Moon bereits nach wenigen Tagen im Amt einen Sondergesandten nach Brüssel und Berlin geschickt. Denn für eine mögliche koreanische Wiedervereinigung bleibt die Deutsche Einheit Vorbild und „Benchmark“.

## **POLITISCHE SKANDALE UND NEUSTART**

Millionen Südkoreaner haben im vergangenen Jahr gegen politische Korruption und gegen die vorherige Präsidentin Park Geun-Hye demonstriert. Derzeit laufen die Prozesse, die sich mit den Korruptionsskandalen<sup>2</sup> beschäftigen. Im Hauptprozess in Seoul sind neben Park Geun-Hye, ihrer langjährigen Vertrauten Choi Soon-sil, dem ehemaligen Generalsekretär Kim Ki-Choon und der ehemaligen Kulturministerin Cho Yoon-Sun viele weitere Personen angeklagt, darunter zahlreiche Minister und Vizeminister der früheren Regierung. Ebenfalls angeklagt ist der Vize-Vorsitzende des Samsung-Konzerns, Lee Jae-Yong, dem vorgeworfen wird, dass er der Vertrauten Parks, Choi Soon-Sil, sowohl direkt als auch indirekt über ihre Stiftungen als größter Geldgeber Millionen von Dollar zukommen ließ. Damit soll Choi unter anderem die Dressurreitusbildung ihrer Tochter in Deutschland finanziert haben.

Warum gibt es in Südkorea so viele Beamte, Minister und Unternehmen, die korrupt sind und Schmiergelder annehmen? Dies ist vor allem auf die Zeit des in den 1960er-Jahren beginnenden Wirtschaftsbooms zurückzuführen. Damals wurde die Basis für die enge Beziehung und Verflechtung von Politik und Wirtschaft – insbesondere mit den Familienkonglomeraten, zum Beispiel Samsung oder Hyundai – gelegt.

Es dürfte Monate dauern, bis die Urteile gesprochen werden. Der Kampf gegen die eigentliche Korruption wird langwierig werden. Zusätzlich wird dies durch den Konflikt zwischen den konservativen Parteien, den früher Regierenden, die sich im Zuge des Skandals in zwei Parteien beziehungsweise Fraktionen gespalten hatten, erschwert.

Und dennoch: Südkorea hat, weniger als drei Jahrzehnte nach der Demokratisierung, mit den großen Kerzenlicht-Demonstrationen des vergangenen Herbstes das starke Zeichen einer engagierten Bürgergesellschaft, die Transparenz und Gerechtigkeit einfordert, in die Welt gesandt.

<sup>1</sup> Tageszeitung JoongAng Ilbo, 13.06.2017, S. 5.

<sup>2</sup> Vgl. Länderberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Die Rechnung bitte“, [www.kas.de/korea/de/publications/46996/](http://www.kas.de/korea/de/publications/46996/), und „Präsidentin entmachtet, Vertraute in Haft – und die Kerzen brennen weiter“, [www.kas.de/korea/de/publications/47419/](http://www.kas.de/korea/de/publications/47419/).

# Wo der Terror herkommt

Drei Bücher suchen nach den Hintergründen des „Dschihadismus“

## **ANDREAS JACOBS**

Geboren 1969 in Kleve, Koordinator Islam und Religiöser Extremismus in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, von 2013 bis 2016 Research Fellow am NATO Defense College in Rom.

Peter R. Neumann: *Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa*, Ullstein Buchverlage, Berlin 2016, 304 Seiten, 19,99 Euro.

Fawaz Gerges: *ISIS. A History*, Princeton University Press, Princeton 2016, 384 Seiten, \$ 27,95.

Marc Lynch: *The New Arab Wars. Uprisings and Anarchy in the Middle East*, Verlag Public Affairs, New York 2016, 304 Seiten, \$ 26,99.

Nach jedem Terroranschlag steht die Frage nach dem Täter im Vordergrund. Wer war der Mörder? Wie kann es sein, dass Menschen mit oft gesicherten Lebensperspektiven plötzlich zu Terroristen werden und im Namen einer mörderischen Ideologie unschuldige Opfer aus dem Leben reißen? Um das herauszufinden, durchleuchten Soziologen, Psychologen

und Kriminologen individuelle Biographien von Terroristen, zeichnen Radikalisierungsverläufe nach und analysieren gesellschaftliche und familiäre Rahmenbedingungen. Der Terrorismus wird so zu einem Rahmenphänomen individueller Radikalisierungsprozesse von Europäern in Europa. Er wird häufig als einheimisches oder hausgemachtes („homegrown“) Problem beschrieben, das zwar auf transnationale Organisationen und deren Ideologien bezogen ist, dessen Protagonisten, Ursachen und Hintergründe aber in Europa beheimatet sind.

Vieles spricht dafür, dass diese Perspektive zu kurz greift. Die Attentäter mögen „homegrown“ sein, ihre Motive, Mentoren, Netzwerke, Ideologien und nicht zuletzt Lebenswelten sind es in der Regel nicht. Im digitalen Zeitalter sehen sich radikale Islamisten auch in Deutschland als Teil einer grenzüberschreitenden Bewegung, die im nah- und mittelöstlichen Geschehen ihr Zentrum hat. Wer in Recklinghausen oder Reinickendorf am Computer oder im Kreis Gleichgesinnter sitzt, kann sich Raqqa oder Ramallah durchaus näher fühlen als dem Geschehen vor der eigenen Haustür. Wer den Terror verstehen will, darf deshalb nicht allein auf individuelle Biographien, auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen und auf religiöse Bezüge im europäischen Kontext schauen. Er muss auch die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Raqqa und Ramallah ebenso wie in Bagdad, Riad, Teheran und Peschawar kennen. Im nah- und mittelöstlichen Großraum liegen die Referenzen und Bezugspunkte des globalen Dschihadismus. Hier kommt der Terror her.

Der in London lehrende, international bekannte deutsche Terrorismusexperte

Peter R. Neumann weist in seinem neuesten Buch über die Hintergründe der dschihadistischen Radikalisierung in Europa auf diese Bezüge hin. Radikalisierungsprozesse, so Neumann, vollziehen sich nicht im luftleeren Raum, sondern reflektieren und potenzieren Entwicklungen und Ereignisse in den nah- und mittelöstlichen Herkunftsregionen. Entgegen landläufigen Vorstellungen spielt hierbei nicht nur das Internet eine wichtige Rolle, sondern oft auch der persönliche Kontakt zu charismatischen Führungspersönlichkeiten, die unmittelbar in nahöstliche Netzwerke eingebunden sind und die in den „Echoräumen“ ihrer europäischen Wirkungsstätten Anhänger um sich scharen. Ein wichtiges Instrument dieser Agitatoren ist die Konstruktion und Betonung der Unterdrückung und Benachteiligung von Muslimen weltweit, die zur Rechtfertigung der eigenen Radikalität und Gewalt dient. Eigene Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und Versagenerfahrungen treffen auf das Mitfühlen mit dem – oft imaginierten und propagandistisch überhöhten – Leiden angeblicher Glaubensgeschwister im Nahen Osten, das gesüht oder gerächt werden müsse.

### BAUSTEINE DES RADIKALISIERUNGSVERLAUFS

Es greift also zu kurz, Terroristen oder Attentäter als fehlgeleitete, verwirrte oder geistesranke Einzeltäter zu klassifizieren. Dafür sind die Geschichten der rund zwei Dutzend jungen Europäer, deren Weg in den Terrorismus Neumann nachzeichnet, zu sehr auf reale politische Entwicklungen und gesellschaftliche Erfahrungen

bezogen. Neumann ist erfahren genug, um keine eindeutigen Typologien oder Prognoseinstrumente vorzulegen. Aber er verweist auf wichtige Bausteine des Radikalisierungsverlaufs und – ganz am Schluss seiner Schrift – auf die Krise der islamischen Welt als eine der zentralen Ursachen und Projektionsflächen des dschihadistischen Terrorismus auch in Europa. Aber genau an dieser entscheidenden Stelle endet das Buch.

### EINFACH GESTRICKTE IDEOLOGIEANGEBOTE

Wer nun auf gleich hohem Niveau weiterlesen will, sollte zur bereits 2016 erschienenen Studie über die Entstehung der Terrormiliz ISIS vom Fawaz Gerges greifen. Der aus dem Libanon stammende und in London lehrende Politikwissenschaftler Gerges warnte bereits Anfang 2013 vor der Sicherheitsbedrohung durch sogenannte „Foreign Terrorist Fighters“ in Europa. Er war auch einer der Ersten, die die Zusammenhänge zwischen nahöstlichem Staatsversagen und dem Erstarben des dschihadistischen Terrorismus aufzeigten. Gerges zieht die Linie von den Dschihad-Bewegungen der 1980er- und 1990er-Jahre über das Erstarben von Al-Qaida in Afghanistan bis hin zu ISIS in Irak und Syrien und gibt wichtige Einblicke in deren ideologische Entwicklungen und Unterschiede. Anders als Al-Qaida präsentiert sich ISIS als konkretes politisches Projekt mit Macher-Attitüde und Malocher-Image; ein Unterschichtenphänomen also. Dementsprechend einfach gestrickt sind die Ideologieangebote von ISIS: Gut gegen Böse, wer mitmacht, ist

auserwählt, das Paradies wartet. ISIS war deshalb so erfolgreich, weil er Identitätsangebote mit einer realen Utopie und konkreter Action verbindet.

### NICHT DIE ORGANISATION – IDEEN UND PERSONEN ZÄHLEN

Die Organisation ISIS ist demgegenüber nachrangig. In Europa schauen wir also zu sehr auf Gruppierungen und Strukturen. Im Nahen Osten weiß man, dass Ideen und Personen zählen. Gerges wie Neumann halten die Diskussion darüber, ob Terroristen in Europa von ISIS beauftragt oder lediglich inspiriert werden, deshalb für unsinnig. Dass ISIS es immer wieder schafft, europäische Muslime ohne direkten Kontakt allein durch Ideen zu Gewalttaten anzustiften, vergrößert die Bedrohung eher noch. Die Schwächung und sogar Zerschlagung von ISIS als Herrschaftsgebilde – für Gerges schon Anfang 2016 absehbar – ist deshalb kein Grund zur Entwarnung. Die Organisation wird irgendwann zerstört werden, aber die dahinter stehenden Ideen und viele ihrer Akteure werden bleiben; irgendetwas Ähnliches wird wohl unvermeidlich an Stelle von ISIS entstehen. Wenn man etwas aus der Geschichte der dschihadistischen Bewegung lernen kann, dann ihre Anpassungsfähigkeit und Wandelbarkeit.

Gerges' Buch ist deshalb weit mehr als eine Gesamtdarstellung der Geschichte von ISIS. Es ist eine politikwissenschaftliche Erklärung der Ursachen des dschihadistischen Terrorismus im Nahen Osten, die zugleich wichtige Erkenntnisse zum Verständnis von Radikalisierungsbiographien in Europa liefert. Wenn die These

von Gerges und Neumann zutrifft, dass der dschihadistische Terrorismus das Produkt einer organischen Krise der arabisch-islamischen Welt ist, dann stellt sich die Frage, wie es zu dieser Krise kommen konnte.

Antworten liefert Marc Lynchs Studie über das Scheitern des arabischen Staatensystems. Lynch, der in Washington Internationale Beziehungen lehrt, ist einer der profunden Kenner der Region. Für ihn stehen die Hauptschuldigen an der Misere des Nahen Ostens und damit am Erstarken des dschihadistischen Terrorismus fest: die autoritären Regime in der Region. Amerikanische und westliche Politik haben ihren Anteil an der Misere, etwa durch das Verschieben der regionalen Machtbalance im Zuge der US-geführten Intervention im Irak 2003 und durch das Nuklearabkommen mit dem Iran. Aber der Großteil der Probleme ist hausgemacht, genauer gesagt das Ergebnis staatlichen Scheiterns, autoritärer Strukturen und regionaler Rivalitäten.

### FAUSTFORMEL DER AUTOKRATEN

Bereits seit Jahrzehnten nutzen die Autokraten der Region die Faustformel „Wir oder der Terror“ zur Sicherung des eigenen Überlebens und als Rechtfertigung zur Ausgrenzung und Unterdrückung von Kräften des politischen Islam. Die gewaltbereiten Radikalen unter diesen Kräften fühlten sich dadurch in ihrem Argument bestätigt, dass nur der bewaffnete Kampf zum erhofften Gottesstaat führe. Nicht der Arabische Frühling war also Auslöser und Ursache der jüngsten dschi-

hadistischen Terrorwelle, sondern das Versagen von Staatlichkeit, gepaart mit der Zerschlagung gemäßigt islamistischer Gruppierungen und der externen Einflüssen vor allem regionaler Akteure. Der syrische Bürgerkrieg hat außerdem einen „Gewaltmarkt“ geöffnet, auf dem sich unter Rebellengruppen eine Art Fundraising-Wettlauf etablierte. Zugespitzt formuliert: Lange Bärte und fromme Sprüche versprachen Geld aus den Golfstaaten und erklären die Islamisierungsspirale der syrischen Szene. Verstärkt wurde dieser Trend durch die Zerschlagung der Muslimbruderschaft nach dem Militärputsch in Ägypten Mitte 2013. Spätestens jetzt war das Projekt einer legalen islamistischen Option innerhalb bestehender politischer Ordnungen gescheitert.

### DÜSTERER AUSBLICK

Lynch bietet keine leichte Kost, und sein Ausblick ist düster. Die arabischen Staaten haben nicht einmal damit begonnen, die Ursachen der Konflikte in der Region zu beseitigen. Im Gegenteil: Autoritarismus, Unterdrückung und staatliche Gewalt sind fast überall auf dem Vormarsch. Die nächsten Massenaufstände in der Region sind für Lynch nur noch eine Frage der Zeit. Aber anders als 2011 wird die kommende Protestwelle blutiger, undemokratischer und konfessioneller sein. Europa und die USA haben darauf weniger Einfluss, als die omnipräsenten Prediger westlichen Totalversagens in der Region glauben machen. Aber der Westen kann durchaus etwas tun. Genau wie Neumann und Gerges plädiert Lynch für einen fairen und gerechten Umgang mit den Muslimen in

westlichen Gesellschaften als das vermutlich beste Mittel im Kampf gegen den Terror. Dschihadisten brauchen das Narrativ vom globalen Kreuzzug gegen den Islam. Wenn Europa und die USA deutlich machen, dass in ihren Gesellschaften Platz für Muslime und den Islam ist, gehen den Hasspredigern die Argumente aus.

Was lehrt uns die Zusammenschau dreier unterschiedlicher Bücher zu drei vordergründig verschiedenen Themen? Sie lehrt uns, dass wir eine multidimensionale Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Terrorismus brauchen. Soziologen und Psychologen können aufzeigen, warum sich bestimmte Personen radikalisieren. Nahost- und Politikwissenschaftler können erklären, auf welche Ideologien sich diese Personen berufen und auf welche politischen Verhältnisse und Strukturen diese Ideologien reagieren. Islam- und Kulturwissenschaftler können schließlich deutlich machen, in welchem Bezug diese Ideologien zu Glaubenspraxis, Theologie und Sprachgebrauch stehen.

### WIE WIR DEN TERROR „VERSTEHEN“

Wer verstehen will, woher der dschihadistische Terror kommt und wie man ihn bekämpft, kommt um diese Gesamtschau nicht herum. Das hat auch sehr praktische Konsequenzen für die Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Es gibt in Deutschland viele engagierte Pädagogen, Polizisten und Juristen, die aber oft nur unzureichend wissen, was im Nahen und Mittleren Osten passiert. Nahost- und Islamwissenschaftler hingegen sehen den Dschihadismus eher als regionalwissenschaftliches Forschungsobjekt und haben wenig Einblick in konkrete Radikalisierungsverläufe und Gefährderprofile in Europa. Deutschland stellt zurzeit erhebliche Mittel für De-Radikalisierungsprogramme und die Terrorabwehr bereit. Es wäre gut beraten, ebenfalls in die gegenwartsbezogene und politikberatende Nah- und Mittelostforschung zu investieren.

## „Neugier auf das Kommende“

Zum Tode von Hans-Peter Schwarz

(\* 13. Mai 1934 in Lörrach, † 14. Juni 2017 in Herrsching am Ammersee)

Offenbar hat er geahnt, dass sich sein Lebenszyklus bald dem Ende zuneigt. „Wenn manche Angehörige meiner Generation für Deutschland und Europa keine Zukunft mehr sehen“, hielt Hans-Peter Schwarz mit gewohnt ironisch-sarkastischem Unterton in seinen unveröffentlichten Memoiren am 25. Mai 2017 fest, „so natürlich auch aus biologischen Gründen. Sie haben beim schönen und langen Festessen des Lebens jene Phase erreicht, da man Mokka und Cognac bestellt, während der Ober das Taxi herbei telefoniert. Doch größer als meine Sorge, die mich nie verlassen hat, ist und bleibt meine Neugier.“ Die Neugier auf die Zukunft, auf das, was alles noch passiert, darf er nicht mehr erleben. Für alle, die ihn und seine Schriften kannten, kommt sein Abschied am 14. Juni 2017 plötzlich und viel zu früh.

Schwarz, einer der renommiertesten Hochschullehrer unserer Zeit, hat wie kaum ein anderer der Politikwissenschaft und Zeitgeschichtsforschung im Deutschland der Nachkriegszeit seinen Stempel aufgedrückt. Der kritische Geist misstraute den Mächtigen. Wissenschaftlich akribisch, global im Denken, literarisch gewandt, mit diebischer Freude an spöttischen Seitenhieben, meinungsstark und im Urteil unbestechlich, verfocht er seine Ansichten. Auch als Essayist und Kolumnist beherrschte er das Metier. Aus seinem politischen Standort machte er nie einen Hehl. 34 Jahre lang gehörte Hans-Peter Schwarz dem Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung an, gab gewichtige Ratschläge. Mit Kritik an politischen Entwicklungen, die ihm bedenklich und korrekturbedürftig erschienen, hielt er bis zuletzt nicht zurück. Auch die Zeitschrift *Die Politische Meinung*, deren früherem Wissenschaftlichen Beirat er bis 2012 über Jahrzehnte angehörte, blieb davon nicht verschont. Wohltuend unterschied er sich von jenen Kollegen, die politische Entscheidungen quantitativ und systemtheoretisch erklären wollten. Schwarz sah Politik von den Unwägbarkeiten menschlichen Handelns bestimmt. Erst der

Betrachter bringt Ordnung in das Chaos der Realpolitik. Deshalb analysierte er komplexe Motive der Akteure, rekonstruierte schwierige Konstellationen, legte einem Operateur gleich Handlungsstränge frei und zog aus allem seine Schlüsse.

Ihn, den Sohn eines Lehrers, am 13. Mai 1934 in Lörrach geboren, zeichnete ein badisch-liberaler Habitus mit wertkonservativer Einstellung aus. Die Dissertation des 28-Jährigen über Ernst Jünger, den „konservativen Anarchisten“, erregte 1962 Aufmerksamkeit. Einen großen Wurf landete er 1966 mit der Habilitationsschrift „Vom Reich zur Bundesrepublik“. Die Untersuchung der ersten Nachkriegsjahre setzte Maßstäbe für die Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit. Sie brachte Schwarz in Kontakt mit dem ersten Bundeskanzler. Am 22. Juli 1966 hatte er das Vergnügen, ihn persönlich kennenzulernen – eine Begegnung, die Schwarz wegen der menschlich bescheidenen Art des weltberühmten 90-jährigen Staatsmannes beeindruckte.

Als der junge Professor um die Mittagszeit im Bundesratsflügel Adenauers Arbeitszimmer betrat und sich vorstellte, tat der große Kanzler das Gleiche, indem er, sich leicht verneigend, sagte: „Adenauer“. Sorgenvolle Äußerungen des alten Herrn über die politische Unzuverlässigkeit des deutschen Volkes blieben Schwarz im Gedächtnis haften. „Nie wieder gefährliche Schaukelpolitik!“, vernahm er von den Lippen des Gründungskanzlers. Späterhin gab Schwarz zu, in den 1950er-Jahren ihm sehr skeptisch gegenübergestanden und eine Kehrtwende in seiner Haltung zum Patriarchen durchgemacht zu haben. Dessen rheinische Art, das in der Öffentlichkeit vermittelte Bild eines Wahlmonarchen, wirkten auf den Alemannen Schwarz eher abstoßend. Aber lange kann diese ambivalente Haltung nicht angedauert haben. Als er sich am 3. März 1967 die Ehre gab, dem alten Kanzler fünf Wochen vor dessen Tod ein druckfrisches Exemplar seiner Studie „zu dedizieren“, fügte er hinzu: „Es wäre schön, wenn Sie darin zugleich den Ausdruck dankbarer Hochschätzung sehen würden, den Ihnen der Angehörige einer jungen Generation von Wissenschaftlern entgegenbringt, die nicht zuletzt dank Ihrer Weitsicht und Tatkraft in einem freien Staat eine freie, unreglementierte Forschung betreiben kann.“ So schreibt kein „Adenauer-Brutus“! Aus dem anfänglichen „Adenauer-Saulus“ sollte alsbald ein „Adenauer-Paulus“ werden.

Anfang der 1970er-Jahre blieb Schwarz der Philippika von Entspannungspapstern gegenüber skeptisch, weil Nationalstaaten in seinen Augen letztlich nur dem Machtkalkül gehorchen. Die neue Ostpolitik bestärkte ihn, noch mehr die Westbindung als Staatsräson der Westdeutschen herauszustreichen und in ihr Bewusstsein einzupflanzen. Denn nur durch die transatlantische Allianz konnte die Bundesrepublik verstärkte Handlungsfähigkeit erlangen. In seinem zweibändigen Werk über die „Ära Adenauer“ erklärte er die Wandlung des westlichen Deutschlands von der brüchigen Welt der Kriegsjahre zum modernen Industriestaat. Schwarz befreite die Politik- und Gesellschaftsgeschichte der bundesdeutschen Gründungsdekade vom Vorwurf der muffigen Restaurationsperiode, indem er aufzeigte, wie nachhaltig Konrad Adenauers Politik das moderne Deutschland geprägt hat. Damit erhielt die Bundesrepublik zum ersten Mal eine historische Kontur, was maßgeblich zur Identitätsstiftung mit den freien, westlich-parlamentarischen Demokratien beitrug. Mitte der 1980er-Jahre mahnte Schwarz als Erster die einst machtbesessenen, inzwischen von „Machtvergessenheit“ befallenen und

„gezähmten Deutschen“, wieder eine „verantwortbare Machtpolitik“ zu betreiben und sich den neuen globalen Herausforderungen zu stellen.

Immer suchte er die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern, um sich ein eigenes Bild von ihrem Handeln zu machen. Er gehörte zum deutschlandpolitischen Beraterkreis in Kohls Kanzleramt und wirkte an dessen berühmter Ansprache in der Bad Godesberger Redoute beim Besuch Erich Honeckers 1987 in Bonn mit. Nach der Wiedervereinigung 1990 warf Schwarz linken Historikern vor, sie hätten sich in der nationalen Frage eine endgültige Antwort lieber verkneifen sollen, statt jahrelang besserwisserisch die deutschlandpolitische Apokalypse hinauszutrompeten.

Seine Biographien über Konrad Adenauer, Helmut Kohl und den Verleger Axel Springer verliehen dem Genre einen bis dahin in Deutschland nicht gekannten Stellenwert. Gemeinsamkeiten mit Adenauer entdeckte der Biograph zuhauf: die zupackende Art des Kanzlers, dessen ausgeprägten Sinn für Realitäten, Gewissenhaftigkeit und Pflichterfüllung, eben eine Kämpfernatur, unbeirrbar in der Durchsetzung dessen, was er für richtig hält. Schwarz schätzte Adenauers Abneigung gegen politische Romantiker und jegliche Gefühlsduselei. Überhaupt liebte Schwarz den Vergleich großer Politikerfiguren, indem er ihren Eigenheiten und Gemeinsamkeiten nachspürte, aber auch Unterschiede herausarbeitete. Treffend hat Schwarz Helmut Kohls Größe und Lebensleistung das Signum „Der Riese“ verpasst. Wie Adenauer charakterisierte er den Machtmenschen Kohl vor allem als Modernisierer, der von Rheinland-Pfalz aus republik- und europaweit Wirkung entfaltete und nach dem Mauerfall alles richtig machte, um Deutschlands Einheit wiederherzustellen. Allein die Einführung des Euros ohne Rücksicht auf erkennbare ökonomische Risiken kreierte Schwarz dem Ehrenbürger Europas nachhaltig an. In seiner letzten Würdigung attestierte er ihm jedoch – vielleicht aus Altersmilde –, Kohl sei es gelungen, „die EU zu einem Machtgebilde eigenen Gewichts aufzubauen, ohne dabei den Sicherheits- und Wirtschaftsverbund mit den USA zu lockern“.

Angesichts des Zustroms von Flüchtlingen und Asylsuchenden ab Herbst 2015 – der „neuen Völkerwanderung nach Europa“ – galt seine allerletzte Warnung einem wachsenden „Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten“. Das Gutmenschen-tum, von globaler Barmherzigkeit und protestantischem Pazifismus bestimmt, sei der CDU auf die Füße gefallen. Sie müsse nun nach dem Vorbild in Großbritannien mit schärferen Kontrollen an den nationalen Grenzen in der EU reagieren, um der Probleme Herr zu werden. Man mag seine Fingerzeige nicht in allen Belangen teilen. Doch sie regten stets zum Nachdenken oder Widerspruch an. Schwarz suchte die Erkenntnis, denn seine Wissbegier war nie gestillt.

Hanns Jürgen Küsters

Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv  
für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Dr. rer. pol., apl. Professor an der Universität Bonn

## PERSONALIA

Seit 1. Mai 2017 leitet *Thomas Köhler* die Hauptabteilung Politik und Beratung. Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung ist seit 1. Juli 2017 *Dr. Viola Neu*. *Susanna Vogt*, zurzeit Leiterin des KAS-Auslandsbüros Athen, wird zum 1. September 2017 die Leitung der Stabsstelle Strategieentwicklung und Planung übernehmen. Zum 1. April 2017 wurde die bisherige Hauptabteilung Akademie aufgelöst; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in die Hauptabteilung Politische Bildung integriert. *Andreas Kleine-Kraneburg* ist nunmehr stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politische Bildung und Leiter der Abteilung Bildungsmanagement. Die Zentralabteilung Kommunikation und Medien (ZKM) wurde in Hauptabteilung Kommunikation umbenannt. Innerhalb der Hauptabteilung wurde eine Stabsabteilung „Interne Kommunikation und Netzwerke“ eingerichtet, deren Leitung *Uta Hellweg* übernahm. Die Zentrale Veranstaltungsorganisation, bisher im Dienstleistungszentrum angesiedelt, wurde zum 1. April 2017 neu organisiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden den neu geschaffenen Teams „Eventmanagement“ und „Marketing und Zielgruppenmanage-

ment“ der Hauptabteilung Kommunikation zugeordnet. *Susanne Kophal* ist seit 1. April 2017 Leiterin des Eventmanagements.

*Thomas Tödting* leitet seit Juni 2017 das EU-Programm Dezentralisierung in Kenia. Sein Vorgänger *Gregor Jaecke* wechselte im Dezember 2016 in das Büro in Kinshasa. *Daniela Diegelmann* wird, beginnend im Juli 2017, das neu geschaffene Klimaprojekt Naher Osten/Nordafrika mit Sitz in Rabat/Marokko leiten. *Tim Peters* reist im Juli 2017 nach Charkiw/Ostukraine aus, wo er das neue Büro Ostukraine aufbaut. *Georg Gafron* übernimmt im Juli 2017 das Büro in Thailand. Sein Vorgänger *Michael Winzer* ist nun für das Büro in Peking verantwortlich. *Dr. Annette Ranko* übernahm im August 2017 das Büro in Jordanien. Ihr Vorgänger *Dr. Manuel Schubert* leitet das Projekt Golfstaaten mit Sitz in Jordanien. *Hartmut Rank* wird im August 2017 neuer Leiter des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa mit Sitz in Bukarest. *Peter Rimmel* wechselt im August 2017 in das Büro in Indien, sein Nachfolger im Libanon wird *Dr. Malte Gaier*. Ebenfalls ab August ist *Maximilian Benjamin Hedrich* verantwortlich für das Länderprojekt Venezuela.

## PUBLIKATIONEN (AUSWAHL)

Altenhof, Ralf/Bunk, Sarah/Piepenschnieder, Melanie (Hrsg.): Politischer Extremismus im Vergleich, Schriftenreihe Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Band 3, Sankt Augustin/Berlin 2017, broschiert, 408 Seiten.

Kauder, Volker/Pöttering, Hans-Gert (Hrsg.): Glauben in Bedrängnis. Religionsfreiheit als Menschenrecht, Verlag Herder, Freiburg, Mai 2017, gebunden, 224 Seiten.

Kronenberg, Volker (Hrsg.): Integration vor Ort – Herausforderungen. Erfahrungen. Perspektiven, Handreichungen zur Politischen Bildung, Band 24, Sankt Augustin/Berlin, März 2017, broschiert, 128 Seiten.

Oehring, Otmar: Christen und Jesiden im Irak. Aktuelle Lage und Perspektiven, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2017, broschiert, 99 Seiten.

# Landung am East River

Erste Erkenntnisse aus dem neuen Auslandsbüro New York

Flucht und Migration, Klimawandel, Terrorismusbekämpfung – damit sind nur drei Themen genannt, die das internationale (politische) Geschehen in den letzten Monaten und Jahren stark geprägt haben – und dies wohl auch weiterhin tun werden. Es sind komplexe Themenfelder, bei deren Bearbeitung Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die Vereinten Nationen von so großer Bedeutung!

Diese Themen gehören auch zu den Kernthemen der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit der gebündelten Expertise der Stiftung im „Dunstkreis“ der Vereinten Nationen am New Yorker East River anzukommen und sich in die Debatten vor Ort einzubringen, ist eines der Hauptanliegen des neuen Standorts der Konrad-Adenauer-Stiftung in New York.

Ein Weg, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist die Organisation von sogenannten Dialogprogrammen. Dabei kommen Partner aus dem weltweiten Netzwerk der Stiftung für drei bis vier Tage nach New York, um sich mit Experten aus den verschiedenen Gliederungen der UNO, aber auch mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen auszutauschen. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden stiftungsintern, aber auch öffentlich zugänglich gemacht.

Eines der jüngsten Programme fand im Mai 2017 zum Thema „Regional Cooperation in Migration Management and Refugee Protection“ statt: Auf Initiative der Zentrale in Berlin wurde eine Gruppe von Expertinnen und Experten aus dem Netzwerk der Stiftung ins Leben gerufen, um im Rahmen eines achtzehnmonatigen Projekts die Möglichkeiten der Zusammenarbeit

im Bereich von Migrationsregulierung und Flüchtlingsschutz auf regionaler Ebene (Europäische Union, African Union et cetera) zu untersuchen. Das Programm in New York bildete den Auftakt für dieses Projekt. Drei Tage lang konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Partner der Stiftung aus Nepal, Südafrika, Burkina Faso und Deutschland – mit Vertretern des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), der International Organization for Migration, der International Labour Organization, des International Rescue Committee sowie relevanter Think-Tanks und namhafter Universitäten austauschen. Dabei hatten sie Gelegenheit, ihre Forschungsfragen zu diskutieren sowie ihre eigene Arbeit und die der Stiftung zu präsentieren. Die jüngste Initiative der Vereinten Nationen zum Thema Migration, der „Global Compact for Safe, Regular and Orderly Migration“, fand dabei besondere Beachtung. Im Zuge der Gespräche wurde offenkundig, dass die Forschungsgruppe der Stiftung mit ihrer Fragestellung einen Nerv getroffen hatte, denn der Kooperation auf regionaler Ebene in diesem Bereich wird international auch aus Sicht der UN-Experten bislang zu wenig Beachtung geschenkt.

Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in New York wurde in einer kritischen Phase des Multilateralismus eröffnet. Dazu trägt nicht zuletzt die von den USA angedrohte Reduzierung der aktuellen Zuwendungen für die Vereinten Nationen bei.<sup>1</sup> Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Herausforderungen, die es auf internationalem Parkett zu bewältigen gilt, anscheinend immer größer beziehungsweise komplexer werden. Populistische Bewegungen und Parteien mit ihrem Mantra des „Unser Land zuerst“ wollen gleichzeitig – und nicht nur in den USA – suggerieren, dass man durch Abschottung und Rückzug ins Nationale den drängenden Problemen unserer Zeit entkommen und die (vermeintlich) „gute alte Zeit“ wiederherstellen könne.

Angesichts dieser Entwicklungen braucht es mehr denn je ein entschlossenes Auftreten für die multilaterale Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch, um für die unter Druck geratene liberale Weltordnung einzustehen. Das Stiftungsbüro in New York kann als – wenn auch kleiner – Mosaikstein im Lichte dieser Bemühungen gesehen werden. Dabei wollen wir die Bedeutung der Vereinten Nationen selbst sowie die Bedeutung einer starken Rolle Deutschlands in der Weltorganisation herausstellen. Aktuell bewirbt sich Deutschland erneut um einen nicht ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Periode 2019/20.

Um es kurz zu sagen: Es könnte kaum spannendere Zeiten geben, um als Konrad-Adenauer-Stiftung am East River zu landen!

*Stefan Friedrich*  
Leiter des Auslandsbüros New York

<sup>1</sup> Stefan Friedrich: Stehen die Vereinten Nationen vor einer Zeitenwende?, KAS-Büro New York – Einblicke Nr. 2, 9 Seiten, 03.04.2017, [www.kas.de/newyork/de/publications/48455/](http://www.kas.de/newyork/de/publications/48455/).

## AUS DER STIFTUNG

### FOTOWETTBEWERB:

#### Vertrauen in die Zukunft

#### Afrika, Lateinamerika, Europa:

#### Die vier Gewinnerfotos stammen von drei Kontinenten

Rund 200 (Hobby-)Fotografinnen und Fotografen reichten ihre Fotos zum ersten Fotowettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung ein. Allen Teilnehmern sagen wir ein herzliches Dankeschön. Am 8. Juni 2017 wählte die Fach-Jury in Berlin vier Siegerfotos aus: Platz 1 und 2 gehen nach Uganda, die beiden dritten Plätze nach Deutschland und Uruguay.

Den mit 1.500 Euro dotierten ersten Platz gewann die 24-jährige Zahara Abdul aus Kampala mit ihrem Foto „Seeking light“. Platz 2 ging ebenfalls nach Ostafrika, an den 23-jährigen Andrew Kartende. Platz 3 teilen sich Elisa Mayer (17 Jahre) und Mathias Olivera Rodriguez (23 Jahre).

Alle Gewinnerfotos und die Jurybegründungen unter [www.kas.de/fotowettbewerb](http://www.kas.de/fotowettbewerb).

*mit  
Vertrauen*

IN DIE ZUKUNFT



Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2017  
zum Thema

## Neue Technologien

Mit Beiträgen unter anderen von Rafaela Hillerbrand,  
Christoph Meinel, Armin Nassehi und Insa Thiele-Eich.

Um den Ausgang der Bundestagswahl noch thematisieren zu können,  
erscheint diese Ausgabe in der letzten Oktoberwoche.

### IMPRESSUM

Nr. 54/5, Juli/August 2017, 62. Jahrgang,  
ISSN 0032-3446

### DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering  
und Bernhard Vogel

### Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

### Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur), Ralf Thomas Baus  
(Redakteur), Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin),  
Sabine Herrmann (Redaktionsassistentin i. V.)

### Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10  
ralf.baus@kas.de, cornelia.wurm@kas.de  
www.politische-meinung.de

### Redaktionsbeirat

Alexander Brakel, Ulrike Hospes,  
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

### Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm, Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34, Faxnummer: (05 41)  
31 04 11, C.Brinkmann@fromm-os.de

### Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH, Agentur für Markenentwicklung,  
Berlin, www.stanhema.com

### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.  
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €  
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten  
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Be-  
zugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern  
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines  
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über  
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen  
Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber  
der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende An-  
sprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeit-  
schrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der  
Bundesrepublik Deutschland.

### Bildnachweise

Cover: Dom zu Speyer.  
© ullsteinbild – Westend61/Werner Dieterich  
Umschlaginnenseite: Dom zu Speyer, Hauptportal.  
© Domkapitel Speyer, Foto: Klaus Landry  
Seite 6: Dom zu Speyer, Innenansicht.  
© ullsteinbild – imageBROKER/J. W. Alker  
Seite 7: Helmut Kohl in der Katholischen Akademie  
in Bayern, 12.01.2008 (Bildausschnitt).  
© KNA-Bild, Foto: Günter Vahlkampf  
Seite 8 oben: Jacques Chirac trifft im November 1986  
Helmut Kohl in Speyer. © Bettina Deuter, Speyer  
Seite 8 unten: Bundeskanzler Helmut Kohl (r.),  
Premierministerin Margaret Thatcher und Anton  
Schlembach, Bischof von Speyer, besichtigen am  
30. April 1989 den Dom zu Speyer.  
© Bundesregierung, B 145 Bild-00179541, Foto: o. Ang.  
Seite 9: Dom zu Speyer, Mittelschiff nach Osten.  
© akg-images / Erich Lessing  
Seite 10: Dom zu Speyer, Südwand des Obergadens.  
© akg-images / Bildarchiv Monheim  
Seite 11: Der Sarg mit Altkanzler Helmut Kohl wird am  
01.07.2017 aus dem Dom zu Speyer getragen.  
© ullstein bild – Reuters/POOL  
Seite 103: Blick auf den Dom zu Speyer.  
© akg-images / euroluftbild.de



## Cadenabbia und der Comer See

**Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische  
Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung**  
Reiseführer: Genießen, Wandern und Entspannen

*Ein MERIAN Solitaire –  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
und TRAVEL HOUSE MEDIA  
GmbH, 2016,  
2. vollständig überarbeitete  
Ausgabe*

*208 Seiten mit zahlreichen  
Schwarz-Weiß-Fotos von  
Adenauers Aufhalten am  
See sowie aktuellen Bildern.  
Stadtpläne von Como und  
Bellagio, Straßenkarte  
Comer See.  
ISBN 978-3-8342-2069-1  
Preis: 14,99 Euro  
Bestellen Sie  
versandkostenfrei bei der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
per E-Mail an  
publikationen@kas.de oder  
per Fax 0 22 41/24 65 22 64*

Der erste Teil des Reiseführers erzählt die  
Geschichte des Sees, schildert Adenauers  
Aufenthalte in Cadenabbia, lässt Zeit-  
zeugen zu Wort kommen und bietet  
Informationen über die Villa La Collina –  
damals Adenauers Feriendomizil, heute  
internationaler Ort der Begegnung und  
Hotel für Individualreisende.

Der zweite Teil blättert die vielfältigen  
touristischen Reize des Comer Sees auf:  
die Stadt Como, prunkvolle Villen und  
hübsche Dörfer, das malerische Bellagio  
u. v. m. Sechs Wanderungen führen zu  
jahrhundertealten Stätten und eröffnen  
wundervolle Ausblicke.

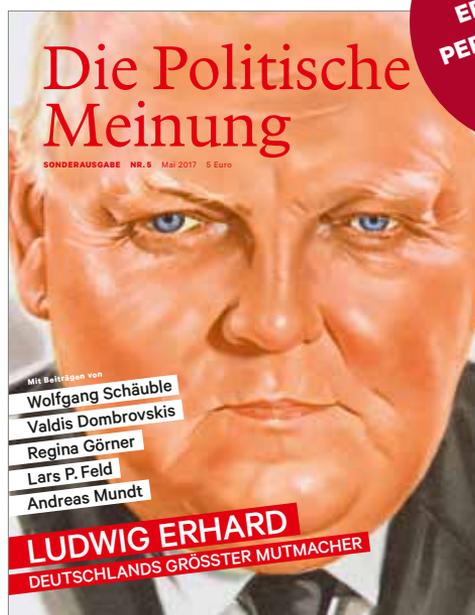
Auf Wiedersehen in Cadenabbia!



# LUDWIG ERHARD – DEUTSCHLANDS GRÖSSTER MUTMACHER

NEUES ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

**MIT BEITRÄGEN U. A. VON VALDIS DOMBROVSKIS, LARS P. FELD,  
REGINA GÖRNER, CARSTEN LINNEMANN,  
ALFRED C. MIERZEJEWSKI, ANDREAS MUNDT, FRIEDRUN QUAAS,  
WOLFGANG SCHÄUBLE, ASHOK SRIDHARAN**



**ERHÄLTlich  
PER E-MAIL ODER  
PER POST \***

Den Deutschen geht es insgesamt so gut wie nie zuvor. Dennoch sind viele tief verunsichert. Globalisierung und Digitalisierung wecken Skepsis und Zweifel. Was würde Ludwig Erhard heute raten? Er ist Deutschlands größter Mutmacher.

Sonderausgabe der  
Politischen Meinung  
5 Euro

## \* Bestellen Sie hier

per Mail: [politische-meinung@kas.de](mailto:politische-meinung@kas.de)

per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin